universität wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Können alternative Wirtschaftsmodelle unser Klima retten?

Analyse und Umsetzungsmöglichkeiten für den GW-Unterricht der Sekundarstufe II

verfasst von / submitted by

Harald Kögler

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Naturwissenschaften (Mag.rer.nat)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 190 333 456
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Lehramtsstudium, UF Deutsch UF Geographie und Wirtschaftskunde,
Betreut von / Supervisor:	Mag. Dr. Maria Hofmann-Schneller

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, im März 2020

Danksagung

Mein Dank richtet sich an dieser Stelle in erster Linie an meine Betreuerin Frau Mag[a]. Dr[in]. Maria Hofmann-Schneller, welche mir stets Rückhalt gab und mich mit ihrem Fachwissen während des gesamten Prozesses immer unterstützte.

Darüber hinaus gebührt mein Dank meiner Freundin Katrin, für ihre Rücksicht, ihr Verständnis, ihre Geduld mit mir und ihre Fähigkeit mich zu jeder Zeit anzuspornen.

Besonderer Dank gilt meinen Eltern Harald und Josefa, ohne deren fürsorglichen Liebe und Unterstützung jedweder Art ich nicht der wäre, der ich heute bin.

Auch der Belegschaft der Caritas Wiener Neustadt, vor allem dem Leiter der Einrichtung Mag. Christopher Kaspar gilt mein Dank. Seine Unterstützung, sein Verständnis und die Rücksichtnahme bei der Dienstzuteilung ermöglichten mir einen erfolgreichen Abschluss meines Studiums.

Zu guter Letzt möchte ich mich aufrichtig bei all den Menschen in meinem Umfeld bedanken, welche mich durch die oftmals sehr anstrengenden Jahre begleiteten. Freund/innen, Studienkolleg/innen, Arbeitskolleg/innen und Familienangehörige retteten mich unzählige Male mit Gesprächen, Telefonaten, Unternehmungen oder spannenden Diskussionen vor dem Verzagen und sorgten für Ablenkungen in den letzten Jahren.

Für das Korrekturlesen der Arbeit danke ich Isabella und Anna-Lisa sehr herzlich.

Abschließend also nochmal DANKE an alle die mich unterstützten und immer an mich glaubten!

Inhaltsverzeichnis

Eidesstattliche Erklärung I
Danksagung II
I. Teil 1. Einleitung 1
2. Theoretische Grundlagen 7
2.1 Klimawandel 7
2.1.1 Historische Entwicklung der Klimapolitik 8
2.1.2 Maßzahlen des Klimawandels 9
2.1.3 Wirtschaftswachstum & Konsum als Treiber für den Klimawandel 11
2.1.4 Ziele der Klimapolitik 14
2.2 Die Marktwirtschaft 16
2.2.1 Formen und wichtige Merkmale der Marktwirtschaft 16
2.2.2 Keine Marktwirtschaft ohne Wirtschaftswachstum 18
2.2.3 Schattenseiten des Wachstums 21
2.3 Alternative Wirtschaftsmodelle 26
2.3.1 Green Growth – Green New Deal – Green Economy 28
2.3.2 Gemeinwohl-Ökonomie 35
2.3.3 Postwachstumsökonomie 42
2.3.4 Postkapitalismus nach Paul Mason 48
2.4 Analyse und Vergleich der Theorien 60
II. Teil 67
3. Vorstellung eines Unterrichtsentwürfe für die Sekundarstufe II 67
3.1 Basiskonzepte und Vermittlungsinteressen – Leitlinien der fachdidaktischen Umsetzung .. 67
3.2 Begründung der Relevanz des Themas für die Sekundarstufe II anhand des semestrierten Lehrplans und der Basiskonzepte 74
4. Unterrichtsentwurf: Alternative Wirtschaftsmodelle als möglicher Ausweg für den Klimawandel? 79
4.1 Einheit 1: „Meine Sicht auf den Klimawandel“ 79
4.2 Einheit 2: „Green Growth und klimapolitische Instrumente“ 83
4.3 Einheit 3: „Die Gemeinwohl-Ökonomie als Alternative?“ 90
4.4 Einheit 4: „Und was sagen andere Wissenschaftler/innen? (Synthesestunde)“ 93
4.5 Zusammenfassung und Fazit 98
I Materialien 100
Einheit 1 100

Einheit 2 100
Einheit 3 104
Einheit 4 114
5. Literaturverzeichnis 120
5.1 Internetquellen 127
6. Abbildungsverzeichnis 132
7. Tabellenverzeichnis 132
8. Abkürzungsverzeichnis 133
9. Abstract 134

I. Teil

1. Einleitung

Obwohl Wissenschaftler/innen seit Jahrzehnten Beweise für den anthropogenen Einfluss auf das Klima darlegen (vgl. WEART 2019), ist es bemerkenswert, dass es einer 15-jährigen Schwedin bedurfte, diese Thematik in den Mittelpunkt des medialen Diskurses zu rücken. Greta Thunberg gelang es durch ihren Protest mit „Fridays for Future“, eine Bewegung entstehen zu lassen, welche globale Ausmaße annahm (vgl. EHLERDING 2019). Kritiker/innen bemängelten sofort die in ihren Augen ineffektiven Lösungsvorschläge für den Klimawandel; Doch ist das die Aufgabe der jungen Schwedin? Eines hat Greta Thunberg mit ihrer Protestaktion erreicht: Die Welt spricht über die globale Erwärmung. Es ist eine Bedrohung, welche aktueller denn je ist und die nur durch einen Schulterschluss zahlreicher Akteure abgewehrt werden kann (vgl. SCHMELZER 2019: 336f).

Wie genau dies gelingen kann, darüber herrscht Uneinigkeit in der Wissenschaft (vgl. ebd.). Individuelle Lösungen wie ein gelegentlicher Verzicht auf die Anreise in den Urlaub über den Luftweg, welche stattdessen mit der Bahn absolviert wird, oder der vermehrte Kauf von regionalen Lebensmitteln werden nicht ausreichen, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Dieses Ziel besagt, dass bis zum Jahr 2100 die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius im Gegensatz zur vorindustriellen Zeit begrenzt werden soll.

Laut dem Sonderbericht des IPCC ist dies jedoch nicht ausreichend ambitioniert, um weitreichende irreversible Rückkopplungen durch Kippelemente im Erdsystem zu verhindern. Der Sonderbericht geht davon aus, dass ein Anstieg von 1.5 Grad Celsius nicht überschritten werden darf (IPCC 2018a: 9). Bis heute stieg die Temperatur im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter um rund ein Grad an, was zu sichtbaren Auswirkungen führte (ebd.: 8). So nimmt in der nördlichen Hemisphäre die Schneebedeckung ab, die Eismassen an den Polen und Gletschern schmelzen und der Meeresspiegel steigt an. Diese Klimaveränderung und die damit einhergehenden Wetterextreme zählen zu den wichtigsten Faktoren für Unterernährung. Zudem ist auch eine Veränderung des PH-Wertes der Ozeane um 0,1 festzustellen, was darauf zurückzuführen ist, dass ein Viertel des ausgestoßenen CO_2 von diesen aufgenommen wird (GLOBAL 2000 o.J.).

All diese Folgen sind bereits heute messbar und auf den Klimawandel zurückzuführen. Wird dieser nicht eingedämmt, folgen weitere Konsequenzen. Hierzu zählen das zuvor erwähnte Kippen des gesamten Klimasystems, das Aussterben eines Großteils heute existierender Tier- und Pflanzenarten und die Folgen von extremen Wetterereignissen auf die Gesundheit und das Leben der Menschen, welche direkt (z.B. durch Hitzetote, Unterernährung) oder indirekt (z.B. durch Allergien) auftreten können (vgl. STARK et al. 2009: 701ff.).

Trotz aller Warnungen steht fest, dass selbst nach zahlreichen Klimakonferenzen, Zielvorgaben und Versprechungen, die CO_2-Belastung in der Atmosphäre weiterhin zunimmt (vgl. IPCC 2018a: 8).

Am 23. September 2019 sagte Greta Thunberg vor dem UN-Klimagipfel in New York Folgendes: „We are in the beginning of a mass extinction. And all you talk is money and fairytales of eternal economic growth“ (THE GUARDIAN 2019: 3). Thunberg verweist in ihrer Rede auf jenen Umstand, welcher unweigerlich mit dem Klimawandel verbunden ist und entscheidend für dessen Entstehen ist: das westliche Gesellschafts- und Wirtschaftssystem – die kapitalistische Marktwirtschaft.

Infolgedessen stellt sich die Frage, ob die aktuellen Klimaziele grundsätzlich mit diesem System vereinbar sind.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Werke veröffentlicht, welche sich damit auseinandersetzen, ob eine kapitalistische Marktwirtschaft, in der begrenzte Ressourcen, wie beispielsweise fossile Brennstoffe, eine tragende Rolle spielen und zeitgleich ein stetiges Wachstum für Wohlstand vorausgesetzt wird, für eine solche Transition die richtige Voraussetzung bilden kann. Die Verfasser/innen dieser Studien vertreten unterschiedliche Fachrichtungen. Sie wählten daher individuelle Herangehensweisen in ihrer Erarbeitung von Lösungen, woraus eine Vielzahl an Theorien über alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle entstanden ist. Trotz der hohen Diversität eint sie der Wunsch nach einer besseren und nachhaltigeren Zukunft. Die Vorstellung darüber kann in drei Ansätzen zusammengefasst werden:

- „Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen
- Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen die Wachstumsabhängigkeit zu verringern
- Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken“(PIRGMAIER 2012: 5)

Während in der Kategorie „Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Wachstum mit neuen Attributen setzen“ (ebd.) das aktuelle System mit dem Ziel eines stetigen Wirtschaftswachstums bestehen bleibt, soll eine Entkopplung des Wachstums von der Umweltzerstörung erreicht werden. Die Markt- und Preismechanismen bleiben dabei unangetastet, stattdessen wird ein innovativer Strukturwandel forciert. Dieser Ansatz wurde kritisiert, da in diesen Modellen aktuelle Konsum- und Produktionsweisen bestehen bleiben (vgl. ebd.: 14ff.).

Falls die Entkopplung nicht gelingt, bieten Befürworter/innen von wachstumskritischen Ansätzen („Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Wachstum als Problem thematisieren und versuchen die Wachstumsabhängigkeit zu verringern (ebd.: 31f.)) Alternativen an. Sie argumentieren, dass hohe Wachstumsraten aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen verwerflich sind und fordern eine Abkehr von verschwenderischem Konsum. Hierbei werden die Vorzüge eines genügsamen Lebens hervorgehoben. Dadurch ergeben sich zweierlei Vorteile: Weniger Konsum führt zu weniger notwendiger Erwerbsarbeit, was wiederum zu einer gesteigerten Lebensqualität beiträgt und der sinkende Konsum führt zu einer ressourcenschonenderen Lebensweise vgl. ebd.: 31ff.). Traditionelle Ökonomen/innen kritisieren vorwiegend die mangelnde politische und ökonomische Durchführbarkeit und argumentieren mit freiheitsbeschränkenden Maßnahmen für Bürger/innen. Auch werfen sie den Verfechter/innen dieser Modelle Naivität vor, da Wachstum ihrer Meinung nach nicht auf diese Weise zu bremsen ist (vgl. LESCHKE 2015: 18f.).

Die Kategorie „Neue Formen der Wirtschaft und Gesellschaft, die das Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum rücken“ (PIRGMAIER 2012: 41ff.) steht für ein gemeinschaftliches Wirtschaften und starke soziale Verflechtungen. Eine bekannte Theorie bildet hier die „Gemeinwohl-Ökonomie“. Diese Kategorie weist eine hohe Diversität an

unterschiedlichen Ansätzen auf. Die Vielfalt dieser Ansätze reicht von losen genossenschaftlich-organisierten Zusammenschlüssen bis hin zu eigenständigen Währungen innerhalb einer regional definierten Gemeinschaft (vgl. ebd.: 10).

Kritiker/innen bemängeln an diesen Überlegungen, dass vor allem genossenschaftlich-organisierte Gemeinschaften oft isoliert von ihrer Umwelt existieren und keine festen Strukturen aufweisen. Die Beschränkung auf lokaler Ebene und die zahlreichen unterschiedlichen Formen und Ausprägungen machen es zudem schwer, Veränderungen sichtbar und vergleichbar zu machen. Dies wäre allerdings eine Voraussetzung, um diese Ansätze in größeren Dimensionen anwenden zu können (vgl. ebd.: LESCHKE 2015: 20).

Trotz der eben genannten Kritikpunkte sind es diese alternativen Wirtschaftsmodelle aufgrund der Aktualität der Thematik, der medialen Präsenz sowie des dringenden Handlungsbedarfs wert, untersucht zu werden. Ihre Stärken und Schwächen zu analysieren und das daraus entstandene Wissen didaktisch zu vermitteln, ist eines der Hauptziele dieser Arbeit.

Aufbau und Methodik:

Die Diplomarbeit ist in einen theoretischen und einen fachdidaktischen Teil gegliedert.

Im theoretischen Teil werden der Klimawandel und seine Folgen thematisiert. Nach einem anschließenden kurzen Überblick zum aktuellen ökonomischen Status quo, welcher die aktuelle kapitalistische Marktwirtschaft in den Fokus rückt, soll zunächst auf die Modelle des „Grünen Wachstums“ eingegangen werden. Im Anschluss werden drei weitere alternative Wirtschaftsmodelle – die „Gemeinwohl-Ökonomie“, die „Postwachstumsökonomie“ und der „Postkapitalismus“ – vorgestellt. In der darauffolgenden Analyse wird untersucht, welches Modell aussichtsreich in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels ist und auch sozial bzw. ökonomisch umsetzbar ist. Dabei soll besonders auf den Ansatz der „Gemeinwohl-Ökonomie“ eingegangen werden. FELBER erklärt in seinen Werken ausführlich, warum der Kapitalismus, wie er heute besteht, seinen Zenit bereits überschritten hat und wie dieser abgelöst werden könnte (vgl. FELBER 2006: 32f.). Dafür liefert er ein Modell, welches auf 20 zentralen Eckpunkten begründet ist, die auf Gemeinwohl, Solidarität und Nachhaltigkeit aufbauen. Diese Eckpunkte sind Ziele, welche nach und nach verwirklicht werden sollen. Dazu gehören unter anderem eine Deckelung des maximalen Erbvermögens, um Ungleichverteilung entgegenzuwirken,

die Einführung von Werte-Unterricht in der Schule oder auch die Etablierung eines Gemeinwohl-Produkts als Alternative zum Bruttoinlandsprodukt. Diese Punkte sind jedoch veränderbar und sollen durch demokratische Prozesse legitimiert werden.
Als bereits praktiziertes Instrument wird die Gemeinwohl-Bilanz detailliert vorgestellt, welche von Unternehmen unterschiedlicher Branchen neben der finanziellen Bilanz geführt werden soll. Diese Bilanz errechnet einen Punktewert für das jeweilige Unternehmen unter Berücksichtigung der Faktoren Solidarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit (vgl. FELBER 2019: 221ff.). Zusammenfassend soll argumentiert werden, warum dieses Modell als aussichtsreiche Alternative für die Wirtschafts- und Umweltproblematik gilt und unter welchen Voraussetzungen es realisiert werden kann.

Im fachdidaktischen Teil dienen die Basiskonzepte der Sekundarstufe II (AHS) als Grundlage für das weitere Vorgehen. Hier sollen die Erkenntnisse, welche im theoretischen Teil gesammelt wurden, für Schüler/innen mittels eines kompetenzorientiertern Unterrichts greifbar gemacht werden. Darauf folgt eine Planung eines vier Einheiten umfassenden Unterrichtsblocks. Diese wurde für die 8. Klasse AHS entwickelt. Sie umfasst neben einer fachdidaktischen Kurzanalyse auch eine fachliche Analyse, kompetenzorientierte Lernziele, eine Begründung durch die Basiskonzepte und den Verweis auf Vermittlungsinteressen. Das Ziel ist es, ein Modell, welches sich in der theoretischen Analyse als besonders aussichtsreich in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels herausstellt und politisch bzw. sozial umsetzbar ist, im Unterricht zu thematisieren, mögliche Stolpersteine für die Realisierung herauszuarbeiten und die Folgen einer geänderten Lebensweise zu analysieren.

Forschungsfragen:

- Kann der Klimawandel durch ausgewählte alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle (Postkapitalismus, Green Growth, Gemeinwohl-Ökonomie und Postwachstumsgesellschaft) verzögert werden?

- Wie können diese Erkenntnisse mittels eines kompetenzorientierten Unterrichts unter besonderer Berücksichtigung der Basiskonzepte „Mensch- Umwelt Beziehungen“, „Wachstum und Krise“, sowie „Nachhaltigkeit und Lebensqualität“ in der 8. Klasse der AHS im Fach Geographie und Wirtschaftskunde vermittelt werden?

2. Theoretische Grundlagen

2.1 Klimawandel

Der Klimawandel rückte in den letzten Monaten, nicht zuletzt auf Grund der von Greta Thunberg ausgelösten „Fridays for Future“-Bewegung, in den medialen aber auch politischen Mittelpunkt. Die Auswirkungen des öffentlichen Interesses wurden auch bei den österreichischen Nationalratswahlen 2019 sichtbar, als den Grünen durch starke Stimmenzuwächse der Wiedereinzug ins Parlament gelang. Das zeigt, dass die Problematik des Klimawandels im Bewusstsein von großen Teilen der Bevölkerung angekommen ist und diese grundsätzlich gewillt sind, Maßnahmen zu ergreifen, welche der eigenen, sowie künftigen Generationen ein Leben unter ähnlichen klimatischen Bedingungen ermöglichen.
Im folgenden Kapitel soll ein Überblick gegeben werden, was heute unter dem Klimawandel verstanden wird, wodurch er bedingt wird und welche Auswirkungen dieser mit sich bringen kann.

In den letzten Jahrzehnten nahm das Wissen der Menschheit über die Ursachen der Klimaveränderungen vor allem durch intensive Forschung stetig zu. Die hohe Konzentration der Treibhausgase, ein stetiger Temperaturanstieg, welcher durch mittlerweile beinahe jährliche Rekordtemperaturen spürbar wird und nicht zuletzt die zahlreichen gegenwärtigen und zukünftigen Risiken sind mittlerweile landläufig bekannt. Jedoch herrscht noch Uneinigkeit darüber, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Klimawandel einzugrenzen (vgl. BUHOFER 2017: 7).
Der Klimawandel betrifft jeden Menschen, doch klafft eine große Lücke zwischen dem Wissen und dem Bewusstsein über die Bedeutung dieses Prozesses von Expert/innen aus der Wissenschaft auf der einen und der breiten Öffentlichkeit auf der anderen Seite.
Obwohl der Klimawandel für die zukünftigen Lebensbedingungen auf diesem Planeten von entscheidender Bedeutung ist, bestimmen Regierungen „abgeschirmt durch die Komplexität der Vorgänge, ohne große Anteilnahme der Bevölkerung über allfällige Maßnahmen“ (ebd.: 2017: 7).

2.1.1 Historische Entwicklung der Klimapolitik

Als im Jahr 1972 eine von den Vereinten Nationen einberufene Weltumweltkonferenz in Stockholm tagte, wurde festgestellt, dass jenen Schlüsselproblemen, mit welchen die Menschen in den kommenden Jahrzehnten konfrontiert werden, nur durch wesentliche Beiträge aus der Wissenschaft und der Technik entgegengewirkt werden kann (vgl. UNEP 1972: 1). Daraufhin wurden neue Forschungsprogramme ins Leben gerufen, welche dazu führten, dass sich die Wissenschaftsgemeinde daran orientierte, die Ursachen der Probleme zu identifizieren (vgl. BRASSEUR et al. 2017: 2). Dadurch erlangte man die Erkenntnis, dass sich durch das industrielle Wirtschaften des Menschen auf der Erde das Klima verändert, die biologische Diversität abnimmt, die Wasser- und Luftverschmutzung zunimmt und das stratosphärische Ozon reduziert wird. Auch langfristige Folgen, wie die Gefahr, natürliche Lebensgrundlagen zu verlieren und somit eine Bedrohung des Wohlergehens der Weltgemeinschaft, wurden bereits frühzeitig erkannt (VOGLER 2014: 341; HEINRICHS und GRUNENBERG 2009: 13f.). Des Weiteren wurde als Konsequenz der Konferenz auch die Erkenntnis gewonnen, dass die Veränderung globalen Ausmaßen entspricht: Man wurde sich dessen bewusst, dass die Menschen bedingt durch ihr Verhalten die Bedingungen auf dem Planeten nachhaltig verändern. Internationale Forschungsanstrengungen wie das IGBP oder auch das World Climate Research Programme WCRP entwickelten daraus eine Agenda, welche von der globalen Wissensgemeinschaft übernommen wurde (vgl. DKNFE 2014). Daraufhin wurden chemische, physikalische und biologische Prozesse, welche auf die Funktion des Systems Erde einwirken, untersucht. Besonders geachtet wurde hierbei darauf, ob diese Prozesse und Effekte gegenüber menschlichen Einflüssen anfällig sind (vgl. VOGLER 2014: 341ff.). Einige Politiker/innen, wie beispielsweise Gro Harlem BRUNDTLAND, erkannten, dass wirtschaftliches Wachstum künftig nur mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit weiter bestehen kann (vgl. BRUNDTLAND 1987: 5ff.).

Seit 1972 wurden über 500 internationale Konventionen sowie Verträge beschlossen und unterzeichnet, welche sich dem Thema „Schutz der Umwelt“ widmen. Um politische Entscheidungsvorgänge zu unterstützen, stellt die Wissensgemeinde Berichte über neue Erkenntnisse regelmäßig zur Verfügung. Hierzu zählen die detaillierten Einschätzungen, welche vom zwischenstaatlichen Ausschuss über Klimaänderungen (IPCC), gemeinhin auch als „Weltklimarat“ bekannt, alle fünf bis sieben Jahre durchgeführt werden (vgl. IPCC

2014: 2). Diese ausführlichen Dokumente und deren gekürzte Versionen für politische Entscheidungsträger/innen sind das Produkt von internationalen Wissenschaftler/innen und praxisnahen Expert/innen und bilden eine umfassende Zusammenschau von sämtlichen klimarelevanten Bereichen der Wissenschaft. Die Berichte beinhalten vor allem naturwissenschaftliche und physikalische Grundlagen klimarelevanter Prozesse, allgemeine Klimaschutzthemen, sowie mögliche sozioökologische Folgen. Die Berichte sind vor allem in Form der SPMs (summaries for policymakers) für Entscheidungsträger aus der Politik von großer Relevanz. Zu erwähnen ist jedoch, dass in diesen Zusammenfassungen keine konkreten Handlungsempfehlungen gegeben werden (vgl. IPCC 2014: 2ff.).

2.1.2 Maßzahlen des Klimawandels

Die Gründe für den Klimawandel sind zum Teil natürlichen und zum Teil anthropogenen Ursprungs (vgl. CUBASCH und KASANG 2000: 14ff). Die Folgen des anthropogenen Einflusses sind mittlerweile insofern erforscht, dass künftige Folgen aufgrund aktueller Daten eingeschätzt werden können. Wichtige Kennzahlen sind dafür jene über die Emissionen von Treibhausgasen, zu denen neben Kohlenstoffdioxid (CO_2), auch Methan (CH_4) oder Lachgas (N_2O) zählen (vgl. ebd.: 45ff). Diese Treibhausgase übten bereits lange vor der menschlichen Existenz Einfluss auf das weltweite Klima aus. Sie absorbieren von der Erdoberfläche abgegebene thermische Strahlung, welche sonst aus der Atmosphäre ins All entweichen würde (vgl. BUHOFER 2017: 22). Diese thermische Energie wird allerdings nicht vollständig absorbiert, sondern zum Teil als atmosphärische Gegenstrahlung emittiert, welche die Erdoberfläche zusätzlich erwärmt. Natürliche Treibhausgase, wie etwa Wasserdampf, sorgen dafür, dass die durchschnittliche globale Temperatur um 15 °C angehoben wird (vgl. ebd.: 2017: 18). Ohne diesen natürlichen Treibhauseffekt würden auf der Erde Temperaturen -18 °C herrschen. Flora und Fauna würden somit nicht in ihrer heutigen Form existieren (ROEDEL und WAGNER 2011: 44). Der anthropogen verursachte Anstieg der Konzentration unterschiedlicher Treibhausgase, allen voran Kohlenstoffdioxid, trägt zu einer Intensivierung des natürlichen Treibhauseffektes bei und führt zu einer rapiden Erhöhung der durchschnittlichen Jahrestemperaturen. Den durch die Menschen verursachten Treibhauseffekt, also die zunehmende Konzentration der

Treibhausgase in der Atmosphäre, bezeichnet man folglich als anthropogenen Treibhauseffekt (vgl. JACOBEIT 2007: 10f).

Die Emissionen und die daraus resultierende steigende Konzentration von Treibhausgasen sind somit eine wesentliche Maßzahl für die Klimaforschung. Das Maß dafür sind Gewichtseinheiten, die meist in Gigatonnen (Gt) oder Megatonnen (Mt) angegeben werden.[1] Die Emissionen sämtlicher Treibhausgase beliefen sich laut IPCC Sonderbericht (vgl. IPCC 2018a: 16; C.1.3) global auf etwa 42 ± 3 GtCO2eq pro Jahr und nahmen zwischen 2000 und 2010 jährlich um ca. 1 $GtCO_2$ zu (BUHOFER 2017: 87). CUBASCH und KASANG (2007: 45) schreibt ebenfalls über einen deutlichen Anstieg der Wachstumsraten der CO_2-Konzentration pro Jahrzehnt. Erst ab dem Jahr 2014 blieben die Kohlendioxid-Emissionen zwar konstant, doch selbst bei konstanten Werten nimmt die Konzentration in der Atmosphäre zu (vgl. HEINRICHS und GRUNENBERG 2009: 14). Interessant ist auch ein Blick auf die Entwicklung seit 1970. Wie auf Abbildung 1 ersichtlich ist, betrugen die jährlichen Treibhausemissionen weltweit in diesem Jahr 27,5 $GtCO_2eq$. Dieser Wert verdoppelte sich bis zum Jahr 2012, was somit auch bedeutet, dass rund die Hälfte der anthropogenen Emissionen seit der Industrialisierung Mitte des 18. Jahrhunderts aus den Jahren zwischen 1970 und 2012 stammt (vgl. IPCC 2014: 7).

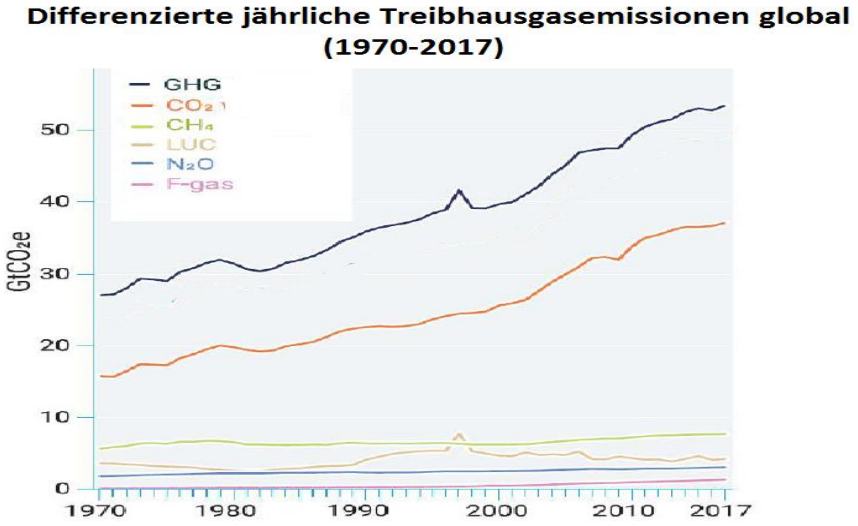


Abbildung 1:Jährliche Treibhausgasemissionen, (Quelle: UNEP 2018: 13)

[1] Die Summe aller Treibhausgase (CO_2, CH_4, N_2O etc.) in der Atmosphäre wird unabhängig in „CO_2eq" angegeben. Diese Maßeinheit entspricht der Menge Kohlendioxid (CO_2), welche dieselbe Wirkung hätte, wie die Summe sämtlicher Treibhausgase. Somit bezieht sich der Wert auf sämtliche Treibhausgase umgerechnet auf Kohlendioxid (vgl. BRANDER 2012: 2012).

2.1.3 Wirtschaftswachstum & Konsum als Treiber für den Klimawandel

Um diese Entwicklung verstehen zu können, muss das Augenmerk auf zwei Treiber der Emissionszunahme gelegt werden: das Bevölkerungswachstum und das Wirtschaftswachstum.

Das Wirtschaftswachstum wird anhand des Bruttoinlandproduktes (BIP) gemessen, welches den Wert aller in einem Land produzierten Güter ohne Vorleistungen innerhalb eines Jahres berechnet (vgl. JACKSON 2011: 25). Wenn das Wirtschaftswachstum als sogenanntes BIP pro Kopf berechnet wird, gilt es als Indikator des Reichtums einer Gesellschaft (vgl. ebd.). Da sowohl die Wirtschaft als auch die Bevölkerung große Mitverursacher der Emissionen sind, führt ein Wachstum dieser Faktoren selbst bei einem konstant bleibenden Wert zu einer Zunahme der Emissionen. Hinzu kommt, dass eine Erhöhung des Wohlstandes meist auch mit steigendem Konsum einhergeht, was zusätzlich zu verstärkten Emissionen führt (vgl. BUHOFER 2017: 89). Jedoch merken Innovationsforscher/innen an, dass zumindest reiche Länder seit Jahren umweltschonender wachsen (vgl. STEFAN 2019).

Dennoch besteht global gesehen seit Beginn der Industrialisierung eine enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und einem steigenden Bedarf an begrenzten Ressourcen, wodurch zunehmend substanzielle und zum Teil auch irreversible Umweltschäden verursacht wurden (AUS DEM MOORE UND HOFMANN 2019: 1).

Um die Ursachen der Emissionen differenzieren zu können, unterscheidet das IPCC zwischen zwei Faktoren, welche sich auf die Emissionen eines Landes auswirken:

- Die Energieintensität des Bruttoinlandsprodukts (energy-intensity) (IPCC 2014: 376)
- Die Kohlenstoffintensität der Energie (carbon-intensity) (IPCC 2014: 378)

Mit dem Wert der „Energieintensität des Bruttoinlandprodukts“ (energy intensity) wird das Verhältnis des BIPs zur verbrauchten Energie dargestellt. Dies wird als Referenzwert für die Effizienz des Energieverbrauchs eines Landes angesehen (ebd.: 376).

Die „Kohlenstoffintensität der Energie (carbon-intensity)“ gibt Auskunft über das Verhältnis von Kohlendioxidemissionen pro Energieeinheit. Dadurch wird ein Zusammenhang mit der Art der Energiegewinnung hergestellt (ebd. 378). Hier besteht

laut BUHOFER (2017: 90) das größte Potential zur Reduktion durch politische Maßnahmen oder technologische Entwicklungen. Hierbei sollte dem „rebound effect“ Beachtung geschenkt werden. Darunter versteht man, dass eine Reduktion von Emissionen im Energiebereich durch ein gesteigertes Kauf- und Produktionsverhalten von Konsument/innen wieder ausgeglichen wird.

Dies bedeutet, wenn der Unterhalt von Produkten auf Grund eines effizienteren Verbrauchs günstiger wird, werden diese entweder intensiver benützt, oder die Einsparungen werden in andere energieverbrauchende Güter oder Dienstleistungen investiert (vgl. ebd.).

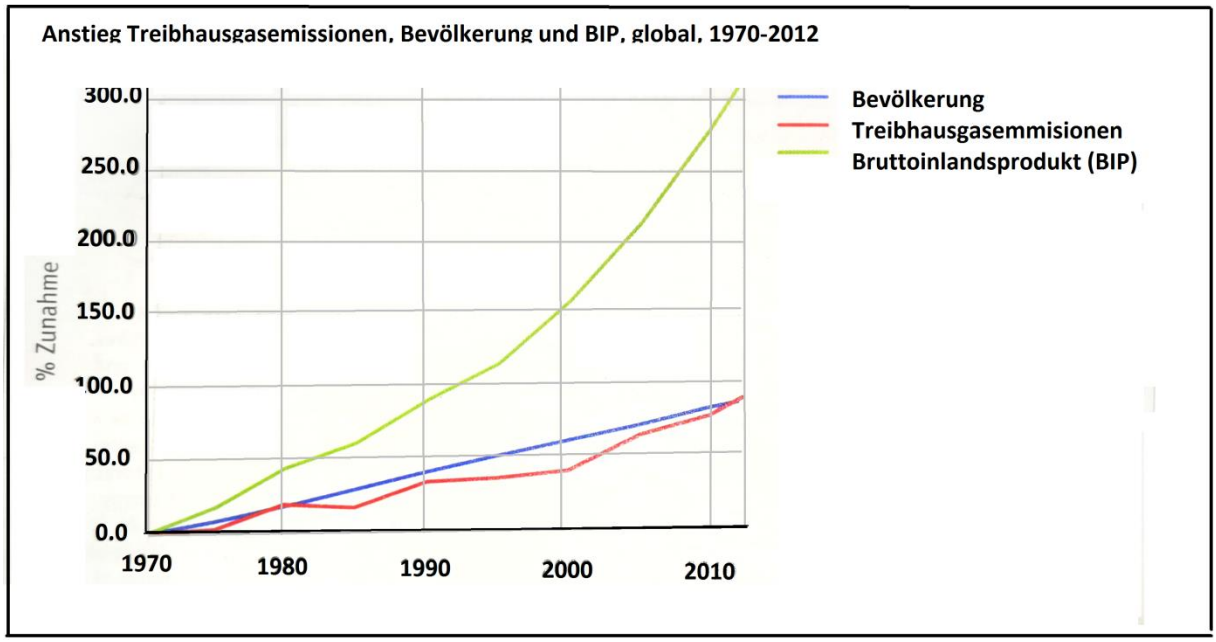


Abbildung 2:Anstieg der globalen Treibhausgasemissionen in %, (Quelle: Buhofer 2017: 91)

Um die Emissionen eines Landes zu berechnen, werden meist entweder Daten aus der Produktion oder dem Konsum von Dienstleistungen und Gütern herangezogen.

Im Falle der Berechnung mit Hilfe der Daten aus der Produktion spricht man von territorialen Emissionen (territorial emissions) oder der Produktionsperspektive. Dabei werden ausschließlich jene Emissionen berücksichtigt, welche dem Land, in welchem die Produktion stattfindet, anfallen. Hierbei ergibt sich das Problem, dass die produktionsbasierte Rechnungslegung nicht das Phänomen berücksichtigt, dass Länder ihre inländischen Emissionen durch Verlagerung der kohlenstoffintensiven Produktion ins Ausland reduzieren (vgl. KANDER 2015: 431). Dadurch sind Länder in der Lage die

Verantwortung von sich auf die Verbraucher/innen oder die Produzenten/innen anderer Länder zu verlagern.

Um diese Problematik aufzulösen, können die Emissionen auch anhand des Konsums (consumption-based emissions) errechnet werden. Hierfür werden jene Emissionen erfasst, welche durch die Endnachfrage der Konsument/innen innerhalb eines Landes im In- und Ausland ausgestoßen werden (vgl. ebd.: 434). Diese werden berechnet, indem die Emissionen bei Importen zu den Produktionsemissionen eines Landes addiert – und Emissionen bei Exporten, in beiden Fällen unter Verwendung der durchschnittlichen Emissionsintensität des relevanten Produktionssektors, im Erzeugerland subtrahiert werden (vgl. ebd.). Grundsätzlich werden die Daten der Emissionen auf Länderebene territorial erhoben. Sie liefern auch die Grundlage für die Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen und die damit zusammenhängenden Klimaverträge. Auf Grund der vorhandenen Wirtschaftsdaten können die territorialen Emissionswerte aus der Produktion präzise errechnet werden, während jedoch die Zahlen bezogen auf den Konsum mit „größeren Unsicherheiten“ behaftet sind, nicht zuletzt, da neben der zuvor genannten Berechnungsmethode noch weitere existieren (vgl. BUHOFER 2017: 94).

Fest steht, dass in einigen Ländern durch den globalen Handel eine Diskrepanz zwischen den Emissionen der Güterproduktion und des Güterkonsums entsteht (vgl. IPCC 2014: 386).

Laut Bericht des IPCC (2014: 367, 5.8) nahmen in den OECD-Mitgliedsländern des Jahres 1990 im Zeitraum von 1990 und 2010 die territorialen Emissionen von Kohlendioxid, welches aus der Nutzung fossiler Brennstoffe entstanden ist, um 6% zu. Hingegen stiegen dieselben Emissionen errechnet am Konsum um 22% an.

Diese Situation ergab sich daraus, dass die Produktion von Gütern zunehmend in Drittländer verlagert wurde, was ebenso dazu führte, dass auch die Emissionen in den besagten Ländern produziert wurden. Besonders im südostasiatischen Raum sowie in China stieg die Produktion in diesem Zeitraum stark an, was zur Konsequenz hatte, dass die territorialen Emissionen um 197% anstiegen. Die Emissionen des Konsums erhöhten sich gemäßigter, allerdings betrugen sie für den Zeitraum dennoch 175%. Dies ist relevant, da vor allem westliche Industrienationen Klimaabkommen unterschrieben, welchen territoriale Berechnungsmethoden zugrunde liegen und sogenannte exportierende Länder (z.B. China, Bangladesch, etc.) nicht (vgl. ebd.).

2.1.4 Ziele der Klimapolitik

Das 2-Grad-Ziel

Vereinzelt wurde in wissenschaftlichen Kreisen seit den 1970er Jahren über das Ziel diskutiert, den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius seit Beginn der Industrialisierung zu begrenzen. NORDHAUS (1977: 39f.; JAEGER und JAEGER 2010: 16) argumentierte bereits 1977, dass eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur um zwei bis drei Grad Celsius gegenüber dem in den 1970er Jahren bereits hohen Stand, zu lebensfeindlichen klimatischen Bedingungen führen würde.

Seit 1996 wurde dies auch auf politischer Ebene durch die Regierungen der Europäischen Union als Orientierungspunkt festgelegt (IPCC 2013: 1107). 2009 folgte im Rahmen der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen die gesamte Staatengemeinschaft mit einer Absichtserklärung. JAEGER und JAEGER (2010: 15) schreiben dazu: „The climate conference of Copenhagen in 2009 marks a turning point in the history of climate policy“. Diese beinhaltet das unverbindliche Ziel, den Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dieser durch wissenschaftliche Methoden errechnete Grenzwert besagt, dass eine Überschreitung dieses Wertes, zu drastischen Folgen, sogenannten Rückkopplungseffekten, für Mensch und Natur führen würde (CCEG 2008: 8f.; IPCC 2018: 9).

Da die Temperaturen bis heute bereits rund 1°C im globalen Durchschnitt gestiegen sind, müssten bis zum Jahr 2030 die CO_2-Emissionen um 25 % zum Referenzjahr 2010 abnehmen und bis 2070 sämtlichen anthropogenen Emissionen gestoppt werden, um ein solches Ziel zu erreichen (vgl. IPCC 2018: 16).

Das IPCC (vgl. ebd.) berechnete unter anderem ein Gesamtbudget an Emissionen, welches eingehalten werden muss, um das Zwei-Grad-Ziel bis zum Ende des 21. Jahrhunderts zu erreichen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Verbrennung fossiler Brennstoffe zuteil, da diese den größten Anteil aller Treibhausgase freisetzen. Doch auch Distickstoffoxid und Methan wirken sich, wenn auch in geringerem Maße, auf das Klima aus und tragen zu einem Temperaturanstieg bei, weshalb auch deren Reduktion nicht vernachlässigt werden sollte.

Insgesamt schätzt das IPCC (vgl. ebd.), dass bis zum Jahr 2018 bereits rund 2200 $GtCo_2eq$ emittierten. Das Restbudget, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, beträgt in etwa 2900

$GtCo_2eq$ (vgl. IPCC 2013: 10). Bei jährlichen globalen Emissionen von 42 ± 3 $GtCO_2eq$ wäre das Budget folglich bis Mitte der 2030er Jahre aufgebraucht (vgl. IPCC 2018: 16). Laut RICKELS (vgl. 2019: 145f) ist es nach aktuellen Berechnungen unwahrscheinlich, dieses Ziel ohne „negative Emissionstechnologien (NETS)" zu erreichen. NETS sind Technologien oder auch Maßnahmen, welche der Atmosphäre Treibhausgase entziehen. Dazu zählen unter anderem Kohlenstoffabscheidung und -speicherung, Ozeandüngung oder auch Aufforstung. RICKELS (vgl. ebd.: 146) merkt jedoch an, dass diese Maßnahmen, mit Ausnahme der Aufforstung, nicht oder kaum erforscht, jedoch hoch umstritten in Bezug auf ihre Wirksamkeit sind.

Das 1.5 Grad-Celsius Ziel

Obwohl bereits das 2-Grad-Celsius-Ziel in Anbetracht der weiterhin steigenden CO_2-Emissionen ambitioniert erscheint, wurde im Übereinkommen von Paris, welches aus der UN-Klimakonferenz am 12. Dezember 2015 hervorging, beschlossen, eine deutliche Unterschreitung des 2-Grad-Zieles zu forcieren. Wissenschaftler/innen betonten im Vorfeld, dass ein Anstieg der globalen Erwärmung um zwei Grad Celsius nicht ausreichen würde, um Kippelemente im Erdsystem vermeiden zu können, welche eine sogenannte „Heißzeit" hervorrufen würden. Als „Heißzeit" bezeichnet man eine Periode, in welcher die durchschnittliche globale Temperatur um mehrere Grad Celsius über der heutigen liegt (vgl. STEFFEN et al. 2018: 8252ff). Diesen Aussagen liegt eine Studie von STEFFEN (ebd. 2018: 8253) zugrunde, welcher darauf hinweist, dass nicht nur eine Unterschreitung des 2-Grad-Celsius-Zieles angestrebt werden sollte, sondern stattdessen 1,5 °C als neues Ziel definiert werden sollte. Auch das IPCC teilt diese Einschätzung und veröffentlichte im selben Jahr den „Sonderbericht 1,5 °C globale Erwärmung". In diesem wird darauf hingewiesen, dass auch bei einer Erwärmung von zwei Grad Celsius die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass irreversible Konsequenzen hervorgerufen werden. Konkret werden eine Zunahme von Hitzeextremen und daraus resultierende Todesfälle, der Anstieg des Meeresspiegels, vermehrte Starkniederschläge, Befall von Waldbeständen und vermehrte und länger anhaltende Dürren thematisiert (vgl. IPCC 2018: 6f.).

Laut IPCC (ebd.: 21) erfordere es zwar „rasche, weitreichende und beispiellose Veränderungen in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft", allerdings kam der Bericht

auch zu dem Fazit, dass die Begrenzung der Temperatur auf 1,5-Grad-Celsius umsetzbar und finanzierbar sei (vgl. ebd.). RICKELS wiederspricht dem und behauptet, lediglich unter Einsatz umstrittener NETS könne das Ziel erreicht werden (vgl. RICKELS et al 2019: 146ff.).
Das IPCC unterstreicht in seinem Sonderbericht, dass die negativen Folgen der globalen Erwärmung im Gegensatz zum Zwei-Grad-Ziel erheblich minimiert würden. Jedoch müssten die Emissionen rapide reduziert werden. Der globale Kohlendioxidausstoß müsste dafür zunächst, ausgehend vom Basisjahr 2010, um 45 % gesenkt werden (vgl. IPCC 2018: 25f.). Bis zum Jahr 2050 müssten die Emissionen auf null reduziert werden. Dafür benötigt es einen massiven Ausbau der Infrastruktur für erneuerbare Energie, welche im Umkehrschluss bis 2050 nahezu den weltweiten Strombedarf decken müsste. Erdgas und Kohle dürften lediglich einen marginalen Anteil dessen bereitstellen und auch nur wenn CO_2 dabei abgeschieden und gespeichert wird (vgl. ebd.: 26).

2.2 Die Marktwirtschaft

Wie bereits im Kapitel 2.1 erläutert, beeinflussen die Mechanismen des aktuellen Wirtschaftssystems die die natürlichen Prozesse unseres Planeten. Dieses System, welches als „Marktwirtschaft“ bezeichnet wird, definiert das Gabler Wirtschaftslexikon als: „Wirtschaftsordnung mit dezentraler Planung und Lenkung der wirtschaftlichen Prozesse, die über Märkte mittels des Preismechanismus koordiniert werden. Staatliche Mindestaufgaben sind Setzung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer die wettbewerbliche Koordination wirkungsvoll erfolgen kann, sowie Bereitstellung öffentlicher Güter (Liberalismus)“ (GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON 2019).

2.2.1 Formen und wichtige Merkmale der Marktwirtschaft

Diese knappe Definition skizziert lediglich die Prinzipien, welche die Marktwirtschaft bestimmen. Die Marktwirtschaft existiert heute in unterschiedlichen Formen. So spricht man beispielsweise in Österreich, wie in vielen weiteren Staaten der Europäischen Union, von einer sozialen Marktwirtschaft, in den USA von der freien Marktwirtschaft und in China von einer sozialistischen Marktwirtschaft. Diese Systeme unterscheiden sich primär durch die Rolle des Staates. Dieser greift in der freien Marktwirtschaft möglichst wenig

regulierend ein. Eine vollkommen freie Marktwirtschaft existiert in der wirtschaftspolitischen Realität nicht, da der Staat in der einen oder anderen Form immer Eingriffe vornimmt (vgl. PRAKASH 2005: 97). Adam Smith, Verfechter eines freien Marktes und ein Vertreter einer Wirtschaftstheorie, welche heute als „Klassische Ökonomie" bekannt ist, spricht sich beispielsweise nicht gegen ökonomische Aktivitäten des Staates aus, sondern schreibt ihm andere Funktionen zu. So hat dieser seiner Ansicht nach dafür zu sorgen, dass die Bürger/innen vor Unterdrückung und Ungerechtigkeiten ihrer Mitbürger/innen geschützt werden und Einrichtungen und Institutionen geschaffen werden, welche vom privaten Sektor vernachlässigt werden, aber wichtig für den Erhalt des Systems sind. Auch fordert Smith vom Staat, Monopolen, also Unternehmen, welche keiner Konkurrenz am Markt durch andere Teilnehmer ausgesetzt sind, entgegenzutreten (SALVADORI 2012: 12ff.).

Die zweite, vor allem in Europa praktizierte Form der Marktwirtschaft ist die sogenannte „soziale Marktwirtschaft". Diese entstand in Europa nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und geht auf ein von Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard entworfenes Leitbild zurück (HORN 2010: 123). Die darin formulierten Überlegungen hatten zum Ziel, zunächst die positiven Aspekte einer freien Marktwirtschaft, wie die umfangreiche Versorgung durch Güter und den insgesamt höhere Wohlstand gegenüber der Planwirtschaft[2], zu übernehmen, jedoch Nachteile wie eine starke Ungleichverteilung und zerstörerischen Wettbewerb, zu minimieren (WÜNSCHE 2009: 37). Als Ziele wurden soziale Absicherung und ein möglichst hoher Wohlstand definiert. Wichtig ist die Rolle des Staates, welcher hier im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft nicht passiv agiert, sondern aktiv in das Marktgeschehen eingreift. Der Staat setzt sich in der sozialen Marktwirtschaft dafür ein, Ungleichheiten in der Gesellschaft entgegenzuwirken (DUDEN 2009: 39). Dafür stehen dem Staat eine Reihe wettbewerbs-, sozial-, und konjunkturpolitische Instrumente zur Verfügung (vgl. ebd.: 54ff.).

[2] Die Planwirtschaft war das vorherrschende Wirtschaftssystem der Sowjetunion und weiterer sozialistischer Staaten. Der wesentliche Unterschied zur Marktwirtschaft war, dass der Preis hier nicht durch das Angebot-Nachfrage-Prinzip, sondern durch den Staat bestimmt wurde (vgl. WILDMANN 2007: 15).

Als dritte wichtige Form der Marktwirtschaft ist die „sozialistische Marktwirtschaft“ zu nennen. Nach den Reformen Deng Xiaopings gegen Ende des 20. Jahrhunderts wird vor allem das vorherrschende Wirtschaftssystem Chinas als solches bezeichnet. Aber auch andere Länder, wie etwa Vietnam, bezeichnen ihre Wirtschaftsform als solche (KRÜGER 2016: 319). Deng Xiaoping versuchte in einer zunächst geplanten Wirtschaft, Züge eines Marktes zu implementieren. Dieses System ergänzte später die vorher praktizierte Planwirtschaft und führte zu stark erhöhten Wachstumsraten zahlreicher relevanter Maßzahlen, welche den Wohlstand einer Volkswirtschaft messen, unter anderem des BIPs (vgl. FEWSMITH 2001: 172). Grob kann man diese Wirtschaftsform durch die besonders starke Rolle des Staates und durch eine Trennung des privaten und des öffentlichen Sektors von den beiden zuerst genannten Formen abgrenzen.

Der öffentliche und staatliche Sektor umfasst die Summe aller Unternehmen. Dabei werden jene Unternehmen des staatlichen Sektors direkt von der Regierung des Landes kontrolliert. Dazu zählen vor allem die Großindustrien wie die Rüstungsindustrie, die Kohleindustrie, die Telekommunikation oder die Luft- und Schifffahrt. Der private Sektor, also Unternehmen, welche nur geringfügig oder nicht direkt von der Regierung beeinflusst werden, besteht aus Unternehmen der Konsumgüterproduktion. Nach zahlreichen Reformen wurde aber auch der staatliche Sektor umstrukturiert, so dass nur mehr rund 150 Unternehmen direkt von der chinesischen Regierung geführt werden (vgl. WOETZEL 2008).

Die sozialistische Marktwirtschaft ist zusammengefasst kein klar abgegrenztes und starres Modell, sondern eher als ein sich stetig wandelndes System zu bezeichnen, welches von einer vom Staat kontrollierten Planwirtschaft durch Reformen und Umstrukturierungen die Relevanz des Staates minimiert und zunehmend marktwirtschaftliche Züge annimmt.

2.2.2 Keine Marktwirtschaft ohne Wirtschaftswachstum

Wirtschaftswachstum beschreibt im Allgemeinen die Zunahme der Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft. Da die Wirtschaftsleistung eines Landes pro Kopf oft als Richtwert für dessen Wohlstand gilt, haben Volkswirtschaften zum Ziel, diese zu erhöhen. Aus Sicht der Volkswirtschaft besteht durch ein größeres zur Verfügung stehendes Kapital eher die Möglichkeit, auf soziale Missstände zu reagieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten.

Somit wurde Wachstum als wichtiges politisches Ziel festgelegt, unter anderem im Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union. Dieser formuliert das Ziel, Wachstum im gesamten EU-Raum zu fördern (RIVERA et al. 2016: 16).

Um das stetige wirtschaftliche Wachstum verorten zu können, soll hier ein kurzer geschichtlicher Abriss gegeben werden.

Während die Bevölkerung der vorindustrialisierten Gesellschaften von einem zyklischen Verlauf der Geschichte ausging, entwickelte sich im 18. Jahrhundert durch die Industrialisierung die Überzeugung, dass dieser Prozess unter Einsatz von Arbeit, Fleiß und kreativen Innovationen, linear verlaufen könnte. Das Leben der Bevölkerung änderte sich mit zunehmender Geschwindigkeit. Der aus diesem Zeitgeist entsprungene Glaube an eine niemals enden wollende Vorwärtsbewegung der Gesellschaft, führte zu einer bis heute positiv konnotierten Bedeutung des Wachstumsbegriffs (vgl. PRISCHING 2009: 137f.).

Vor allem konservative Politiker/innen sehen im Wachstum die Lösung für nahezu sämtliche Probleme unserer Zeit (vgl. SCHMELZER 2015: 262).

Wie bereits erwähnt, ging man vor der Industrialisierung davon aus, dass auch künftige Generationen grundlegend dasselbe Leben führen würden, sprich: denselben Beruf ausüben, einen ähnlichen sozialen Status haben, aber auch dieselben äußeren Bedingungen vorfinden (z.B. Pferde und Esel als Fortbewegungs- und Transportmittel, Handel von Gütern auf einem physischen Markt gehandelt, hierarchische Gesellschaftsmuster). Dies änderte sich bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aber vor allem mit Beginn des 19. Jahrhundert grundlegend (vgl. KISHTAINY et al. 2012: 50f.) Zu Beginn der Industrialisierung existierten keine Theorien für die Abläufe der Wirtschaft, wenngleich 1776 Adam Smith das bis heute vielfach rezipierte Werk „Der Wohlstand der Nationen“ veröffentlichte, welches erstmals versuchte, die realen Verhältnisse, theoretisch greifbar zu machen (vgl. ebd.). Interessant ist, dass seit Mitte des 18. Jahrhunderts die globale Wirtschaft, wie Abbildung 3 zeigt, stetig wächst.

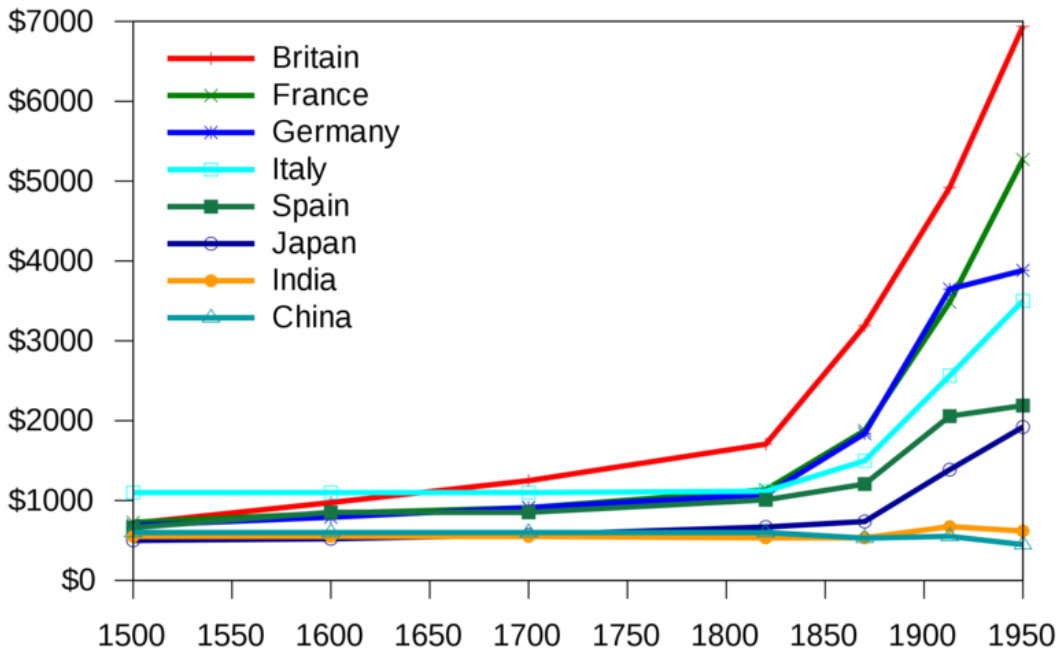


Abbildung 3: Globales Wirtschaftswachstum in US Dollar pro Kopf von 1500 bis 1950 (Quelle: wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Datei:2000px-Maddison_GDP_per_capita_1500-1950.svg.png)

Doch wodurch entsteht Wirtschaftswachstum? Da die Maßzahl das Bruttoinlandsprodukt darstellt und die positive Veränderung, also der Zuwachs dieser Zahl als Wirtschaftswachstum bezeichnet wird, ist es sinnvoll, zuerst einen Blick auf diese zu werfen. Das Bruttoinlandsprodukt misst die Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft innerhalb eines bestimmten Zeitraumes abzüglich sämtlicher Vorleistungen (vgl. WÜNSCHE 2009: 47; LEPENIES 2013: 15). Allgemein kann also Wirtschaftswachstum dadurch entstehen, dass die Zahl der produzierten Güter und Dienstleistungen zunimmt. Die sogenannte Wachstumsrate gibt somit Auskunft über den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von Jahr zu Jahr. Die Entstehung des Zuwachses kann auf zwei möglichen Wegen zustande kommen: Die erste Möglichkeit ist, die Auslastung der Kapazitäten zu optimieren. Wenn also beispielsweise Fabriken im Jahr x nur zu 80% ausgelastet sind und im Jahr x_{+1} eine Auslastung von 100% erreichen, entstehen mehr Güter und das Bruttoinlandsprodukt steigt an.

Die andere Möglichkeit einen Zuwachs zu erwirtschaften ist, eine Ausweitung der Produktionskapazitäten zu erreichen. Dies kann beispielsweise durch den Ankauf neuer Maschinen geschehen (WIRTSCHAFTSSCHULE O.J.).

2.2.3 Schattenseiten des Wachstums

Das seit der industriellen Revolution anhaltende Wirtschaftswachstum führte dazu, dass sich die Lebensumstände vor allem für Bürger/innen in den sogenannten Industrienationen grundlegend veränderten.

Wie bei den meisten großen wirtschaftlichen Veränderungen ist die bereits rund 250 Jahren andauernde Industrialisierung für manche Bevölkerungsschichten und Nationen gewinnbringend und für andere jedoch nicht. Auch wenn westliche Staaten anhand der gängigen Maßzahlen, wie dem bereits mehrfach erwähnten BIP, aus Sicht der Volkswirtschaft als Profiteure angesehen werden, brachte der monetäre Wohlstand dennoch zahlreiche negative Aspekte mit sich. So sind die OECD-Staaten für 67% der globalen Treibhausemissionen verantwortlich (vgl. OECD 2014a: 174), wobei der Anteil in den letzten Jahrzehnten auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung südamerikanischer und asiatischer Länder bereits sank.

Ungleichheit

Steigende Einkommen, hohes Wirtschaftswachstum und eine sich schließende Lohnschere prägten das ökonomische Bild der Nachkriegszeit. Zudem blieben Wirtschaftsdepressionen aus, was zu einer nie dagewesenen Kaufkraftsteigerung der gesamten Gesellschaft führte (vgl. TANNER 2016: 260). Diese Entwicklung stoppte jedoch in den 1970er Jahren. Seither nimmt die Einkommensungleichheit sowie die Vermögensungleichverteilung erneut zu (vgl. OECD 2014b: 2; PIKETTY 2014: 49). PIKETTY legt in seinem Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ dar, dass weltweit aktuell derselbe Grad an Ungleichheit vorherrscht, wie vor rund 100 Jahren (vgl. ebd.: 226). Seiner Ansicht nach ist neben zahlreichen weiteren Faktoren, welche diese Entwicklung beeinflussten und verstärkten, der Quotient aus der Sparquote und der Wachstumsrate entscheidend, denn seine These lautet, dass die Tendenz zur Ungleichverteilung durch ein niedriges Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig hoher Sparquote verstärkt wird. Diese Entwicklung wird auch dadurch verstärkt, dass bei zunehmender Ungleichverteilung mehr reiche Menschen sparen. „In einer nahezu stagnierenden Gesellschaft gewinnen die in der Vergangenheit angesammelten Vermögen eine unverhältnismäßige Bedeutung“ (ebd. 2014: 220).

Psychische Krankheiten

Der Druck der Leistungsgesellschaften drückt sich durch einen hohe Zahl an Menschen mit psychischen Erkrankungen aus. Wie der Kongress der Welt-Psychiatriegesellschaft (WPA) im Jahr 2013 bekanntgab, leiden bereits über 450 Millionen Menschen weltweit an psychischen Erkrankungen (vgl. BETTSCHART und KOFLER 2013). Davon entfallen 165 Millionen nur auf Europa. Der Großteil davon entfällt auf Depressionen, Angststörungen, Schizophrenie und Abhängigkeiten von Alkohol oder anderen Substanzen (vgl. WHO 2013: 19).

Professor MUSALEK gibt an, dass diese Krankheiten mit rasanter Geschwindigkeit zunehmen: „Die globale Krankheitslast durch psychische Erkrankungen ist zwischen 1990 und 2010 um 37,6 Prozent gestiegen“ (vgl. BETTSCHART und KOFLER 2013). Vor allem Depressionen und Alkoholabhängigkeiten werden weiterhin stark zunehmen“ (vgl. ebd.). ALSDORF nimmt zwar davon Abstand, das Marksystem alleine für diese Problematik verantwortlich zu machen, allerdings sieht sie in den zunehmend belastenden Arbeitsbedingungen einiger Berufsfelder (untersucht wurden u.a.: Klinikärzt/innen, Therapeut/innen, Personal- und Betriebsrät/innen, Arbeitgeber/innen, Versicherungsangestellte) die Ursache für eine Zunahme von psychischen Erkrankungen (ALSDORF et al. 2017: 309ff.).

Suizid

Psychische Krankheiten können in sehr ernsten Fällen zum Suizid führen. Die globalen Daten verdeutlichen, dass Industriestaaten davon besonders betroffen sind. Diese werden zum größten Teil im oberen Drittel der Statistik angeführt. Abbildung 4 zeigt einen Ausschnitt aus der Statistik, welche von der WHO zu dieser Thematik für das Jahr 2016 veröffentlicht wurde. Die Darstellung beschränkt sich auf eine repräsentative Auswahl an Staaten, in welcher die beiden Extreme dargestellt werden. Dies ist zum einen Litauen, welches mit 31,9 Todesfällen pro 100 000 Einwohnern die höchste Selbstmordrate aufweist und zum anderen Barbados mit 0,8 Selbstmorden (vgl. WHO 2016).

Grundsätzlich fällt auf, dass Staaten mit einem hohen BIP pro Kopf, überproportional im oberen Drittel der Statistik zu finden sind, während vor allem wirtschaftlich schwächere Staaten wie Barbados am unteren Ende zu finden sind.

Auf Seiten der Industriestaaten weisen Japan (18,5) und Südkorea (26,9) die höchste Selbstmordrate auf, doch auch Frankreich (17,7) und die Schweiz (17,2) zählen zu Ländern mit einer hohen Selbstmordrate (vgl. WHO 2016).

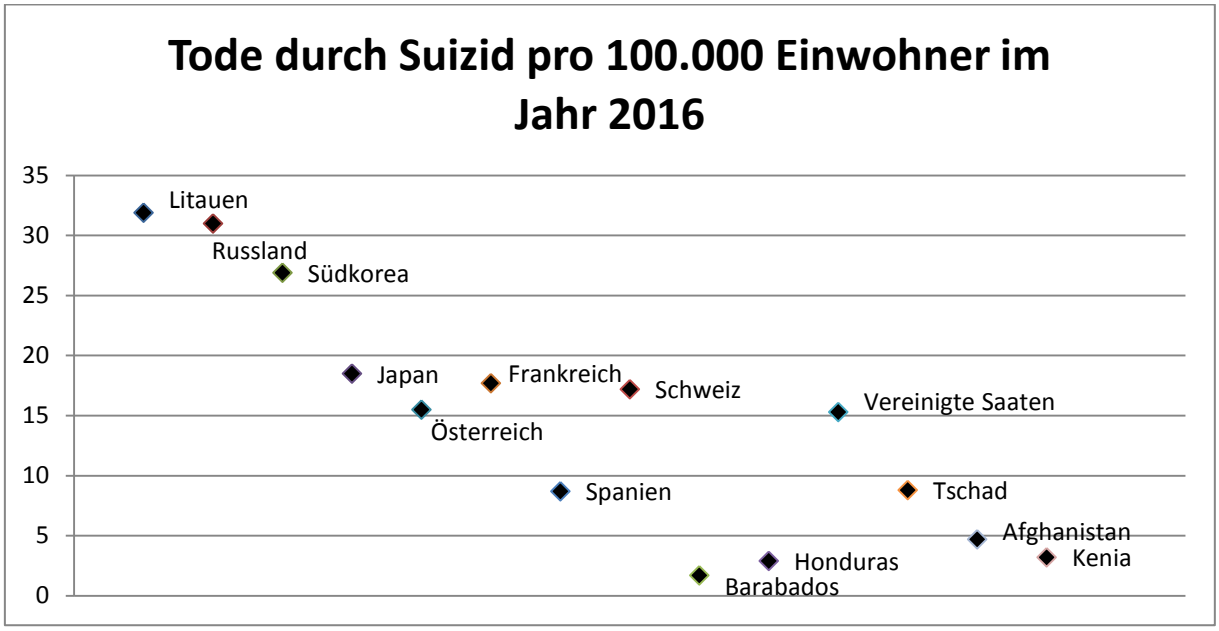


Abbildung 4:Selbstmordrate einiger Staaten (Quelle: WHO 2016)

Die Gründe für Selbstmord sind vielfältig, so schreibt JAN KNÜSEL (2016) beispielsweise über die Arbeitsmoral in Südkorea und Japan, dass es sprichwörtlich „zum guten Ton gehört“, am Arbeitsplatz sehr präsent zu sein und auch das Privatleben dem Beruf unterzuordnen. Über einhundert Überstunden sind keine Seltenheit, was laut Aussage des Autors die vergleichsweise hohe Selbstmordrate erklärt (vgl. KNÜSEL 2016).

Auch in Europa nimmt der Druck auf Unternehmen durch die Globalisierung zu, was ebenfalls zu einer Ausweitung der Arbeitszeit geführt hat.

Blindheit der Marktwirtschaft gegenüber ökologischer Probleme

Seit Anbeginn der Industrialisierung besteht ein enger Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und einem stetig wachsenden Ressourcenbedarf, welcher

zunehmend zu globalen und irreversiblen Schäden an der Umwelt führt (vgl. HALLEGATTE et al. 2011). In der Wissenschaft wird das Ergebnis dieser Entwicklungen in Anlehnung an die geologischen Zeitalter mit dem Begriff „Anthropozän“ bezeichnet (vgl. ROCKSTRÖM 2009: 472).

Dabei ist der Anstieg der Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre nur einer von vielen anthropogenen Eingriffen in das Ökosystem. Zahlreiche weitere menschliche Eingriffe in das Ökosystem der Erde brachten dieses an den Rand seiner Belastungsgrenzen. Als Beispiel seien hier die globalen Mengen an Stickstoff oder Phosphor genannt, welche in die Böden und Gewässer gelangten und ebenso kritische Grenzwerte erreichten. Zudem darf auch der Verlust unzähliger Tier- und Pflanzenarten nicht unerwähnt bleiben (vgl. RÖCKSTRÖM 2009: 473; STEFFEN 2015: 738).

Den überwiegenden Anteil dieser Schäden an der Natur und deren Systemen haben industrialisierte und wohlhabende Staaten zu verantworten, doch bisher gelang es keinem einzigen, unter Einhaltung der ökologischen Systemgrenzen, individuellen sowie gesellschaftlichen Wohlstand zu realisieren (vgl. AUS DEM MOORE 2019).

Dennoch ist Wirtschaftswachstum eines der höchsten Ziele für politisch-administrative Einheiten wie beispielsweise Staaten oder Staatenbündnisse wie die EU (vgl. KISHTAINY 2012: 45). Voraussetzung für das Wachstum ist, wie bereits zuvor erläutert, dass Umsatzzuwächse von Unternehmen erwirtschaftet werden. Diese müssen dafür entweder die Zahl oder den Preis der verkauften Produkte erhöhen. In Anbetracht der Globalisierung und dem damit einhergehenden immer größer werdenden Konkurrenzkampf, sind vor allem Unternehmen einem immer größeren finanziellen Druck ausgesetzt. Um Gewinne zu erzielen und im globalen Wettbewerb bestehen zu können, ist es allerdings essentiell, den Preis der eigenen Produkte möglichst niedrig zu halten.

Während Faktoren wie ein zu geringer Lohn für Arbeiter/innen oder mangelhafte Qualität kurzfristige Rückkopplungseffekte auslösten (z.B. Streik oder Kündigungen bzw. Einbruch der Nachfrage), hatten umweltschädliche Produktionsverfahren lange keine spürbaren Auswirkungen auf die Unternehmen. Wie im Kapitel 2 erläutert, rückte erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Thema Klimawandel nach und nach in den medialen Vordergrund. Dabei ist die Schuld nicht ausschließlich bei Unternehmen zu suchen, welche durch ihr rücksichtsloses Handeln die Umwelt schädigen. Mehr lag der gesamten

Wirtschaft ein Fundament aus begrenzten Rohstoffen zugrunde, welche in ihrer Verarbeitung oder Nutzung zur Umweltschädigung beitrugen (vgl. VAN SUNTUM 2007).

Dies ist jedoch kein ausschließlich marktwirtschaftliches Phänomen. Auch in der Planwirtschaft der ehemaligen UdSSR wurde vorwiegend umweltschädigend produziert (vgl. ebd.). Dennoch ist in jedem der Systeme eine umweltschonendere und nachhaltigere Produktionsweise oftmals mit Mehrkosten verbunden, was dazu führt, dass Unternehmen nur ungern diese Investitionen tätigen, welche aus ökonomischer Sicht keinen Vorteil versprechen. Am Beispiel der Agrarwirtschaft ist sogar das Gegenteil der Fall. Würden sämtliche Düngemittel verboten werden, welche nachweislich die Umwelt beeinträchtigen, würden die Umsätze einbrechen. Zusammenfassend ist also jede Art von Mehrausgabe, welche keinen unverzüglichen ökonomischen Nutzen verspricht, aus ökonomischer Sicht nicht profitabel. Wie das UMWELBUNDESAMT (vgl. UMWELTBUNDESAMT 2019a) anmerkt, werden dabei aktuelle mögliche Umsatzeinbrüche der Unternehmen in Zukunft von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Es wird also eine Externalisierung der Kosten stattfinden (vgl. UMWELTBUNDESAMT 2019b). Dabei zeigen die Ergebnisse der Berechnungen, dass sich im Jahr 2050 die Folgekosten des Klimawandels und der Verlust der biologischen Vielfalt auf 25% der weltweiten Wirtschaftsleistung belaufen könnten (vgl. UMWELTBUNDESAMT 2019a).

Auch wenn Unternehmen einen maßgeblichen Beitrag zu der aktuellen ökologischen Situation leisteten, muss dennoch darauf hingewiesen werden, dass diese aus ökonomischer Sicht kaum Anreize seitens der Politik oder auch der Konsument/innen erhielten, um Rücksicht auf die Umwelt zu nehmen. Denn dahingehende Maßnahmen erfordern meist einen zusätzlichen monetären Mehraufwand, welcher Nachteile im mittlerweile oftmals globalen Wettbewerb mit sich zieht (vgl. VAN SUNTUM 2007).

PAUL MASON nimmt vor allem die Politik in die Pflicht und behauptet, dass ausschließlich diese es vermag, Anreize zu schaffen, um eine Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu ermöglichen (vgl. MASON 2016: 354).

Zudem entscheidet letztlich die Nachfrage der Konsument/innen. Durch den Kauf von möglichst günstigen Produkten ohne Rücksicht auf die Folgen, tragen diese ebenso zur Verschlechterung der ökologischen Situation bei. Durch günstigere Preise eines Produktes im Gegensatz zur Konkurrenz entstehen oft Kosten in anderen Bereichen. Diese betreffen oftmals ökologische oder soziale Faktoren.

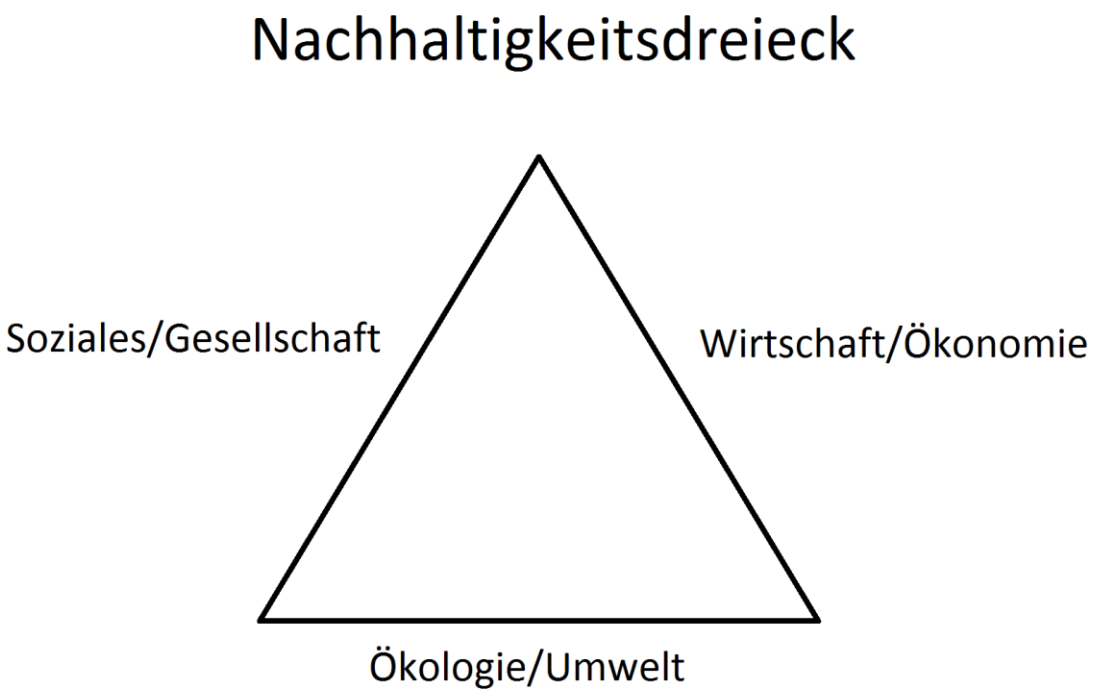


Abbildung 5:Nachhaltigkeitsdreieck nach HEINS (vgl. HEINS 1998)

Allgemein herrscht in der Wissenschaft Konsens darüber, dass sowohl in der Vergangenheit als auch aktuell Raubbau an der Umwelt betrieben wird und eine möglichst stabile Entwicklung der globalen Zustände nur unter Einhaltung des in Abbildung 5 gezeigten Nachhaltigkeitsdreiecks stattfinden kann. Sowohl soziale, ökonomische als auch ökologische Interessen sollten möglichst im Gleichklang wahrgenommen werden.

Kritiker/innen bemängeln zwar, dass dieses Modell keine konkreten Handlungsvorschläge beinhaltet und es komplexe Sachverhalte simplifiziert, jedoch kann es als Orientierung bei Entscheidungsfindungen dienlich sein.

2.3 Alternative Wirtschaftsmodelle

2007 gab der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy an einige arrivierte Ökonom/innen wie Joseph Siglitz oder Amartya Sen den Auftrag, zu untersuchen, wie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt bestmöglich gemessen und breitere Wohlfahrtsmaßnahmen eingeleitet werden können. Die Arbeit der Ökonom/innen kam zu dem Ergebnis, dass sich das Hauptaugenmerk der Wirtschaftspolitik drastisch ändern

müsse und die Kennzahlen der ökonomischen Produktion zu Gunsten von Kennzahlen über Wohlbefinden und Nachhaltigkeit weichen sollten. Die Studie kam zu dem Schluss, dass sich das subjektive Wohlbefinden und die gängigen Wirtschaftsindikatoren zunehmend voneinander distanzieren. Ein alternatives System müsste ein weitaus größeres Spektrum an Faktoren wie Gesundheit oder die Auswirkungen des Lebensstils auf die Umwelt miteinbeziehen, anstatt ausschließlich eine ökonomische Maßzahl für Erfolg oder Misserfolg einer Volkswirtschaft herzunehmen (KISHTAINY et al. 2012: 219).
Diese Erkenntnis bestimmte zunehmend den wissenschaftlichen Diskurs und veranlasste zahlreiche Menschen, welche sich mit den aktuellen Entwicklungen nicht zufriedengeben wollten, dazu, sich Gedanken über alternative Wirtschaftssysteme zu machen. Diesen Alternativen widmet sich das folgende Kapitel.

Bis heute fehlt es an einer Analyse zwischen dem Zusammenhang von Institutionen und Dynamiken unserer derzeitigen Wirtschaftsweise und auch die aktuell diskutierten Politikmaßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels greifen zu kurz (vgl. HOFFERBERTH 2019). HOFFERBERTH (2019) fordert daher ein „radikaleres Umdenken in Wirtschaftswissenschaften und –politik“.

In den vorangegangen Kapiteln wurde ein Grundriss des ökonomischen und ökologischen Status quo gezeichnet. Während Kund/innen nach immer günstigeren Produkten greifen und Unternehmen im globalen Wettbewerb unter ständigem Preisdruck stehen, steigt die globale Ungleichheit und die ökologische Krise spitzt sich zu. Es entsteht ein Spannungsfeld zwischen Preisdruck und Nachhaltigkeit. Laut HOFFERBERTH (2019) fehlt es der Volkswirtschaftslehre an Theorien, welche in der Lage sind, diese Krisen zu erfassen.

Wenngleich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten das Bewusstsein für Umweltthemen in der Öffentlichkeit immer größer wurde, ist es schwer, ein derart komplexes und globales System wie die Marktwirtschaft in kurzer Zeit zu transformieren. Dennoch rückte das Thema Klimawandel nicht zuletzt durch Greta Thunberg verstärkt in den medialen Fokus – und mit ihr zahlreiche zum Teil ältere, zum Teil neuere Theorien von Wissenschaftler/innen und Fachleuten, welche mit ihrem jeweiligen Fachwissen

Modelle für alternative Wirtschaftssysteme anbieten und sich für eine nachhaltige Ökonomie einsetzen.

Im Folgenden werden Theorien vorgestellt, welche in vier Kategorien eingeordnet werden können:

Kategorie	Modell
Fortführen des bestehenden Systems mit verstärktem Fokus auf Nachhaltigkeit	Green Growth
Adaption des bestehenden Systems	Postkapitalismus
Transformation des bestehenden Systems	Gemeinwohl-Ökonomie
Radikale Abwendung vom bestehenden System	Postwachstumsökonomie

Tabelle 1: eigene Darstellung

Diese Tabelle zeigt eine Adaption der in der Einleitung vorgestellten Kategorien für alternative Wirtschaftsmodelle. Die in der Arbeit vorgestellten Theorien unterscheiden sich dadurch voneinander, wie sie auf das System der Marktwirtschaft Einfluss nehmen möchten. Diese alternativen Wirtschaftsmodelle und -theorien, in weiterer Folge nur mehr alternative Wirtschaftsmodelle genannt, wurden anhand ihrer repräsentativen Wirkung in vier Kategorien eingeordnet. Im Anschluss werden vor allem ihre möglichen Auswirkungen auf Politik, Gesellschaft und die individuelle Lebensweise der Bevölkerung thematisiert.

2.3.1 Green Growth – Green New Deal – Green Economy

Die Begriffe „Green Growth“, „Green New Deal“ und „Green Economy“ kamen bereits in den 1990er Jahren auf, rückten aber erst nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 in den medialen Mittelpunkt (vgl. BRAND 2013: 4). Diese drei Konzepte weisen nur geringfügige aber entscheidende Unterschiede auf. Sie werden in den folgenden Abschnitten überblicksmäßig dargestellt. Die Gesamtheit dieser Überlegungen wurde zum „Credo der aktuellen politischen Diskussionen“ (PIRGMAIER 2012: 14), denn hierbei soll es möglich sein, innerhalb des marktwirtschaftlichen Rahmens die Wirtschaft „grün“

umzugestalten, wodurch eine Win-win-Situation für alle Beteiligten (Staaten, Unternehmer/innen und Bürger/innen) entstehen soll.

Die Theorien vereint der Anspruch durch geringfügige Eingriffe in das aktuelle Wirtschaftssystem, Armut zu reduzieren, das Wirtschaftswachstum zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Angestrebt wird eine Entkopplung des Wachstums mit der Umwelt. Die Krise wird hier als Chance verstanden, was diesen Modellen mittlerweile dazu verhalf, vielfach rezipiert zu werden. Zahlreiche Politiker/innen und Institutionen wie beispielsweise die OECD oder das UNEP treten für dieses Paradigma ein, welches darauf abzielt, nachhaltige Entwicklung konkret umzusetzen (vgl. ebd.: 14).

Green New Deal

Die Namensgebung dieser Überlegungen geht auf den ehemaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zurück, welcher in den 1930er Jahren ein massives Konjunkturpaket bereitstellte, um die amerikanische Wirtschaft zu stabilisieren (RIFKIN, 2019: 44f.). Dieses Unterfangen wurde als „New Deal“ bezeichnet und wurde aus öffentlichen Geldern finanziert. Angelehnt an diese politische Maßnahme entstand die Bezeichnung „Green New Deal“, welche zusammenfassend die Summe zahlreicher Konjunkturprogramme bezeichnet, welche darauf abzielen, die Wirtschaft strukturell umzuwandeln (vgl. ebd.). Der „Green New Deal“ zielt darauf ab, durch grüne öffentliche Investitionen in den unterschiedlichen Sektoren einen Aufschwung der Wirtschaft herbeizuführen, Green Jobs[3] zu schaffen, sowie den Klimawandel zunächst zu verzögern und in weiterer Folge einzudämmen (vgl. ALTVATER 2011: 126ff.). Auch Ressourcenengpässe sollen dadurch nachhaltig verhindert werden (vgl. PIRGMAIER 2012: 15). Beispiele sind Förderungen für energieeffiziente Gebäudesanierungen, die Etablierung der öffentlichen Verkehrsmittel als kostengünstige und unkomplizierte Alternative zum Individualverkehr, die Förderung von erneuerbaren Energien oder auch die Abschaffung von Subventionen, welche direkt oder indirekt die Umwelt schädigen (vgl. ebd.).

[3]Green Jobs bezeichnen Arbeitsplätze, welche dem Umweltsektor zuzuordnen sind. Diese betreffen in der Regel „klassische“ Umweltberufe, aber auch Jobs, für welche Umweltbewusstsein relevant ist, aber zum Teil auch sämtliche Berufe innerhalb eines Unternehmens, welches im Umweltsektor tätig ist (vgl. LEITNER und LITTIG 2012:).

Der Green New Deal geht in seinem Ursprung auf das Umweltprogramm der Vereinten Nationen zurück, welche maßgeblich daran beteiligt waren, den Begriff öffentlich wirksam zu verbreiten. Im Jahr 2008 wurde die „Initiative Global Green New Deal“ gestartet, welche darauf abzielte, einen globalen Strukturwandel der globalisierten Welt einzuleiten (vgl. ebd.: 15).

Die Umsetzung fußte auf drei Säulen: Zunächst sollte finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer bereitgestellt werden. Als weitere Maßnahme sollten die jeweiligen Regierungen bei der Zusammenstellung von grünen Konjunkturpaketen unterstützt werden. Zuletzt beinhalteten die Überlegungen auch die politische Koordination auf einer Metaebene, um zu gewährleisten, dass die Programme auch umgesetzt werden und zu einer positiven Entwicklung vor allem in ärmeren Ländern führen. Mittlerweile gilt der Begriff „Green New Deal“ als veraltet und wurde von „Green Economy“ abgelöst, welcher ebenfalls von UNEP geprägt und gefördert wurde (vgl. ebd.).

Green Economy

Wie bereits eingangs erwähnt, unterscheiden sich die drei vorgestellten Theorien nur geringfügig. So entstand die „Green Economy“ aus dem „Green New Deal“. Die Definition, welche die UNEP in ihrem Paper „Towards a Green Economy“ dazu bereitstellt, definiert die „Green Economy” als Modell „that results in improved human well-being and social equity, while significantly reducing environmental risks and ecological scarcities“ (UNEP 2011: 4).

Um diese Vision umsetzen zu können, wurde der eben genannte Bericht im Jahr 2011 veröffentlicht, welcher Handlungsanweisungen für Politiker/innen und andere Entscheidungsträger/innen bereitstellt. Sie sollen diese dabei unterstützen, in den jeweiligen Staaten die Bedingungen für ressourcenschonenderes sowie CO_2-ärmeres Wirtschaften zu schaffen. Diese sind:

- Solide juristische Rahmenbedingungen zu schaffen
- Priorisierung der staatlichen Investitionen und Ausgaben in Bereichen, welche die Ökologisierung der Wirtschaftssektoren fördern

- Beschränkung der Staatsausgaben in Gebieten, in welchen das natürliche Kapital aufgebraucht ist
- Steuern und marktbasierte Instrumente einsetzen, um umweltfreundliche Investitionen und Innovationen zu fördern
- Investitionen in den Aufbau für Kapazitäten, Training und Education Governance für die Bevölkerung tätigen (UNEP 2011: 27ff.)

Durch diese Maßnahmen versucht die UNEP aufzuzeigen, welche Rahmenbedingungen und politischen Reformen notwendig sind, um private und öffentliche Investitionen zu fördern, um in weiterer Folge den Übergang in eine ressourcenschonende Wirtschaftsform finanzieren zu können.
Man orientierte sich aus diesem Grund an sogenannten „Best-Practice-Modellen", was bedeutet, dass die UNEP die erfolgreichsten Umsetzungen der Staaten sammelte und analysierte. In weiterer Folge konnten daraus die positiven Effekte der grünen Politiken und Investitionen herausgearbeitet werden (PIRGMAIER 2012: 15).
Zusammengefasst lag der Schwerpunkt darauf, einzelne Handlungen und Maßnahmen zu koordinieren und in eine übergeordnete Strategie einzugliedern, um schnellstmöglich das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen.

Green Growth

Im Gegensatz zum „Green New Deal" und der „Green Economy" wurde die Bezeichnung „Green Growth" von der OECD geprägt. Inhaltlich bestehen zahlreiche Parallelen, wobei hier ebenfalls ein „alternativer Wachstumspfad in Kontrast zum konventionellen Wirtschaftswachstumsparadigma" (PIRGMAIER 2012: 15) beschrieben wird. Auch diesem Modell liegt die Agenda zugrunde, Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Allerdings wird argumentiert, dass der effiziente Umgang mit Ressourcen ein stärkeres Wachstum fördern kann. Somit steht hier klar wirtschaftlicher Erfolg im Vordergrund, welcher durch grüne Maßnahmen ermöglicht wird. Explizit wird die Erschließung neuer grüner Märkte, die Förderung von ökologischen Innovationen oder das Schaffen von Strukturen für das Management von Ökosystemdienstleistungen forciert, was neue Geschäftsfelder und Wettbewerbsvorteile ermöglichen soll (OECD 2011).

Wie der „Green Deal“ oder die „Green Economy“ sollten auch Überlegungen zu „Green Growth“ in den Jahren nach der Finanzkrise 2008 Lösungen auf diese finden und beweisen, dass Klima- bzw. Umweltschutz und Wirtschaftswachstum einander nicht zwingend ausschließen müssen (vgl. BRAND 2013: 97).

Im Jahr 2009 unterschrieben 34 Minister eine sogenannte „Green Growth Declaration“, welche die OECD politisch dazu befähigte, eine Green Growth Strategie zu erarbeiten. Zwei Jahre später wurde der Bericht „Towards Green Growth“ publiziert, welcher die notwendigen Rahmenbedingungen für grünes Wachstum vorgibt und eine Richtschnur für nationale Anstrengungen bereitstellt (PIRGMAIER 2012: 15). Ebenso wie die Green Economy ist auch das Modell des Green Growth als eine wirtschaftspolitische Strategie zu verstehen, wie innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann.

Diskurs

Die soeben vorgestellten Theorien eint demnach der Anspruch eine nachhaltige und umweltfreundliche Politik zu betreiben, aber gleichzeitig das ökonomisches Wachstum weiter zu steigern. Die Erkenntnisse, auf denen diese Überlegungen beruhen, wurden bereits Ende des 20. Jahrhunderts in Form von politischen Leitmotiven formuliert. So wurde im Jahr 1992 auf der UN-Konferenz in Rio de Janeiro mit dem Schwerpunkt Umwelt und Entwicklung der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ hervorgebracht, welcher im Jahr 2012 von Green Economy ersetzt wurde.

Auch wenn schon 1992 erste politische Versuche stattfanden, die Marktwirtschaft zu „begrünen“, verdanken diese Modelle ihre Popularität der Finanzkrise im Jahr 2008. Neben der Rettung der Umwelt versprach man sich hier hohe Wachstumsraten sowie Millionen neuer Arbeitsplätze. In Anbetracht der heutigen Situation in Bezug auf beispielsweise weiterhin steigende CO_2-Emissionen können die Ergebnisse der bisherigen Bemühungen nicht als zufriedenstellend bewertet werden. BRAND (2013: 3ff) merkt an, dass trotz zahlreicher Einzel- und Teilerfolge die Politik der nachhaltigen Entwicklung großteils gescheitert ist, da weder die ökologischen, noch die ökonomischen oder sozialen Probleme im globalen Kontext verbessert oder gar gelöst wurden (vgl. ebd.: 4).

Der mangelnde politische Wille wird vielerorts als grundlegende Ursache angesehen, weswegen den Forderungen der Initiatoren keine Maßnahmen folgten. Den Unwillen der Politik das Wirtschaftssystem zu transformieren, begründet BRAND wie folgt:

„Der Grund ist, dass die Regierungen der ökonomisch mächtigen Länder das (…) Produktionsmodell nicht hinterfragen und an einer (…) kapitalistischen Globalisierung festhalten. Hier herrscht die Konkurrenz (…) die wiederum die Umweltbelastungen (…) wachsen lässt. Dies liegt am Gegensatz von betriebswirtschaftlicher Kalkulation einerseits und Naturschutz oder nachhaltiger Naturnutzung andererseits: Für die Unternehmen ist es bislang meist profitabler, Natur als billige Rohstoffquelle und Mülldeponie zu nutzen. Schließlich werden viele Rohstoffe (…) gratis zur Verfügung gestellt (…). Absurderweise ist dadurch eine kurze Lebensdauer von rohstoffintensiven Produkten oft rentabler, als Güter umweltschonend zu produzieren, die lange Zeit genutzt werden können"(BRAND 2013: 5).

Der Autor stellt somit grundlegend infrage, ob der Schutz von Ökologie und das Wachstum der Ökonomie in einer globalisierten Marktwirtschaft Hand in Hand gehen können. Weiters führt BRAND an, dass zu dem bereits existierenden Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile, welchem Staaten ausgesetzt sind, nun auch die Konkurrenz um die Verteilung der Kosten der Green Economy hinzukommen. Daraus entsteht die Situation, dass jene Gruppen, welche durch die Transformationsprozesse finanzielle oder ihren Status betreffende Einbußen erwarten, diese am stärksten bekämpfen (WBGU 2011: 201f.). BRAND führt zudem aus, dass die grüne Wirtschaft „keine Vorteile für alle, sondern nur für die Gewinner" bietet (BRAND 2013: 5).
Josef Ackermann, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank fasst die Situation folgendermaßen zusammen:

„Eine neue Weltordnung bricht an. Das Rennen um die Führerschaft hat bereits begonnen. Für die Gewinner sind die Erträge klar: Innovationen und Investitionen in saubere Energien werden das grüne Wachstum stimulieren; es wird Jobs schaffen, eine größere Unabhängigkeit der Energieversorgung und der nationalen Sicherheit. (BRAND 2013: 5)"

Es war also bis dato nicht möglich, eine Win-win-Situation entstehen zu lassen. Außerdem fördert die Politik nach wie vor kapitalintensive und sozial unverträgliche Bergbau-, Infrastrukturprojekte und Offshore-Windparks, welche den Emissionshandel beflügeln. „Die Green Economy bleibt innerhalb der kapitalistischen Rationalität", resümiert WICHTERICH die Situation (2011: 5).

Jene Unternehmen und Staaten, welche über ausreichend Kapital verfügen, um investieren zu können, haben gute Aussichten auch weiterhin agieren zu können; im Gegensatz zu jenen, welche auf Grund mangelnder monetärer Mittel auf das Reagieren beschränkt sind (vgl. BRAND 2013: 5).

Eine Ursache ist, dass die Logik von Profit, Konkurrenz und ständig neuen Investitionen nicht hinterfragt wird (ebd.: 6). Denn für Unternehmen gilt weiterhin die Regel, primär die Gewinne – und für Staaten das Wirtschaftswachstum, zu maximieren. Die Folgen, insbesondere die ökologischen Kosten, spielen vorerst lediglich eine untergeordnete Rolle. Die Grundproblematik wird dadurch aufgeschoben, anstatt gelöst zu werden (vgl. LAWS 2012). So verlagern Unternehmen des globalen Nordens ihre Produktionsstandorte in den Süden, was zwar die Umweltbilanz der nördlichen Staaten verbessert, aber auf Grund von niedrigeren Standards der Fabriken im Produktionsland zu erheblichen Schäden führt.

BRAND fasst die Situation wie folgt zusammen: „Green Economy bedeutet also nicht, dass der Schutz von Mensch und Umwelt das Streben nach Profit ersetzt. Stattdessen bleibt in der Welt der Green Economy die Profiterwirtschaftung notwendige Bedingung allen Wirtschaftens“ (BRAND 2013: 6).

Merkmale

Auch im Jahr 2019 ist die Agenda der Green Economy weiterhin populär,, allerdings wird der Begriff seltener verwendet. Mittlerweile steht nicht mehr das laut Theorie versprochene Wirtschaftswachstum im Zentrum des Diskurses, sondern die Ökologie. Jedoch sind die Erfolge bis heute ausständig. Ein Grund für die Popularität ist zweifelsohne, dass der Bevölkerung sowohl Ökonomie als auch Ökologie versprochen werden kann. Denn alle vorgestellten Modelle gehen davon aus, dass Technologie die Entwicklungen der Umwelt umkehren kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Erfolge der Green Economy heute auf einige Teilerfolge beschränkt bleiben. Obwohl diese Art der Klimapolitik seit mehr als 20 Jahren betrieben wird, konnte wie in Kapitel 2.1 erläutert, keine Trendwende der CO_2-Emissionen eingeleitet werden.

2.3.2 Gemeinwohl-Ökonomie

Als alternatives Wirtschaftsmodell, welches eine Neuausrichtung der Gesellschaft, Politik und Ökonomie mit sich bringt, aber auch voraussetzt, soll nun die Gemeinwohlökonomie vorgestellt werden. Das Modell, welches auf die Überlegungen des österreichischen Autors und ehemaligen Hochschullehrers Christian FELBER zurückgeht, wurde sowohl kritisch als auch zustimmend rezipiert, da es ein radikales Umdenken des Wirtschaftens verlangt (ECOGOOD 2019a).

Während die Volkswirtschaftslehre oftmals von Marktwirtschaft und Planwirtschaft als Dichotomie ausgeht, versucht die „Gemeinwohl-Ökonomie" diese zu überwinden.

Bei dieser Theorie stehen primär Werte wie Solidarität und Kooperation im Vordergrund (vgl. LESCHKE 2015: 11f.). Als Instrument dienen zunächst vorwiegend private Unternehmen, die ihr Wirtschaften nach den Methoden der „Gemeinwohl-Ökonomie" ausrichten. Diese Unternehmen stehen allerdings nicht in Konkurrenz zueinander oder verfolgen wie konventionell ausgerichtete Firmen in erster Linie das Ziel von monetären Gewinnen. Ihr Handeln zielt hingegen darauf ab, ein möglichst großes Allgemeinwohl zu erwirtschaften (vgl. ebd.: 12). Im Jahr 2018, als die letzte Auflage des Buches zur „Gemeinwohl-Ökonomie" mit dem gleichnamigen Titel erschien, wurde diese Bewegung von mehr als 2300 Unternehmen sowie zahlreichen Gemeinden, Hochschulen und Privatpersonen unterstützt (vgl. FELBER 2018: 1). FELBER definiert seine Sicht auf die „Gemeinwohl-Ökonomie" wie folgt:

„Die Gemeinwohl-Ökonomie möchte eine neue Wirtschaftstheorie begründen, sie will die Praxis des Wirtschaftens ändern, und sie möchte den passenden Rechtsrahmen schaffen, damit ethische und umfassend verantwortungsvolle Wirtschaftsakteure und –tätigkeiten nachhaltig reüssieren können"(FELBER 2018: 7).

Die Theorie selbst beschreibt wesentliche Elemente eines alternativen Wirtschaftssystems und hat das Ziel, einen neuen und umfassenden Ordnungsrahmen für „gemeinwohl-orientiertes Wirtschaften" zu schaffen, welcher künftig in einen verbindlichen juristischen Rahmen eingebettet werden soll (PIRGMAIER, 2012: 44).

Gemeinwohlorientiert zu arbeiten heißt im Rahmen der „Gemeinwohl-Ökonomie" einen Schwerpunkt auf Werte, soziale Verflechtungen und Beziehungen zu legen. Die

angestrebten Werte sind unter anderem Verantwortung, Vertrauen, Mitgefühl und Solidarität.

Grundsätzlich besteht das Modell aus zwei wesentlichen Säulen: zwanzig inhaltlichen Eckpunkten und der Gemeinwohl-Bilanz (LESCHKE 2015: 13), die in den folgenden Kapiteln näher erläutert werden.

Die inhaltlichen Eckpunkte

Die inhaltlichen Eckpunkte skizzieren grob die Ausrichtung der „Gemeinwohl-Ökonomie" in Fragen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung. Sie stellen jedoch weder Positionen, noch inhaltliche Forderungen dar. Sie sollen als Denkanstöße dienen, können aber auch durch andere Ideen beeinflusst werden. Der Gedanke dahinter ist, dieses Leitbild als demokratischen Prozess von unten zu verstehen, der sich nachhaltig nach oben hin ausbreitet. So sollen zunächst auf kommunaler Ebene, anschließend auf nationaler Ebene, bis hin zur politischen Ebene der EU, wirtschaftliche Konvente entstehen, welche die Rahmenbedingungen schaffen, um allen Vorschlägen und Positionen Gehör zu verschaffen, um schlussendlich in Gesetzesentwürfen manifestiert werden zu können (vgl. FELBER, 2014: 16). Sämtliche Entscheidungen würden demokratisch gefällt werden, was zur Entstehung der ersten demokratischen Wirtschaftsordnung führen würde (vgl. ebd.).

Die inhaltlichen Schwerpunkte sind einer ständigen Diskussion unterworfen und werden stets weiterentwickelt. Innerhalb der Liste an Schwerpunkten finden sich einige innovative Vorschläge. So soll ein Gemeinwohl-Produkt das BIP auf der Makroebene als Indikator für erfolgreiches Wirtschaften ablösen (vgl. ebd.: 16). In diversen Medien wird zudem über die Deckelung des Erbvermögens auf 500 000 € diskutiert. Alles darüber hinaus soll als „demokratisches Mitgift" für Folgegenerationen verstanden werden und zunächst als Mittel zur Umverteilung eingesetzt werden und später, wenn diese erreicht wurde, zukünftige Ungleichheiten verhindern (vgl. ebd.: 17).

Wie bereits zuvor erwähnt, stehen demokratische Entscheidungen im Vordergrund. Dabei besteht der Wunsch nach regionalen Wirtschaftsparlamenten, demokratischen Allmenden in zahlreichen Bereichen (z.B.: im Bildungs-, Mobilitäts-, Sozial-, oder Kommunikationsbereich) oder einer demokratischen Bank (vgl. ebd.: 18). Jedoch sind

diese Schwerpunkte als Vorschläge zu verstehen und können im demokratischen Prozess abgewählt oder geändert werden:

„Uns ist es völlig egal, ob der Faktor [des Maximalverdienstes gemessen am Mindestlohn] zehn, zwölf oder zwanzig ist, denn wir wollen zuvorderst den demokratischen Prozess. Und das heißt als logische Konsequenz: Es gibt kein Gemeinwohl-Ökonomie-Modell, sondern es gibt nur einen demokratischen Prozess hin zu einer zukunftsoffenen Wirtschaftsverfassung“ (RALFS, 2013: 96).

Zudem wurden als Richtlinie zahlreiche weitere Punkte wie eine „Gemeinwohl-Zone“ vorgeschlagen. Dies ist eine Handelszone, in welcher die Zölle durch die Gemeinwohl-Bilanz bestimmt werden (vgl. LESCHKE 2015: 14).

Neben den ökonomischen Schwerpunkten der Agenda, wird auch angestrebt, das Schulsystem zu adaptieren.

Konkrete Pläne für eine solche Umstrukturierung werden nicht näher erläutert. Es sollen allerdings Fächer wie Gefühlskunde, Kommunikationskunde oder Körpersensibilisierung eingeführt werden (vgl. FELBER 2014: 19).

Die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen sind nach heutigem Wissensstand schwer einzuschätzen, da, wie bereits mehrfach erwähnt, die inhaltlichen Schwerpunkte einer stetigen Diskussion unterworfen sind. In Anbetracht der aktuellen Linie würde die parlamentarische Demokratie zu Gunsten einer direkten Demokratie weichen müssen. Bürger/innen hätten vor allem auf Fragen, welche sie direkt betreffen, mehr Einfluss. So forderte FELBER in einem Interview, dass Schüler/innen beispielsweise dazu legitimiert werden sollten, über Änderungen des Schulsystems abzustimmen (vgl. RALFS 2013: 100).

Die Gemeinwohl-Bilanz

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten und Zielsetzungen ist die Gemeinwohl-Bilanz die zweite Säule, auf der die „Gemeinwohl-Ökonomie“ fußt. Diese Bilanz ist ein Instrument, um Unternehmen Anreize für nachhaltiges Wirtschaften zu bieten. Sie zielt darauf ab, unternehmerischen Erfolg im Gegensatz zu bisherigen Modellen nicht mehr in monetärem Ertrag zu messen, sondern als Beitrag eines Unternehmens zur „Gemeinwohl-Ökonomie“. Vertreter/innen des Modells argumentieren, dass dadurch sichtbar wird, wie gemeinwohlorientiert ein Unternehmen wirtschaftet. Im Gegensatz zum aktuellen

ökonomischen Handeln sei dies ökologischer, demokratischer, sozialer sowie solidarischer (vgl. ECOGOOD 2019b). FELBER betont, dass die steigende Anzahl der kooperierenden Unternehmen proportional mit dem Erfolg des Modells ist und mit dem Wohlbefinden aller einhergehen wird (PIRGMAIER, 2012: 45). Das Ziel müsse sein, den Erfolg auf Unternehmensebene auf allen Ebenen zu messen. Dafür stellt das Modell die Gemeinwohl-Bilanz bereit: „Wenn Gemeinwohl das Ziel aller Unternehmen ist, muss dieses konsequenterweise auch in einer entsprechenden Gemeinwohlbilanz gemessen werden — sie wird zur unternehmerischen Hauptbilanz. Die bisherige Hauptbilanz, die Finanzbilanz, wird zur Neben- und Mittelsbilanz“ (FELBER 2014: 37).

Zwar schreibt FELBER selbst, dass die demokratische Legitimierung für eine Pflicht zur Gemeinwohlbilanz noch nicht absehbar ist, allerdings kann sie auch heute schon als Richtlinie für Unternehmer/innen angesehen werden, welche ihr eigenes Wirtschaften kritisch beleuchten möchten (vgl. FELBER 2014: 37).

Der „Gemeinwohl-Ökonomie“ - Bewegung ist es ein Anliegen, dass die Bilanz direkte Konsequenzen nach sich zieht. Nicht nur monetäre Anreize und Belohnungen sollen damit verbunden sein, sondern auch die Bilanz selbst soll auf allen Produkten und Dienstleistungen in Form von QR- oder Farbcodes stets sichtbar sein. Somit würde auch eine Markttransparenz geschaffen werden, was es den Konsument/innen erlaubt, die Bilanz in ihre Kaufentscheidungen einfließen zu lassen. Der entscheidende Schritt ist laut FELBER allerdings die Verknüpfung des Ergebnisses der Bilanz an eine differenzierte juristische Behandlung (vgl. FELBER 2014: 46). Eine positive Gemeinwohl-Bilanz soll eine Reihe von positiven Nachwirkungen und sogenannte „systemische Aufschaukelungen“ nach sich ziehen, was bedeutet, dass Unternehmen für ihre Kooperation belohnt werden. Sie würden beispielsweise von niedrigeren Steuern oder günstigeren Kredite profitieren, jedoch für konkurrierendes Verhalten Benachteiligungen erfahren (PIRGMAIER 2012: 44).

Die Bilanz an sich ist ein Instrument, welches von den Unternehmen vorerst freiwillig angewendet und selbst errechnet wird, aber in Zukunft einen verbindlichen Charakter annehmen soll.

Aufbau der Bilanz

Laut FELBER beschreibt die Gemeinwohl-Bilanz das Ausmaß, in welchem Unternehmen die zentralen Verfassungswerte, welche das Gemeinwohl bedingen, fördern (FELBER 2014: 37).

Konkretisiert wurden diese Werte anhand der 20 Schwerpunkte als Basis, in Form in der aktuellen Version (Version 5.0) als: Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, Ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung. Es soll untersucht werden, ob und in welchem Ausmaß das Unternehmen vor dem Hintergrund dieser Werte, den Stakeholdern begegnet. Zu diesen zählt FELBER das gesellschaftliche Umfeld, Kund/innen, Mitarbeiter/innen, Partner/innen und Eigentümer/innen sowie Lieferant/innen. In dieser Gegenüberstellung ergibt sich die in Abbildung 6 dargestellte „Gemeinwohl-Matrix", welche 20 Felder aufweist (ECOGOOD 2019b).

Durch diese Indikatoren wird es ermöglicht, eine Beurteilung des unternehmerischen Verhaltens vorzunehmen. Sie können als Ziele ausgelegt werden, welche es zu erreichen gilt. Abhängig davon in welchem Ausmaß diese erfüllt werden, werden Punkte vergeben. Bei Nichterreichung können die Unternehmen hingegen auch Negativ-Punkte erhalten, indem Negativkriterien erfüllt werden (z.B. durch gemeinwohlschädigendes Verhalten).

Die Methode ist angelehnt an die des EFQM-Modells. Dieses sieht vor, dass maximal 1000 Punkte erreicht werden können, welche sich aus Summe der maximal erreichbaren Punkte jeder Kategorie ergeben (vgl. MEYNHARDT und FRÖHLICH, 2017: 156). Jeder Indikator belohnt freiwillige Aktivitäten, welche die gesetzlichen Mindeststandards übertreffen (vgl. ebd.: 158).

WERT / BERÜHRUNGSGRUPPE	MENSCHENWÜRDE	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
A: LIEFERANT*INNEN	**A1** Menschenwürde in der Zulieferkette	**A2** Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	**A3** Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	**A4** Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
B: EIGENTÜMER*INNEN & FINANZ-PARTNER*INNEN	**B1** Ethische Haltung im Umgang mit Geld-mitteln	**B2** Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	**B3** Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	**B4** Eigentum und Mitentscheidung
C: MITARBEITENDE	**C1** Menschenwürde am Arbeitsplatz	**C2** Ausgestaltung der Arbeitsverträge	**C3** Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	**C4** Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
D: KUND*INNEN & MITUNTERNEHMEN	**D1** Ethische Kund*innen-beziehungen	**D2** Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen	**D3** Ökologische Aus-wirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienst-leistungen	**D4** Kund*innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
E: GESELLSCHAFT-LICHES UMFELD	**E1** Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	**E2** Beitrag zum Gemeinwesen	**E3** Reduktion ökologischer Auswirkungen	**E4** Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

Abbildung 6: Gemeinwohl-Matrix (Version 5.0) (Quelle: https://www.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/gemeinwohl-matrix/)

Diese Matrix bildet das Fundament und Rahmenwerk, um die Gemeinwohl-Bilanz evaluieren zu können.

Der Weg zur Bilanz

Bis zur Erstellung der Bilanz werden, wie in Abbildung 7 ersichtlich, drei wesentliche Schritte vorausgesetzt. Nachdem sich Unternehmen mit der Idee auseinandergesetzt haben und Mitglieder wurden, wird ein sogenannter Gemeinwohl-Bericht selbstständig verfasst. Dieser soll zunächst das Bewusstsein der Unternehmer/innen für ihr eigenes Wirtschaften schärfen und gleichzeitig durch eine öffentliche Listung als Kooperationsunternehmen die Stellung nach außen hin verbessern (vgl. ECOGOOD 2019b).

Der Bericht ist eine umfassende Dokumentation, die von den Unternehmer/innen verfasst wird und in welcher die Aktivitäten anhand der Gemeinwohl-Orientierung aufgeschlüsselt werden. Er sollte ausführliche, aussagekräftige und nachvollziehbare Beschreibungen der Aktivitäten in Bezug auf die 20 Gemeinwohl-Themen enthalten, wobei in Bezug darauf, zusätzlich eine Bewertung durchgeführt werden muss. Darüber hinaus existieren keine formalen Vorgaben für die Erstellung des Berichts.

Für die Unternehmer/innen besteht zudem die Möglichkeit, eine Beratung bzw. eine Begleitung eines/r Gemeinwohl-Beraters/in in Anspruch zu nehmen, welche/r dem Prozess unterstützend beistehen kann.

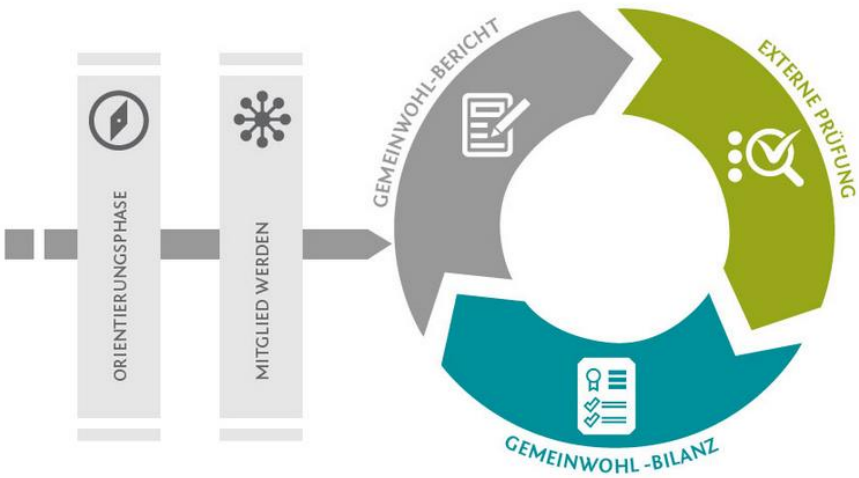


Abbildung 7: Ablauf bis zur Gemeinwohl-Bilanz, (Quelle: ECOGOOD B)

Wurde der Bericht eingereicht, folgt ein sogenanntes Gemeinwohl-Audit, welches die letzte Etappe vor der Veröffentlichung der Gemeinwohlbilanz darstellt. Dies ist eine „unabhängige und qualifizierte Prüfung aller sozialen und ökologischen Leistungen“ (vgl. ECOGOOD 2019b), welche im Bericht dar- und vorgestellt wurden. Der Audit-Prozess startet nach der Einreichung der Dokumente.

Zunächst werden diese auf Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft. Danach folgen persönliche Gespräche, in denen Vertreter/innen der „Gemeinwohl-Ökonomie“ vor Ort das Unternehmen besuchen. Die Gespräche bestehen aus einer gemeinsamen Reflexion, welche auch ein kritisches Feedback enthält. Anhand der Gemeinwohl-Matrix folgt nun die Punktvergabe an das Unternehmen. Das Gespräch wird im Anschluss in Form eines Audit-Berichtes verschriftlicht und soll die Basis für weitere Feedback-Gespräche und Standortbestimmungen bilden.

Die beiden Dokumente, also der selbstständig verfasste Gemeinwohl-Bericht und der extern ermittelte Audit-Bericht inklusive Punktbewertung, ergeben die Gemeinwohl-Bilanz (ECOGOOD 2019c).

Diskurs

Die „Gemeinwohl-Ökonomie“ steht wie auch Christian FELBER selbst seit Beginn unter Kritik. So äußerte sich Prof. Dr. Tim MEYNHARDT, welcher an der Handelshochschule Leipzig unter anderem im Bereich Public Value Management (Gemeinwohl) forscht, im Jahr 2017 gegenüber der „Presse“, dass die Werte-Grundlage für die Gemeinwohl-Matrix, also Werte wie Solidarität, Nachhaltigkeit, Menschenwürde, Demokratie und Gerechtigkeit, nicht ausreichend wissenschaftlich fundiert und demokratisch legitimiert wurden (vgl. MEYNHARDT 2017).

Einer breiten Öffentlichkeit wurde das Modell der „Gemeinwohl-Ökonomie“ zudem im Jahr 2016 bekannt, als diese in einem österreichischen Schulbuch als Alternative aufgezeigt wurde. 134 Ökonom/innen unterzeichneten daraufhin eine Petition, welche den Einzug des Schulbuchs forderte (vgl. Ecogood 2019c). Diese Kritik schließt an MEYNHARDTS Kritik an und wirft der „Gemeinwohl-Ökonomie“ ebenfalls einen Mangel an wissenschaftlicher Fundierung vor.

Umfassende Kritiken wurden außerdem von der österreichischen Wirtschaftskammer veröffentlicht (vgl. STEIGENBERGER, 2013: 5ff.). In der von dieser herausgebrachten Zeitung

„Thema Vorarlberg“ erschien im Jahr 2014 ein Artikel des Wirtschaftsethikers Prof. Dr. René SCHMIDPETER, welcher vehemente Kritik aus Sicht eines Volkswirtes am Aufbau des Modells äußert. Er behauptet, wenn, wie es das Modell vorsieht, eine Gehalts- und Gewinnobergrenze festgelegt werden sollte, würde der Anreiz den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und individuellen finanziellen Mehrwert zu erwirtschaften, wegfallen (vgl. SCHMIDPETER 2014). Wenn ein Modell also keinen Vorteil für Unternehmer/innen verspricht, kann laut SCHMIDPETER kein Wettbewerb stattfinden. Seine Schlussfolgerung lautet, dass dadurch die technischen Innovationen der heutigen Zeit niemals erreicht worden wären (vgl. ebd.).

Als weiteren Kritikpunkt identifiziert SCHMIDPETER den nicht miteinbezogenen soziologischen Unterschied im Verhalten von Klein- und Großgruppen. Er argumentiert, dass Personen zu Mitmenschen in ihrem unmittelbaren Umfeld einen persönlichen Bezug haben und sich auf Grund dessen solidarisch verhalten, indem sie ihren Mitmenschen beispielsweise kleine Gefallen erweisen. Laut dem Autor ist dieses Verhalten unbekannten Personen gegenüber weitaus schwächer ausgeprägt. Diese laut SCHMIDPETER weder theoretisch noch empirisch haltbare Annahme, gewünschte Verhaltensweisen von Klein- auf Großgruppen zu übertragen, sei ein Kardinalfehler der „Gemeinwohl-Ökonomie“ (vgl. ebd.). Zudem äußert STEIGENBERGER (2013: 12) Bedenken darüber, ob abstrakte Begriffe wie „Gemeinwohl“ statistisch erfassen zu können.

2.3.3 Postwachstumsökonomie

Als im Jahr 1972 am St. Gallen Symposium ein Bericht von Donella und Dennis Meadows mit dem Titel „die Grenzen des Wachstums“ veröffentlicht wurde, fielen die Reaktionen unterschiedlich aus. Beispielsweise schrieb Henry WALLICH, Professor an der Universität Yale, in der „Newsweek“ von „irresponsible nonsense“, da er eine politische Motivation hinter der Studie vermutete, was demzufolge eine Verzerrung der Ergebnisse nach sich gezogen hätte (vgl. WALLICH 1972). Doch gilt diese Studie heute als Ausgangspunkt einer wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Debatte, welche die Legitimation von Wachstum kritisch betrachtet und seit ihren Anfängen in abwechselnder Intensität geführt wird. Doch wie viele alternative Konzepte bekam auch dieses in den letzten Jahren neuen Aufwind (vgl. LESCHKE 2015: 2). Jene Wachstumskritiker, welche sich der „Postwachstumsökonomie“ widmen, wie der deutsche Volkswirt Niko PAECH oder der

britische Naturwissenschaftler Tim JACKSON, stammen aus dem wissenschaftlichen Umfeld. Ihre im Zusammenhang mit dieser Arbeit relevantesten Kritikpunkte sind:

- Wirtschaftliches Wachstum war in der Vergangenheit von großer Bedeutung, da es für Wohlstand sorgte, jedoch änderten sich die Umstände bis heute, was zu einem Verlust an Relevanz von steigenden Produktionszahlen führte.
- Wachstum wurde mehr zum Problem als zur Lösung. Aus sozialen, ökonomischen und auch logischen Gründen stößt es an seine Grenzen.
- Das Wohlstandsmodell der westlichen Staaten ist nicht undifferenziert global anwendbar.
- Ein überarbeitetes und zeitgemäßes Konzept für Wohlstand (ohne Wachstum) ist sowohl notwendig, möglich als auch wünschenswert (vgl. PIRGMAIER 2012: 37).

Vertreter/innen der „Postwachstumsökonomie“ fanden individuelle Herangehensweisen und Methoden, wie die Überwindung des Wachstums vonstattengehen könnte. Es eint sie die Meinung, dass die Wachstumsfrage eine „fundamentale Frage unserer Lebensgrundlagen“ ist (ebd. 2012: 37). Denn wirtschaftliches Wachstum ist direkt mit dem Verbrauch begrenzter physischer Ressourcen verbunden, was zu einer Verknappung dieser führte (vgl. SHAH: 2). Jedoch ermöglichte die einfache Verfügbarkeit das bisherige Wohlstandsmodell. Wie in Kapitel 2.2.3 dargelegt hinterließen die Nebenwirkungen des stetigen Wachstums auch in sozialer Hinsicht, beispielsweise in Form von zunehmender Ungleichverteilung, Spuren. Neben den genannten Aspekten gelten letztlich auch der Klimawandel sowie die Umweltverschmutzung als zentrale Kritikpunkte der Postwachstumsökonom/innen am bestehenden Modell.

Zusammenfassend wurde das Wachstumsparadigma als Wurzel zahlreicher ökonomischer, ökologischer und sozialer Probleme ausgemacht, was zur Forderung führte, dass es eines Umbaus der Gesellschaft und der Wirtschaft bedarf welcher mit weniger oder gar ohne Wachstum auskommt (vgl. LESCHKE 2015: 2) .

Wissenschaftler/innen dieser Theorie berufen sich dabei nicht zuletzt auf die Ergebnisse zahlreicher Studien, welche bestätigen, dass ein weiteres Wachstum in wohlhabenden Ländern keine weitere Steigerung der Lebensqualität mit sich bringt, sondern zum Teil sogar das Gegenteil zur Folge hat. Demzufolge wird in der Abkehr von Wachstum eine

Möglichkeit und Chance gesehen, sich von Überschüssigem und Überflüssigem zu trennen und sich auf Werte abseits von Materiellem zu fokussieren (vgl. ebd.).

Wie bereits erwähnt beschäftigt sich eine Vielzahl von Forscher/innen mit der Thematik und es wird versucht individuelle Lösungen für die Problematik zu finden. In den folgenden Absätzen soll der Ansatz des bekanntesten deutschen Vertreters dieser Bewegung, Niko PAECH, vorgestellt werden.

Paechs Ansichten zur Postwachstumsgesellschaft

Niko PAECH, Professor an der Universität Oldenburg, gilt als „das Gesicht" der deutschen „Postwachstumsökonomie" (vgl. BRUNNER und LIEBRICH 2015). Er geht in seinen Überlegungen einen Schritt weiter als Christian FELBER und fordert in seinem Buch „Befreiung vom Überfluss" eine Abkehr vom konventionellen Wohlstandsmodell.

PAECH erklärt, dass Menschen in modernen Konsumgesellschaften über ihren Verhältnissen leben und dieser Umstand nur dadurch ermöglicht wurde, dass eine „ökologische Plünderung" stattfand (vgl. PAECH 2018: 10). Zudem merkt er an, dass die „Green Economy" sowie „Green Growth" mit dem Versuch fehlschlugen, das Wachstum durch technische Innovationen oder Förderungen von „grüner Energie" und den damit verbunden Schäden an der Umwelt zu entkoppeln. Er äußert sich dazu wie folgt: „Die Vorstellung von grünem Wachstum ist ein Widerspruch in sich" (vgl. BRUNNER und LIEBRICH 2015).

Sein Ansatz der „Postwachstumsökonomie" orientiert sich an Suffizienz und an Subsistenz. Die Globalisierung soll zugunsten von lokaler Produktion und lokalem Handel mit starken Selbsterhaltungsmustern weichen. Dadurch sollen sich die Menschen langfristig von überschüssigem materiellen Ballast entledigen, was die Aussichten auf eine Steigerung der zur Verfügung stehenden Zeit auf persönlicher Ebene ermöglicht. Auch das persönliche Glück soll sich laut Paech durch diesen, sich auf das Wesentliche konzentrierenden Lebensstil, vergrößern (vgl. PAECH 2018: 11). Neben diesen positiven Effekten auf persönlicher Ebene kämen zusätzlich unzählige positive Effekte für die Umwelt hinzu. Die kürzeren Transportwege und die sinkende Nachfrage von Flugreisen würden beispielsweise die CO_2-Emissionen drastisch reduzieren und durch den Verzicht auf Übernutzungen der Agrarflächen würde die Bodenqualität steigen und der Verlust der

Artenvielfalt könnte eingedämmt oder sogar gestoppt werden. Hierzu merkt PAECH an, dass sogenannte „Boden- und Landschaftsmoratorien“ geschaffen werden sollen: Verbot von Neubauten, Rückbau von Agrarfabriken, Autobahnen sowie Flughäfen (vgl. BRUNNER und LIEBRICH 2015).

Für diese Transformation des Systems liefert PAECH eine Vielzahl an konkreten Maßnahmen, denen das Credo „so regional wie möglich, so global wie nötig“ zugrunde liegt (vgl. PAECH et al. 2018: 118). Der Mensch als Individuum soll zunächst möglichst viel Fremdversorgungsballast abwerfen und wieder lernen mit dem Nötigsten zu leben. Und dieses soll möglichst selbst repariert, gewartet und instandgehalten werden. Generell sollen möglichst viele Produkte selbst hergestellt werden, da diese moderne Subsistenz Erfolgserlebnisse schafft, welche sich positiv von der Flüchtigkeit herkömmlicher Massenware unterscheidet (vgl. ebd.: 119).

Weiters können diese Produkte gemeinsam genutzt, getauscht oder organisiert werden, was auch soziale Aspekte in den Vordergrund stellt und das Ökonomische in diese einbettet. Dem aktuellen Trend der Vereinzelung würde dies durch so entstehende Gemeinschaften entgegenwirken (vgl. ebd.: 147).

Neben diesen individuellen Maßnahmen sollen auch seitens der Politik Anreize gesetzt werden, um den Um- und Rückbau der Wirtschaft voranzutreiben. Regionale Komplementärwährungen, wie sie zum Teil bereits heute existieren (z.B.: der „Chiemgauer“ oder der „Bremer Roland“) sollen eine räumliche Entflechtung unterstützen und die Wertschöpfungskette verkürzen, da sie nur innerhalb eines begrenzten räumlichen Radius gültig sind (vgl. PAECH et al. 2018: 117; LESCHKE 2015: 10). Zudem regt PAECH an, dass ein zusätzlicher, den Wachstumszwang mindernder Effekt auftreten würde, wenn diese Regios, wie solche Komplementärwährungen genannt werden, mit einer zinslosen Umlaufsicherung versehen werden würden. Demzufolge wäre das Geld nicht nur zinsfrei, sondern würde sogar seinen Wert verlieren, wenn es nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt ausgegeben werden würde. Dies würde in Folge dazu führen, dass Geld weder gehortet, noch für Spekulationen zweckentfremdet werden würde. Der Euro oder eine andere Hauptwährung würde weiterhin bestehen, aber nur für Güter und Waren ausgegeben werden, welche nicht innerhalb des regionalen Kreislaufes verfügbar sind (vgl. PAECH et al. 2018: 117f.).

Eine solche De-Globalisierung hätte weitreichende Folgen und hat zur Bedingung, dass Regios auch von öffentlichen Institutionen anerkannt und Arbeitnehmer/innen dazu bereit sein müssen, einen Teil ihrer Entlohnung in Form der entsprechend Komplementärwährung ausgezahlt zu bekommen. In diesem Fall hätten sogenannte regionale Wertschöpfungsketten laut PAECH eine Chance (vgl. ebd.: 118.; LESCHKE 2015: 10). Da diese Form der „Postwachstumsökonomie" darauf abzielt, das bestehende Modell um- und rückzubauen, gilt es, die Distanzen zwischen Produktion und Verbrauch zu verkürzen. Er differenziert grundsätzlich zwischen drei Kategorien von Versorgungssystemen, die sich durch eine unterschiedliche Länge der Wertschöpfungskette und der Rolle des Geldes unterscheiden:

- Entmonetarisierte Lokalversorgung
- Regionalökonomische Systeme auf Basis zinsloser Komplementärwährungen
- (Auf ein Mindestmaß begrenzte) Leistungen aus globaler Arbeitsteilung, um den Bedarfen, welche weder aus der entmonetarisierten noch aus der mittels Komplementärwährung bezahlbaren Lokalversorgung zu befriedigen sind, nachzukommen (Vgl. PAECH et al. 2018: 117 ff.)

Die damit einhergehende partielle De-Globalisierung hätte zur Folge, dass die Vielfalt an Angeboten und die materielle Kaufkraft eingeschränkt werden. Doch zum Teil kann dem durch Substistenzpraktiken und Suffizienzleistungen entgegengewirkt werden.
Dennoch müsste sich dasselbe Resultat „ohnehin zwangsläufig ergeben, wenn alle industriell arbeitsteilig erzeugten Produkte mit den externen Kosten entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette belastet würden: eine prägnante Kaufkraftreduktion und eine Veränderung der relativen Preise zugunsten regional oder lokal produzierter Güter" (vgl. PAECH et al. 2018: 119).
PAECH plädiert also für ein Wirtschaftssystem ohne Wachstum. Zudem fordert er langfristig einen Rückbau der Industrie, um Emissionen einzusparen. Da dies zwangsläufig eine Reduktion von Arbeitsplätzen zu Folge hat, ist mit starker Kritik von Seiten der Gewerkschaften zu rechnen. Der Ökonom argumentiert, dass dies „nur durch eine reduzierte und umverteilte Arbeitszeit […] sozial abgefedert werden kann" (vgl. BRUNNER und LIEBRICH 2015).

Wesentlich dafür sei eine geringere Arbeitszeit. PAECH empfiehlt 20 Stunden in der Woche, denn die dadurch entstehende zusätzlich verfügbare Freizeit würde weniger Stress für den/die Einzelne/n bedeuten und Ressourcen für die Selbstversorgung schaffen (vgl. BRUNNER und LIEBRICH 2015).

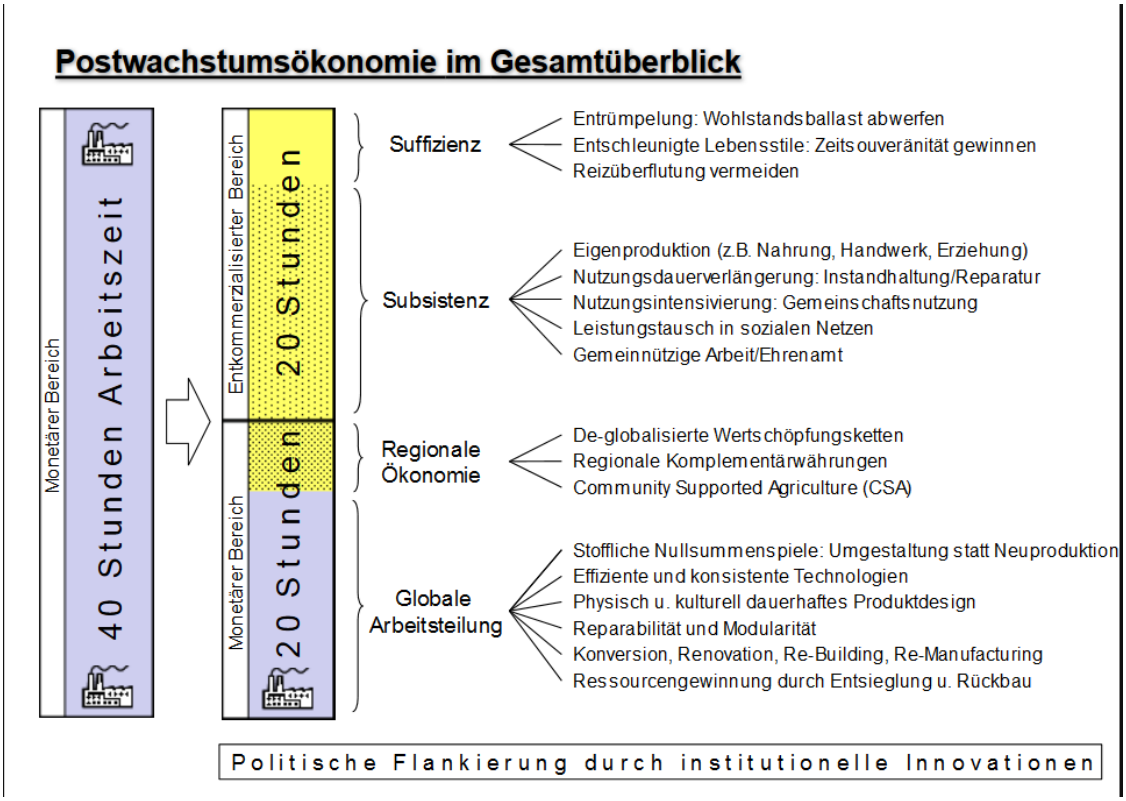


Abbildung 8: Überblick über die Gesamtökonomie (Quelle: https://www.postwachstumsberater.de/wissen/%C3%BCberblick-pw%C3%B6/)

Der Ökonom schreibt in seinem Buch offen, dass seine Forderungen lediglich für eine Minderheit der Bevölkerung akzeptabel erscheinen mögen, jedoch verweist er darauf, dass ein radikaler Wandel des westlichen Lebensstils unweigerlich bevorsteht. Die Frage wird lediglich sein, ob dies „by design or by disaster" geschehen wird (vgl. PAECH 2018: 143).

In der Theorie werden die unterschiedlichen Postwachstumsmodelle unterschiedlich streng differenziert. PAECHS Modell korreliert mitunter stark mit sogenannten „Degrowth"-Ansätzen, welche für ein „Gesundschrumpfen der Wirtschaft" plädieren und ebenfalls eine drastische Reduktion von Konsum und Produktion fordern, um mehr soziale Gerechtigkeit, Wohlbefinden und ökologische Nachhaltigkeit zu erwirken (vgl. PIRGMAIER 2012: 34).

Diskurs

Martin Leschke, Volkswirt der Universität Bayreuth, ist der Ansicht, dass die Postwachstumsökonomie nach PAECH (im Gegensatz zur „Gemeinwohl-Ökonomie“) zu wenig mit institutionellen Anreizen arbeitet (LESCHKE 2015: 18). Denn zunächst soll das Leben von überflüssigen Konsumgütern befreit werden. Er kritisiert, dass diese materielle Einschränkung nicht durch das System des Modells belohnt wird, sondern auf Vertrauen in die Bevölkerung beruht. Diese soll nach der Lektüre der „Postwachstumsökonomie“ verstehen, dass die Marktwirtschaft zwangsläufig zu Wachstum aber auch zu Umweltschäden und unerwünschten Emissionen führt. Die Folgerung lautet, dass nur eine „drastische Entschleunigung“ zusammen mit einem Rückgang der Industrie zu mehr Nachhaltigkeit führen kann (vgl. ebd.). Aus volkswirtschaftlicher Sicht seien diese Konklusionen laut LESCHKE nicht stichhaltig, da nicht bewiesen ist, dass marktwirtschaftliches Wachstum auch ohne unerwünschte Externalitäten funktionieren kann (vgl. ebd.). Zudem merkt er an, dass der Wettbewerb hier eine untergeordnete Rolle spielt und PAECH wie auch Marx oder Schumpeter davon ausgehen, dass alle lebensnotwendigen Güter bereits erfunden wurden und keinerlei neue Innovationen mehr notwendig sind. LESCHKE (2015: 18) versteht den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, da niemand weiß, was in Zukunft nachgefragt werden wird. Er spricht sich für den Wettbewerb aus, allerdings mit der Begründung, dass er keine materiellen Einbußen hinnehmen möchte. Für PAECH (vgl. 2018: 133f.) sind entsprechende Einbußen die einzige Lösung, um nachhaltig wirtschaften zu können.

Zusammenfassend sieht LESCHKE das Konzept als nicht gänzlich ungeeignet an, sondern passend für kleinere Gruppen oder Kommunen, welche sich bewusst dafür entschieden haben, ein reduzierteres und genügsameres Leben zu führen.

2.3.4 Postkapitalismus nach Paul Mason

Das vierte und letzte alternative Wirtschaftsmodell ist zunächst weniger eine ausgereifte Methode wie die „Gemeinwohl-Ökonomie“ oder ein klarer Ansatz mit impliziertem Apell wie die „Postwachstumsgesellschaft“. Vielmehr stellt es eine Theorie dar, welche die aktuellen ökonomischen Entwicklungen durch zahlreiche heterogene Ansätze zu beschreiben versucht und dadurch Lösungsvorschläge für die Überwindung des Kapitalismus hin zu einem „Postkapitalismus“ bereitstellt.

Der „Postkapitalismus“ ist ein Leitfaden für eine Zukunft, in der die Grenze zwischen politischer Ökonomie und sozialer Theorie überschritten wird und dessen Schlüssel die Informationsgesellschaft ist. Denn das Einzigartige an Informationen ist, dass sie hypothetisch gesehen reichlich vorhanden sind (aus ökonomischer Sicht „konkurrenzlos“), da es keine Begrenzung für die Häufigkeit gibt, mit der ein Film digital dupliziert, ein E-Book verteilt oder eine App heruntergeladen werden kann. Die kostenlose Verbreitung der Informationen ziehe laut MASON erhebliche Konsequenzen für die akzeptierte Wirtschaftswissenschaft nach sich, und kann ein Zeitalter nach dem Kapitalismus – den „Postkapitalismus“ – einleiten (vgl. MASON 2016: 16ff).

Dies ist die zentrale These Paul MASONS, dem Autor des Werkes „Postkapitalismus“. MASON selbst ist ehemaliger Wirtschaftsjournalist und Hochschullehrer für Musik, studierte aber auch Politik, was ihn zu einem „Grenzgänger zwischen den Disziplinen — mit hoher kultureller „Literacy‘“ macht (vgl. SCHNEIDEWIND 2017: 155).
In seinem Werk verknüpft er zahlreiche Theorien von Marx über Schumpeter bis Decker und dem sowjetischen Ökonomen Kondratjew (alternativ auch Kondratieff), die er als Grundlage für die Analyse der Entwicklungen und der aktuellen Problemfelder, welche der zeitgenössische Kapitalismus mit sich bringt, heranzieht. Darüber hinaus möchte er auch Perspektiven für dessen Überwindung aufzeigen und erklären, warum der „Postkapitalismus“ auch für die Erreichung der Klimaziele essentiell ist (vgl. ebd.).
Ausgehend von der Behauptung, dass der „Kapitalismus […] ein komplexes, anpassungsfähiges System“ ist, „das jedoch an die Grenzen seiner Anpassungsfähigkeit gestoßen ist“ (vgl. MASON 2016: 14), muss dieser nicht zwingend durch „einen Sturmangriff überwunden werden“, sondern vielmehr durch etwas „Dynamisches ersetzt werden, das sich fast unbemerkt im alten System entwickelt, irgendwann jedoch so wirkungsvoll wird, dass es der Wirtschaft ein anderes Gesicht gibt und neue Werte, Verhaltensweisen und Normen hervorbringt“ (vgl. ebd.: 15).

Informationen als Maßnahme zur Überwindung des Kapitalismus

MASON bezeichnet die aktuelle Wirtschaftslage zu Beginn seines Werkes als eine „Ebbe des Kapitalismus“, da dieser vor einer Krise steht, die sich durch Stagnation, soziale Krisen

kennzeichnet und zusätzlich durch den Klimawandel befeuert wird. Das Finanzsystem wird seit 2008 durch sehr hohe Summen aufrechterhalten, dennoch erwartet MASON ebenso wie die OECD in den kommenden Jahren niedrige Wachstumsraten und eine steigende Ungleichheit. In dieser Ausgangslage sieht der Autor einen guten Nährboden für Krisen, bedingt durch radikale Bewegungen vom linken als auch rechten politischen Rand sowie radikale religiöse Bewegungen.

MASONS Alternative dazu lautet: Zunächst die Globalisierung zu retten, den Neoliberalismus abzuschaffen und im Anschluss das ökologische Gleichgewicht des Planeten wiederherzustellen. Dafür soll die Macht der Hochfinanz[4] eingedämmt werden, die Sparpolitik gelockert, in grüne Energien investiert und gut bezahlte Arbeit gefördert werden (vgl. MASON 2016: 11).

Wohl aufgrund seines journalistischen Hintergrundes erkennt MASON zahlreiche Zusammenhänge zwischen der Finanzkrise und nachfolgenden Ereignissen wie dem Ukraine-Konflikt, den zwischenzeitlichen Triumph des Islamischen Staates im Irak und in Syrien oder dem Aufstieg faschistischer Parteien in Europa. Sie sind für ihn Anzeichen, dass das neoliberale System an seine Grenzen stößt. Bisher schien es nur den Sozialismus, wie beispielsweise in der ehemaligen Sowjetunion, als Alternative zu geben, was dazu führte, dass jene, die den Neoliberalismus bekämpften, politisch nicht die Oberhand gewinnen konnten (vgl. ebd.: 14f.).

Doch MASON behauptet, mit dem „Postkapitalismus“ eine Alternative bereitstellen zu können. Wichtig sei, dass ein neues System nicht aufgezwungen wird, sondern natürlich entsteht und auf diese Weise auch von den Bürger/innen akzeptiert wird.

Der Autor stellt die These auf, dass der Kapitalismus zwar ein sich wandelndes und anpassungsfähiges System darstellt, allerdings durch den rasanten technischen Fortschritt an seine Grenzen stößt (vgl. ebd.: 14).

Dies ist insofern interessant, da dies der herkömmlichen Volkswirtschaftslehre vollkommen widerspricht, gilt doch der technische Fortschritt als Bedingung für mehr Wohlstand und ist daher notwendig für das Überleben des Systems. MASON begründet

[4] Der Begriff **Hochfinanz** stand ursprünglich für die politische Einflussnahme von Bankiers im 19. Jahrhundert. Heute werden mit diesem Begriff einflussreiche Bankiers und Finanziers bezeichnet. (vgl. DUDEN o.J.).

dies durch den Unterschied, den Informationen im Gegensatz zu früheren Technologien aufweisen, an welche sich die Gesellschaft anpassen konnte: Informationen neigen dazu, spontan „Märkte aufzulösen, das Eigentum zu zerstören und die Beziehung zwischen Arbeit und Einkommen zu zersetzen“ (MASON 2016: 15).

Ermöglicht werden soll der „Postkapitalismus“ durch drei Auswirkungen:

Als ersten Punkt nennt er, dass der erforderliche Arbeitsaufwand durch die Informationstechnologie erheblich verringert wurde und die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit bzw. Einkommen und Arbeit verwischt wurden. Als zweiten Punkt nennt MASON die Ohnmacht des Marktes, Preise richtig festzulegen, da er dieser Fähigkeit durch Informationsgüter beraubt wurde. Als Grund dafür nennt der Autor, dass die Märkte auf knappen Ressourcen und Gütern beruhen, die Information allerdings im Überfluss vorhanden ist. Das System reagiert daher mit Monopolbildungen wie beispielsweise Google, Apple, etc. Als dritten und letzten Punkt führt er die kollaborative Allmendeproduktion durch Peers an. Dienstleistungen, Organisationen aber auch Güter, welche den Gesetzen des Marktes widersprechen, sorgen für Umsatzeinbußen in Milliardenhöhe. So nennt der Autor Wikipedia als Beispiel, welches von 27 000 Freiwilligen kostenlos erzeugt und betrieben wird und Enzyklopädien für den Großteil der Menschen obsolet machte (vgl. ebd.: 16).

Mason sieht vor allem die kollaborative Allmendeproduktion als eine unmittelbare Folge der Finanzkrise. Er sieht in der Entstehung einer vielseitigen Subkultur (Sharing Economy, Peer-Produktionen und Commons) eine Möglichkeit, den Kapitalismus zu unterwandern. Falls Staaten die richtigen Maßnahmen setzen und diese Subkultur auf Mikroebene unterstützen, schützen und fördern, können Voraussetzungen dafür geschafft werden, den Kapitalismus zu überwinden (vgl ebd.: 16f.)

Theoretische Fundierung und Analyse

Die theoretischen Grundlagen für MASONS Argumentation sind fachlich breit gefächert. Er beginnt in seinem Werk mit einer theoretisch und empirisch fundierten Analyse zum heutigen Finanzkapitalismus („Der Neoliberalismus ist kaputt“ (MASON 2016: 8ff.)), in der er vor allem auf die Hintergründe und Nachwirkungen der Finanzkrise Bezug nimmt.

Dabei hebt er besonders die sich verschärfende soziale Ungleichheit hervor („Die Welt ist aus dem Lot“ (ebd.: 48ff.), welche unter anderem durch die starke Zunahme fiktiven Geldes („Fiatgeld“ bzw. „Finanzialisierung“) zusätzlich befeuert wird (vgl. SCHMIEDE 2016: 1ff.). Doch auch die Informationstechnologien macht er zunächst für die wachsende Ungleichverteilung mitverantwortlich. Sie tragen laut MASON aufgrund der Automatisierung unzähliger Berufsfelder dazu bei, einen dichotomen Arbeitsmarkt zu schaffen, der aus einer großen Zahl an gering qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitnehmer/innen besteht

Dennoch schreibt er dieser Branche auch systemzerstörerische Qualitäten zu:

„Die zentrale These (…) lautet, dass die langfristige Stagnation nicht (…) das Ergebnis der Finanzkrise und der demographischen Entwicklung ist. Hinzu kommt (…), dass die Informationstechnologie die Marktkräfte ihrer Fähigkeit beraubt hat, die wirtschaftliche Dynamik anzuregen. Stattdessen schafft sie die Bedingungen für eine postkapitalistische Wirtschaft“ (MASON 2016: 59).

In diesem Zitat spielt MASON auf die Erkenntnisse des sowjetischen Ökonomen Nikolai Kondratjew an, welcher die Theorie der langen Wellen formulierte. Diese besagt, dass sich der Kapitalismus zyklisch verhält. Diese rund 50 Jahre andauernden Perioden beginnen mit einem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung, welcher etwa 10-20 Jahre andauert (siehe Abb.9). Darauf folgt je eine Phase der Stagnation und eine Phase der Rezession. Auch der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter arbeitete separat an dieser Theorie. Während Kondratjew jedoch die Anhäufung von Kapital im Finanzsektor mangels Möglichkeiten für Investitionen als Auslöser für einen neuen Zyklus sah, machte Schumpeter die technischen Innovationen dafür verantwortlich (vgl. SCHMIEDE 2016: 2).

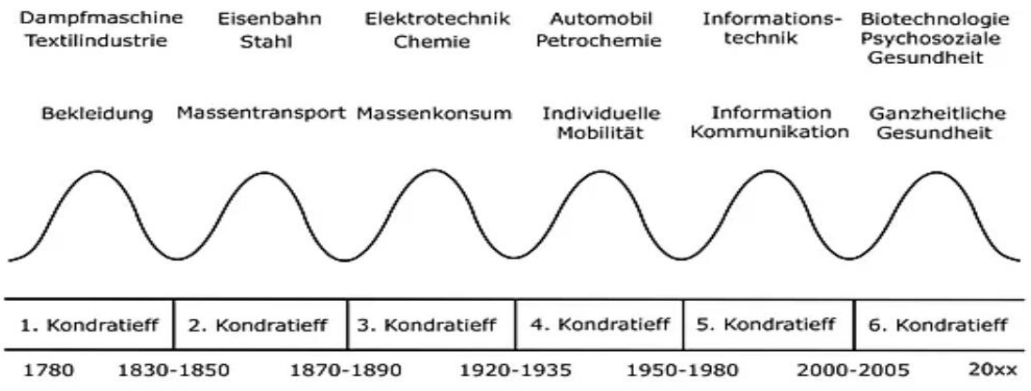


Abbildung 9: Kondratiew'sche Zyklen (Quelle:kondratieff.net)

MASON stellt anhand dieser Theorien die Behauptung auf, dass sich der Kapitalismus seit jeher an Veränderungen der äußeren Bedingungen anpasst. Jede notwendige Anpassung bedingt durch eine Krise, eröffnet neue Chancen für Wachstum. Dies widerspricht den Annahmen linker Ökonom/innen, welche vor allem um die Jahrhundertwende diese Wandlungsfähigkeit nicht erkannten und davon ausgingen, der Kapitalismus würde sich früher oder später zum Sozialismus transformieren.

Anpassungen des Systems in der Vergangenheit waren beispielsweise neue technologische Innovationen, aber auch die Erschließung neuer Märkte. Die Theorie der sich zyklisch verändernden Wirtschaft ergänzt MASON mit der Marx'schen „Krisentheorie" (vgl. MASON 2016: 83ff.) sowie Hilferdings „Monopoltheorie" (vgl. ebd. 93ff.) und Rosa Luxemburgs „Imperialismustheorie" (vgl. ebd. 97ff.), welche Antworten darauf liefern sollen, ob die Anpassungen des Systems endlich sind. Deren Kernaussage ist, dass der Kapitalismus stets „unter einer zu geringen Kaufkraft der Arbeiterklasse leide. Darum muss er Kolonien erobern, die nicht nur Rohstoffe liefern, sondern auch als neue Märkte dienen" (vgl. ebd.: 97).

Der Kapitalismus benötigt somit eine „Außenwelt", um sich an das System anpassen zu können. Die Kolonien können aus heutiger Sicht betrachtet als neue Märkte bezeichnet werden, welche nicht zwangsläufig andere Staaten meinen, sondern auch neue Erschließungsmöglichkeiten innerhalb einer Volkswirtschaft sein können. Als Beispiel nennt MASON die Kommerzialisierung der Freizeit nach der Jahrhundertwende, als der Bevölkerung in den westlichen Staaten innerhalb weniger Jahre unzählige neue Möglichkeiten zum Ausgeben ihres Geldes z.B. in Form von Lichtspielhäusern, Autos, Grammophonen etc. geboten wurden.

MASON bedient sich diesem analytischen Rahmen, um den letzten Zyklus, der seiner Ansicht nach seit den 1940er Jahren ununterbrochen andauert, zu charakterisieren. Anhand zahlreicher Maßzahlen (wie dem globalen BIP pro Kopf, der globalen Geldmenge, den Staatsschulden oder den durchschnittlichen Zinsen) verdeutlicht der Autor, dass bis dato kein Phasenwechsel laut der Theorie der langen Wellen, sondern eine künstliche Verlängerung des bestehenden Zyklus stattgefunden hat.

In den 1970er Jahren fand zwar ein Einschnitt (bedingt durch die Ölkrise) im Aufwärtstrend statt, welcher ein klassischer „Phasenwechsel" des Kondratjew-Zyklus

gewesen wäre, jedoch sieht MASON dieses Ereignis als „Initialfunktion für den Neoliberalismus“ an (MASON 2016: 129). Die Auswirkungen beschreibt er als weitreichend und eine Art „Pyrrhus-Sieg des Kapitalismus“ (SCHMIEDE 2016: 2), denn diese haben auch die Bedingungen für seine Unterhöhlung geschaffen.

Diesen Vorgängen und Gründen, aus denen „Postkapitalismus“ entstehen kann, widmet sich der Autor im zweiten Teil des Buches. Er beruft sich auf Peter Druckers Werk zur postkapitalistischen Gesellschaft aus dem Jahr 1993 (vgl. DRUCKER 1993), welches von der Entstehung eines neuen Systems durch die Verknüpfung von Netzwerken und Informationstechnologien handelt, sowie auf RIFKIN (vgl. RIFKIN 2014), welcher den ökonomischen Charakter von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien thematisieren. Sie sehen die Netzwerkökonomie und daraus entstehende Creative Commons als Möglichkeit und Ursprung für eine neue Produktionsweise, welche das „geistige Eigentum aushöhlen und zur Ausbreitung von Allmendemodellen und nichtgelenkte Produktion führen“ werden (SCHMIEDE 2016: 3). Neben Linux beruft sich der Autor auf Wikipedia als Beispiel kostenloser Informationsgüter, welche durch freiwillige Arbeit ermöglicht wurden (vgl. MASON 2016: 172). Ergänzt wird diese Überlegung durch einen Ausschnitt aus Karl Marx‘ „Grundrissen“ (vgl. MARX 1858; SCHMIEDE 2016: 3), welcher ebenfalls einen „allgemeinen Verstand“ durch „vergesellschaftete Produktion“ anstrebte, wenngleich der zeitliche Kontext des Werkes zu berücksichtigen ist und wie MASON anmerkt, MARX damit auf eine sozialistische Revolution und damit einhergehende Produktionsweisen abzielte.

Die Conclusio MASONS lautet schließlich:

„Der wesentliche innere Widerspruch des modernen Kapitalismus ist der zwischen der Möglichkeit kostenloser, im Überfluss vorhandener Allmendeprodukte und einem System von Monopolen, Banken und Regierungen, die versuchen, ihre Kontrolle über die Macht und die Informationen aufrechtzuerhalten. Es tobt ein Krieg zwischen Netzwerk und Hierarchie“ (MASON 2016: 196).

MASON schreibt demnach davon, dass die Preise zahlreicher Güter zunächst vor allem in der Informationstechnologie gegen null streben, da sie beliebig oft dupliziert werden können. Da dies für das aktuelle System problematisch wäre, wehrt sich dieses mit den ihm zur Verfügung stehenden Instrumenten. iTunes zum Beispiel bietet eine sehr hohe Anzahl an Musiktitel zum Verkauf an. In diesem Fall wird die Knappheit nur durch das

Gesetz des geistigen Eigentums und den DRM-Schutz aufrechterhalten, das in jedem im Geschäft gekauften Titel enthalten ist. Die Gewinne, die der iTunes-Store für das Apple-Unternehmen erzielt, sind daher das Ergebnis künstlich erzwungener Knappheit. Tech-Unternehmen werden zu Gatekeepern für Daten, die ansonsten willkürlich verteilt werden könnten (vgl. MASON 2016 166ff.). Doch nicht nur in der Informationsbranche sinken die Preise für Güter. MASON beruft sich auch hier auf die Arbeitswerttheorie von Marx, welche die Informationsökonomie verständlicher erklären soll: Das eigentliche Wunder der Information ist, „dass sie das Erfordernis menschlicher Arbeit in unkalkulierbarem Maß verringert“ (ebd.: 222; SCHMIEDE 2016: 4). Information ist unvergänglich. Eine Maschinerie, welche weitgehend aus Informationen besteht, hat die Eigenschaft kaum abgenutzt zu werden. Dies hat zur Folge, dass sie sich der Kostenlosigkeit annähert. Die Form des Informationskapitalismus ist nicht mit den bestehenden Gesetzen des aktuellen Systems vereinbar. Jedoch könne diese neue Wirtschaftsform nicht radikal und spontan umgesetzt werden. Laut MASON muss dieses System zunächst als Mikroökonomie der bilateralen auf Netzwerken aufbauenden Mikrodienstleistungen aufgebaut werden, welche ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, um dann den Kapitalismus zu unterwandern und parallel dazu existieren zu können (vgl. SCHMIEDE 2016: 4) . Da die Entwicklung neuer Märkte durch das vorherrschende System beschränkt ist, werden dadurch lediglich die Voraussetzungen für eine neue Ökonomie geschaffen: „Eine auf Wissen beruhende Volkswirtschaft kann aufgrund ihrer Tendenz zu kostenlosen Produkten und schwachen Eigentumsrechten keine kapitalistische Volkswirtschaft mehr sein“ (MASON 2016: 234).

Als entscheidenden Faktor identifiziert der Autor die Arbeiterklasse, welche in der Vergangenheit oftmals erfolgreich für ihre Rechte eingetreten ist. Auch wenn sich diese „seit (…) dreißig Jahren auf dem Rückzug“ befindet und an einer „fortschreitenden Atomisierung leidet, hat die Arbeiterklasse überlebt“ (ebd.: 273). MASON ist der Ansicht, dass der Kapitalismus selbst die Voraussetzung für die Wiedererstarkung der Arbeiterklasse schuf, deren Bedürfnis es ist, durch eine Revolution der Informationstechnologie ein neues Wirtschaftssystem zu etablieren. Denn ein Lebensstil, der auf Vernetzung beruht, gepaart mit dem entsprechenden Bewusstsein, ist mit kapitalistischen Hierarchien unvereinbar (vgl. ebd.: 279).

Im letzten Teil des Buches befasst sich der Autor mit der Frage nach den Maßnahmen, welche ergriffen werden müssen, um die nötigen Bedingungen für die Überwindung des Kapitalismus zu schaffen.

Die Lösung müsse „zu einer Welt der Netzwerke, der Informationsgüter, der Komplexität und der exponentiellen Veränderung passen“ (MASON 2016: 302). Dabei ist eine Umwälzung der gesamten Produktionsweise in sämtlichen sozialen Dimensionen unausweichlich. Diese Transition muss Technologien, Verhaltensweisen, aber auch Geschäftsmodelle, welche „den Markt auflösen, die Notwendigkeit der Arbeit beseitigen und die Weltwirtschaft zum Überfluss führen“, vorantreiben (MASON 2016: 313).

Ansätze zur Lösung

Den Autoren zufolge ist dies notwendig, um wesentliche Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen. So könne die Klimakatastrophe nur abgewendet werden, wenn sich die staatliche Planung gegen den Markt richtet.

MASON formuliert zwei konkrete Ziele, welche er als Projekte bezeichnet. Das Vorhaben, den Austausch und die Allmendeproduktion basierend auf Informationstechnologie abseits des Marktes zu fördern, bezeichnet er als „Projekt-Null“ (vgl. MASON 2016: 337; SCHMIEDE 2016: 6). Dies zielt auf eine emissionslose Energieversorgung, eine Erzeugung von Produkten oder Dienstleistungen ohne Grenzkosten ab, ebenso wie die Transformation des Arbeitsmarktes, welcher keine Notwendigkeit der Arbeit mehr beinhaltet (vgl. ebd.: 340).

Seine allgemeinen Ziele summiert er unter dem Begriff des „verteilten Projekts“: Dieses beinhaltet die Vergesellschaftung des Finanzsystems, die Ausbreitung des materiellen Wohlstands auf die Mehrheit der Menschen und die Reduktion der Arbeitszeit, welche den Zustand der Freiwilligkeit zum Ziel hat (vgl. ebd.). Zudem soll der Staat mit Hinblick auf soziale Aspekte umgestaltet werden und durch ein globales Netzwerk oder Institut, welches von jedem/r Interessierten mitbestimmt werden kann und den „Postkapitalismus“ modellieren soll, ergänzt werden. Die Verbindlichkeiten des Staates sollen zudem durch eine inflationäre Entschuldungsstrategie bereinigt werden (vgl. SCHMIEDE 2016: 6). Weiters soll dieser kollaborative Arbeitsformen fördern und eine strikte Anti-Monopol-Politik betreiben, um den Einfluss jener Unternehmen, welche sich

lediglich an kurzfristigem Profit orientieren, einzudämmen, um wiederum langfristig orientierten und innovativen Unternehmen einen Vorteil zu verschaffen. Das Finanzsystem hingegen soll zu einer institutionellen Form transformiert werden (vgl. MASON 2016: 360). Da Arbeit langfristig auf freiwilliger Basis stattfinden soll, ist das Grundeinkommen für alle Bürger/innen eines Staates eine zentrale Forderung MASONS. Dafür benötigt es laut MASON eine „Entfesselung" der Netzwerke, welche nur durch die Entkoppelung von Information und Macht gelingen kann: „Die bedeutsamste Leistung der Netzwerke (und ihrer individuellen Mitglieder) besteht darin, dass sie alle übergeordneten Strukturen aufbrechen" (vgl. ebd.: 367).

Mason über den Klimawandel:

In Bezug auf die Umweltproblematik wird in diesem Werk davon ausgegangen, dass die Schicksale der Ökonomie und der Ökologie eng miteinander verwoben sind. Eine Bekämpfung der Ursachen kann also nur durch veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen stattfinden. MASON kann eher die Beweggründe der Leugner/innen des Klimawandels nachvollziehen, als jene der Politiker/innen und Ökonom/innen, welche der Ansicht sind, dass Marktmechanismen dazu imstande seien, den Klimawandel zu stoppen. Denn jene, die den Klimawandel leugnen, wissen laut MASON, dass die Klimaforschung „ihre Autorität, ihre Macht und ihre ökonomische Welt zerstört. In gewisser Weise haben sie verstanden: Wenn der Klimawandel real ist, ist der Kapitalismus am Ende" (MASON 2016: 317). Für die Wirksamkeit der Ideen zu grünem Wachstum (siehe Kapitel 2.3.1), lassen sich MASONS Ansicht nach allerdings keine Beweise finden.

Im Kapitel „Wie wir die Klimakatastrophe abwenden können" (ebd.: 321ff.) erklärt der Autor, dass der Nachteil in der Produktion von erneuerbaren Energien gegenüber beispielsweise Kohlekraftwerken darin besteht, dass diese von den natürlichen Wetterbedingungen abhängig sind. Da Strom nicht speicherbar ist, haben Kohlekraftwerke den Vorteil, von einer zentralen Planstelle je nach Bedarf ein- oder ausgeschaltet werden zu können. Um den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen, setzt MASON „ein gewisses Maß an zentraler Kontrolle" der Staaten abseits des Marktes als Voraussetzung voraus (vgl. ebd.: 322). Dazu zählt auch die Verstaatlichung der größten CO_2-Emittenten.

Wenn es ein „intelligentes Stromnetz“ gäbe, welches in der Lage wäre, die Nachfrage zu prognostizieren und somit das Angebot anpassen kann, wäre es laut den Autoren sinnvoll, dieses zu einer öffentlichen Ressource zu machen. MASON ist sich dessen bewusst, dass in naher Zukunft nicht sämtliche fossile Kraftwerke geschlossen werden können, da für die Arbeiter/innen keine beruflichen Alternativen geschaffen werden könnten oder auch wie in Deutschland, der Bau von Windkraftanlagen von der jeweiligen Regionalpolitik oftmals blockiert wird. Dazu schreibt MASON: „Wenn es nicht möglich ist, mit einem vom Staat beeinflussten Preismechanismus für die richtige Mischung von Investitionen in erneuerbare Energiequellen, Atomenergie und fossile Energieträger zu sorgen, so müssen wir auf Verstaatlichung, direkte Kontrolle und Zielvorgaben zurückgreifen“ (MASON 2016: 323). Anstelle des Marktes wird auf staatliche Planung zurückgegriffen, was die Komplexität mindert und zum Ziel hat Atomenergie oder fossile Energieträger lediglich zur Deckung des Grundbedarfs heranzuziehen und den restlichen Großteil der Nachfrage mit erneuerbarem Strom zu versorgen. MASON führt erneut an, dass der Aufbau einer Wirtschaft ohne die Gesetze des Marktes und der Aufbau eines Systems mit geringem CO_2-Ausstoß eng zusammenhängen. Die Anzahl an Maßnahmen für eine Wirtschaftstransition ist seiner Meinung nach weitaus größer als jene, welche für die Eindämmung des Klimawandels ergriffen werden können (vgl. MASON 2016: 323).

Kritik

Das Werk der „Postkapitalismus“ wurde sehr unterschiedlich rezipiert. Vor allem deutschsprachige Kritiker/innen wie beispielsweise SCHMIEDE (vgl. 2016: 6) wünschen sich auch in der deutschsprachigen Gesellschaftsanalyse eine ebenso „entsprechende theoretische und politische Breite und die Freiheit, sie zu äußern und zu pointieren“.

Auch SCHNEIDEWIND betont die Relevanz, sich im wissenschaftlichen Diskurs mit derartigen Utopien zu beschäftigen, um zu reflektieren, wohin sich Gesellschaft und Wirtschaft entwickeln sollen (SCHNEIDEWIND, 2017: 155ff). Während die wissenschaftliche Relevanz und auch der Mut des Autors, sich einer derart komplexen Thematik mit einer großen Vielfalt an Theorien auseinanderzusetzen, oft positiv hervorgehoben werden, bemängeln Kritiker/innen vor allem das Gesamtargument und den „Technikoptimismus“ des Autors. MASONS ausschließlich positive Bewertung der Technologien, welche Informationen

verarbeiten, produzieren oder versenden, stößt unter Kritiker/innen auf Unverständnis (NACHTWEY et.al. 2016: 260f; SCHMIEDE 2016: 7). Klein schreibt, MASONS Ansatz leide „(…) an einem Technik-Utopismus, der die technologischen Grundlagen der Emanzipation zu stark betont und die gesellschaftlichen Verhältnisse und Gegenbewegungen unterschätzt. Vor allem überschätzt er die Fähigkeit des Kapitalismus, nicht-marktliche Bereiche der Allmendeproduktion wieder einer „kapitalistischen Landnahme“ zu unterziehen“ (KLEIN et al. 2016: 261). SCHMIEDE schreibt zudem, dass MASON die „große manipulative Kraft“ der Monopolfirmen unterschätze, welche die Information daran hindert, frei verfügbar zu werden (SCHMIEDE 2016: 7). Auch seien bestehenden soziale Netzwerke nicht frei, da sie von ebendiesen verwaltet werden, was aber eine Voraussetzung wäre, um den von MASON postulierten „Postkapitalismus“ einleiten zu können (vgl. SCHMIEDE 2016: 7). Wie SCHMIEDE weiter kritisiert wird die gesamte Problematik des gläsernen Menschen im Buch nicht aufgegriffen. Generell zeigt MASON für Schmiede eine selektive Sicht in einigen Fällen:

„Dass viele Millionen von Arbeitskräften weltweit für Niedrigstlöhne monotone Aufgaben im *crowd working* abarbeiten und gerade diese Netzwerke enormen sozialen und ökonomischen Druck in Richtung sozialer Ungleichheit aufbauen, wird allenfalls am Rande erwähnt. Und die Auflösung der Grenzen zwischen Arbeit und Lebenswelt werden (…) als positive Perspektive thematisiert. Die politische Perspektive von Mason liegt (…) an der Grenze zur Naivität. Die Kräfte zur Bewahrung von sozialer Ungleichheit und zur Verteidigung bestehender Machtstrukturen werden – kontrafaktisch zur gegenwärtigen weltweiten Entwicklung – als schwindend behandelt. Entsprechend sind Masons Vorschläge von der großen Perspektive getragen (z.B. Vergesellschaftung des Finanzsektors, Verbot der weltweiten Monopole), eine wirkliche Handlungsperspektive bleibt aber unthematisiert.“ (ebd.)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Rezensionen vor allem die vielseitigen eingebrachten Ansichten, aber auch die detaillierte Analyse der aktuellen Problemfelder der Marktwirtschaft als durchwegs positiv bewerten. Die konkreten Handlungsvorschläge werden hingegen als vage und die Bewertung der aktuellen Machtstrukturen als naiv bezeichnet. Dennoch sind MASONS Ansichten wie eingangs erwähnt keine ausformulierten Theorien wie beispielsweise die „Gemeinwohl-Ökonomie“. Vielmehr handelt es sich bei dem Werk um einen Ansatz, welcher zahlreiche Theorien miteinander verknüpft und aufzuzeigen versucht, dass ein Umbruch bevorsteht, welcher als Chance gesehen werden

kann, um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemfelder mittels aktuell und in naher Zukunft vorhandener Informationstechnologien zu lösen.

2.4 Analyse und Vergleich der Theorien

Zusammenfassung und Analyse

Die abschließende Zusammenfassung soll als Antwort auf die erste Forschungsfrage dienen:

„Kann der Klimawandel durch ausgewählte alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle (Postkapitalismus, Green Growth, Gemeinwohl-Ökonomie und Postwachstumsgesellschaft) verzögert werden?“

Die vorliegende Arbeit identifizierte den Klimawandel bisher als ein globales Problem, gegen welches bis heute keine wirkungsvollen Maßnahmen ergriffen wurden, um die aktuellen Entwicklungen umzukehren. Die Problematik des Klimawandels ist das Resultat von mehreren Faktoren wie dem Bevölkerungswachstum, der Globalisierung aber vor allem auch dem aktuellen Wirtschaftssystem, welches Unternehmen und Konsument/innen keine Anreize für ein nachhaltiges Wirtschaften und einen ökologisch ausgerichteten Lebensstil bietet. Die Gesetze der Marktwirtschaft tragen dazu bei, dass die Preise von Waren, welche über große Distanzen geliefert werden, aufgrund von niedrigeren Produktionskosten im Verkaufspreis günstiger erworben werden können, als Waren aus der lokalen Umgebung. Während westliche Staaten auf ihre sinkenden territorialen Emissionen verweisen, zeigt ein Blick auf die consumption-based emissions, dass ausgelagerte Produktionsstätten die CO_2-Ausstöße in Ländern des globalen Südens ansteigen lassen. Weiters sind umweltschonende Produktionsverfahren bis heute oft mit finanziellen Mehrkosten für die Unternehmen verbunden, was sich letztlich im Preis bemerkbar macht und in weiterer Folge Nachteile auf dem globalisierten Markt bedeutet. Diesem hochkomplexen und in unzähligen Bereichen verzahnten System versuchen die in der Arbeit vorgestellten alternativen Wirtschaftssysteme von unterschiedlichen Positionen aus entgegenzuwirken. Im Anschluss folgt eine Zusammenfassung der

wesentlichen sozialen, ökologischen und ökonomischen Merkmale der jeweiligen Modelle und ihre möglichen Auswirkungen auf Politik, Gesellschaft und individuellen Lebensstil.

Green Growth

Diese „neue“ Art des Wirtschaftens setzt keine radikalen Änderungen der Politik, Gesellschaft oder des individuellen Lebensstils voraus. Lediglich der Staat soll mittels den ihm zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Instrumenten die Anreize für mehr Innovation und Aufklärung schaffen (vgl. ALTVATER 2011: 126ff.). Die Folgen für Politik, Gesellschaft und die individuelle Lebensweise im Allgemeinen sind bei gleichbleibender Intensität der Bestrebungen in diese Richtung als gering zu bezeichnen

Gemeinwohl-Ökonomie

Die „Gemeinwohl-Ökonomie“ hat konkrete Vorstellungen wie sich Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und die eigene Lebensweise ändern müssen, um mehr Solidarität, Gemeinwohl, Menschenwürde, Demokratie und vor allem Nachhaltigkeit zu erreichen (vgl. STEIGENBERGER 2013: 5). Die erste Säule stellt dabei die Ökonomie dar. Für Unternehmen werden mithilfe der Gemeinwohl-Bilanz neue Anreize geschaffen, woraus eine vollethische Marktwirtschaft entsteht (vgl. LESCHKE 2015: 12; STEIGENBERGER 2013: 5). Auch das BIP wird durch ein Gemeinwohl-Produkt abgelöst. Dadurch dass Unternehmen, welche sich stärker an der „Gemeinwohl-Ökonomie“ orientieren, geringere Steuern, Zinsen und Zölle zahlen müssen, sinken die Preise regionaler Güter gegenüber globalen. Die erwirtschafteten Überschüsse dürfen nur für Investitionen mit sozialem und ökologischem Mehrwert, Rückzahlungen von Krediten sowie für begrenzte Ausschüttungen an die Mitarbeiter/innen verwendet werden (vgl. LESCHKE 2015: 12). Nicht verwendet werden dürfen die Überschüsse hingegen für Aufkäufe anderer Unternehmen oder für Zahlungen an Personen, welche nicht im eigenen Unternehmen beschäftigt sind.

Da das Wirtschaftswachstum kein Ziel mehr ist, orientiert sich die „Gemeinwohl-Ökonomie“ an der Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks.

Die Ziele und Folgen für die Gesellschaft und die in ihr lebenden Menschen sind vor allem im Bereich der Arbeit klar formuliert. Die Arbeitszeit wird auf 33 Wochenstunden begrenzt, um mehr Zeit für andere Arbeitsbereiche wie Beziehungs- oder

Betreuungsarbeit, oder politisches Engagement bereitzustellen. Zusätzlich soll jedes zehnte Berufsjahr ein „Freijahr" sein und durch ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert werden. Dadurch entsteht ein konsumarmer, solidarischer und nachhaltiger Lebensstil und eine Entlastung für den Arbeitsmarkt (vgl. FELBER 2014: 16ff.; LESCHKE 2015: 12). Um der Ungleichverteilung entgegenzuwirken, soll schließlich auch eine Obergrenze für vererbbares Vermögen (aktuell stehen 500 000€ zur Diskussion) eingeführt werden.

Um diese Werte an Kinder zu vermitteln, bedarf es einer Umstrukturierung des Schulsystems, in welchem bereits erwähnte Inhalte wie Gefühls-, Werte- und Kommunikationskunde und weitere Unterrichtsfächer gelehrt werden, die Schüler/innen letzten Endes zu engagierten Mitgliedern einer nach solidarischen und nachhaltigen Prinzipien orientierten Gesellschaft heranbilden sollen (vgl. FELBER 2014: 19).

Als wichtiges gesellschaftliches Merkmal soll auch noch die Demokratisierung zahlreicher Bereiche wie Bankwesen und die Einführung einer direkten Demokratie angesprochen werden. Die repräsentative Demokratie bleibt zwar bestehen, wird allerdings durch eine partizipative Demokratie ergänzt. Die Eckpunkte der „Gemeinwohl-Ökonomie“ sollen dem demokratischen Prozess unterworfen sein und durch die Diskussion weiterentwickelt werden. Durch einen direkt gewählten Wirtschaftskonvent werden Gesetze formuliert (vgl. ebd.: 18). Das Ergebnis unterliegt einem weiteren Abstimmungsprozess des demokratischen Souveräns und kann erst beim positiven Ergebnis in die Verfassung eingehen. Weitere Konvente wie Bildungs-, Medien-, oder Daseinsvorsorgekonvent können zur Vertiefung der Demokratie einberufen werden (vgl. LESCHKE 2015: 12).

Diese hier angeführten Merkmale sind jene der aktuellen inhaltlichen Vorstellungen der „Gemeinwohl-Ökonomie“ und können sich in den kommenden Jahren entsprechend verändern.

Postwachstumsgesellschaft

Niko PAECHS Modell der „Postwachstumsgesellschaft“ unterscheidet sich stark von unserer heutigen, durch den globalen Markt bestimmten, Gesellschaft (vgl. PAECH et al. 2018: 113ff.). Er setzt eine von Grund auf neue Lebensweise für den Erfolg dieses Modells voraus, welches zahlreiche Merkmale einer Subsistenzwirtschaft aufweist. Die Auswirkungen für die/den Einzelne/n wären in sämtlichen Bereichen des Lebens nach PAECHS Ansicht positiv spürbar. Die Entledigung unnötigen materiellen Ballasts, wie PAECH

es nennt, stellt dabei gleichzeitig den Leitgedanken dar (vgl. PIRGMAIER 2012: 38). Die Gesellschaft organisiert sich primär lokal und greift auf jene Waren zurück, welche im unmittelbaren Umfeld produziert wurden. Diese Waren sollen im Gegensatz zum heute oft praktizierten Habitus nicht bei kleinen Schäden entsorgt, sondern repariert werden (vgl. PAECH et al. 2018: 118). Die Produkte und Dienstleistungen werden mittels Regionalwährungen bezahlt, welche zinsfrei sind und ein Ablaufdatum aufweisen, um den Konsum dadurch zu gewährleisten. Der Lohn der Arbeiter/innen und Angestellten wird nicht nur in Euro sondern auch in entsprechenden Regios ausbezahlt (vgl. ebd.). Die Anzahl der Wochenstunden, welche gearbeitet werden müssten, würden auf 20 reduziert werden, was ähnlich wie in der „Gemeinwohl-Ökonomie", Ressourcen für ehrenamtliche und soziale Tätigkeiten bereitstellen soll, was sich wiederum positiv auf die Gesellschaft auswirkt (vgl. ebd.).

Auch wenn die globale Arbeitsteilung nicht völlig verschwindet, so soll der Großteil der Wertschöpfung in möglichst kleinen sozialen Gebilden entstehen. Die kleinflächigen Mikrogesellschaften bieten ihren Mitgliedern zusätzlich vielfältige Möglichkeiten zum sozialen Austausch und zur aktiven Beteiligung in der Gesellschaft, was zu einer gesteigerten Lebenszufriedenheit beiträgt (vgl. LESCHKE 2015: 17f.). Um dies zu ermöglichen, muss auch die Politik anders ausgerichtet werden, welche dadurch weniger Einfluss auf das Wirtschaften und die Lebensweise der Menschen ausüben könnte. Sie ist dafür verantwortlich, dass keine neuen bautechnischen Großprojekte wie Flughäfen oder Autobahnen mehr in Auftrag gegeben werden. Hingegen soll sie den Rückbau dieser unterstützen, um Anreizen, weite Reisen auf sich zu nehmen, entgegenzuwirken. Durch geringere räumliche Mobilität wird der CO_2-Ausstoß verringert und die Natur kann sich erholen (vgl. PAECH et al. 2018: 119).

Postkapitalismus

Das wesentliche Merkmal des „Postkapitalismus" nach MASON ist der Fokus auf die Informationstechnologie (vgl. SCHMIEDE 2016: 5; SCHNEIDEWIND 2017: 155). Diese umfasst das Internet der Dinge oder die Peer-to-Peer-Produktion. Die Relevanz rührt daher, dass ihre Grenzkosten gegen null tendieren (vgl. MASON 2016: 164f.). Neben den heute bereits bekannten Plattformen wie Wikipedia oder Linux könnten auch handwerkliche Tätigkeiten selbst erledigt werden, da zu einer hohen Wahrscheinlichkeit bereits eine

Plattform existiert, welche Nutzer/innen Schritt für Schritt das Vorgehen erklärt. Selbst der Bau von Maschinen könnte anhand bereits heute bekannter „Do-It-Yourself"-Videos oder Anleitungen vonstattengehen. Die Gesellschaft hätte, analog zur „Gemeinwohl-Ökonomie" oder zur Postwachstumsgesellschaft, weitaus mehr Freizeit, welche sie für die Peer-Produktion, Haushaltstätigkeiten oder Weiterbildungen in Anspruch nehmen könnte. Ermöglicht wird dies durch eine Grundvoraussetzung: das bedingungslose Grundeinkommen (vgl. ebd.: 356).

In MASONS Szenario bestehen Märkte weiterhin. Allerdings liegt der gesellschaftliche Hauptmodus der Distribution und Produktion in der Allmende sowie der kollaborativen Arbeit (vgl. SCHMIEDE 2016: 6). In diesem steht es jedem Mitglied der Gesellschaft frei, Wissen zu beziehen. Alle Güter, welche nicht durch kollaborative Arbeit produziert werden können, werden von Maschinen hergestellt, welche grundsätzlich kostenlos arbeiten. Monopole werden in der Wirtschaft unterdrückt, ebenso der Finanzsektor, wobei dieser bestenfalls nicht mehr existiert (vgl. ebd. 358 ff.).

Die Gesellschaft an sich wäre nach den Prinzipien von Netzwerken organisiert. Selbst der Staat würde zu einem Dienstleister ausgebaut werden, welcher die Infrastruktur des Wissens forciert. Dem Staat und der Politik käme durch die Verstaatlichung zahlreicher Betriebe (Bahn, Flugverkehr, etc.) zudem die Aufgabe eines Verwalters zu (vgl. ebd. 355f.).

Bei einem Vergleich der Ansätze fällt auf, dass die Ansätze des grünen Wachstums „top down" und die „Gemeinwohl-Ökonomie", die Postwachstumsgesellschaft sowie der „Postkapitalismus" „bottom up" verwirklicht werden sollen Die „bottom up" Ansätze werden zunächst in einem kleinen Rahmen erprobt und nehmen zunehmend größere Maße an. Während zwischen der „Gemeinwohl-Ökonomie" und Niko PAECHS „Postwachstumsgesellschaft" zahlreiche Parallelen bestehen, verfolgt MASONS „Postkapitalismus" einen gänzlich neuen Ansatz. PAECHS Ansatz wirkt auf viele Menschen radikal, da er vor allem in westlichen Ländern für eine freiwillige Entmaterialisierung der Gesellschaft plädiert, welche aus zahlreichen kleinen und in sich stark verwobenen Kommunen besteht. Nachhaltigkeit wird in der „Postwachstumsgesellschaft" gelebt und steht neben Subsistenz an erster Stelle der Agenda.

Die „Gemeinwohl-Ökonomie“ steht ebenso für Werte wie Solidarität und nachhaltiges Wirtschaften. Jedoch soll dieses Modell nicht durch die bloße moralische Überzeugung der Bürger/innen realisiert werden, sondern es werden bereits heute für Unternehmen und langfristig für alle, Anreize gesetzt, welche eine nachhaltige und an die „Gemeinwohl-Ökonomie“ angepasste Unternehmensausrichtung fördern sollen. Nachhaltigkeit meint hier jene drei Dimensionen, welche auch durch das Nachhaltigkeitsdreieck veranschaulicht wurden. So versuchen sowohl die „Postwachstumsgesellschaft“ als auch die „Gemeinwohl-Ökonomie“ ein neues Verständnis von Lebensqualität, abseits von monetärem Kapital zu etablieren. Der Fokus richtet sich auf ein gesellschaftlich aktives, solidarisches Leben mit einer drastisch reduzierten Arbeitszeit in einer deglobalisierten Lebenswelt.

MASON geht in seinen Überlegungen in Bezug auf Klimaschutz einen gänzlich anderen Weg. Hier steht nicht die Abkehr von materiellen Gütern im Vordergrund. Diese können weiterhin gekauft und konsumiert werden. Jedoch kommt dem Staat eine wichtige Rolle zu. Dieser soll, trotz möglicher Einwände der Bürger/innen, die Trendwende einleiten und die Voraussetzungen schaffen, eine Transformation zu klimaneutralem Konsum zu verwirklichen.

2.4.1 Die Ansätze der alternativen Wirtschaftsmodelle zur Eindämmung des Klimawandels

In Bezug auf den Klimawandel sind die vier vorgestellten alternativen Wirtschaftsmodelle grundsätzlich dazu in der Lage, den Klimawandel zu verzögern oder zu stoppen. Jedoch hängt der Erfolg von unterschiedlichen Faktoren ab. Das Grüne Wachstum verlangt ein weitaus vehementeres Durchgreifen der Politik. Greta Thunberg als Gesicht der Fridays-for-Future-Bewegung gelang es, das Thema in das Zentrum des medialen Diskurses zu rücken. Allerdings sind die Chancen das 2°C-Ziel, oder gar das 1.5°C-Ziel zu erreichen, ohne eine Wachstumsdebatte zu führen, als eher gering zu bezeichnen. Als radikaleres und auch erfolgversprechenderes Modell erweist sich die Postwachstumsgesellschaft nach Niko Paech. Die CO_2-Emissionen könnten auf ein Minimum reduziert werden. Jedoch erfordert es von den Menschen ein unverzügliches Bekenntnis zur Entmaterialisierung. Die Umsetzung wird von Expert/innen für einzelne Kommunen zwar als umsetzbar

betrachtet, allerdings nicht für die Gesellschaft ganzer Staaten. Auch da es auf die freiwillige Enthaltsamkeit gegenüber Konsumgütern aufbaut.

Im Gegensatz dazu bietet die „Gemeinwohl-Ökonomie“ ein Modell an, welches zunächst Unternehmen und im Anschluss auch die Konsument/innen dazu anregt, einen nachhaltigeren und auf soziale Werte begründeten Ansatz zu verfolgen. Das Modell ist im Gegensatz zur „Postwachstumsgesellschaft“ auch in größeren Dimensionen umsetzbar, da sämtliche inhaltlichen Eckpunkte demokratisch legitimiert werden müssen. Dazu zählt beispielsweise auch die Vorgabe, wofür Unternehmensgewinne verwendet werden dürfen, wo Kritiker/innen ein Sinken der Innovations- und Unternehmensgründungsquote sehen. Ausschlaggebend wird sein, ob das Modell mittelfristig die Zahl der Unterstützer/innen in ein für eine juristische Legitimierung und politische Verankerung notwendigen Ausmaß ansteigen kann. Dies ist Voraussetzung, um ein solches Modell langfristig etablieren zu können.

Der Erfolg von MASONS Modell des „Postkapitalismus“ hängt von zwei Faktoren ab. Zum einen stellt sich die Frage, ob MASON die aktuellen Entwicklungen richtig einschätzt und entgegen der Behauptungen seiner Kritiker/innen der Informationsgesellschaft nicht zu optimistisch eingestellt ist und die Grenzwerttheorie tatsächlich dazu führt, dass Maschinen in naher Zukunft zunehmend kostengünstiger produzieren. Zum anderen muss geklärt werden – und dieser Punkt ist eng mit dem vorherigen verknüpft – ob die Politik es schafft, die Bedingungen für einen Übergang in den von MASON angedeuteten „Postkapitalismus“ zu vollziehen. Würde eine solche Transition vollzogen, könnte in weiterer Folge eine staatlich kontrollierte Klimapolitik über den Markt hinweg Entscheidungen zur Erreichung der Klimaziele treffen und somit den Klimawandel verzögern oder gar stoppen.

II. Teil

3. Vorstellung eines Unterrichtsentwürfe für die Sekundarstufe II

Im ersten Teil der Arbeit wurde der Klimawandel als zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts identifiziert und gezeigt, dass bei weiterem Bestehen des aktuellen Wirtschaftssystems eine Trendwende durch Marktmechanismen nur schwer zu realisieren ist. In weiterer Folge wurden vier Modelle vorgestellt, welche eine mögliche Alternative darstellen und das Potential aufweisen, den Klimawandel zu stoppen.

Im zweiten Teil dieser Arbeit soll nun ein konkreter Unterrichtsvorschlag inklusive Materialien für die 8. Klasse AHS vorgestellt werden. Dabei wird zunächst der Lehrplan der AHS Oberstufe in Bezug auf das Thema „Können alternative Wirtschaftsmodelle unser Klima retten?“ analysiert und dessen Relevanz mittels diesem sowie der sogenannten Basiskonzepte begründet.

Die Unterrichtsplanung selbst umfasst vier zusammenhängende und aufeinander aufbauende Unterrichtsstunden. Dabei wird zunächst der Klimawandel als aktuelles Problem analysiert und das eigene Handeln der Schüler/innen reflektiert. Weiters wird das Modell des „Green-Growth“ präsentiert und aktuelle klimapolitische Instrumente auf ihre Auswirkungen untersucht. Es wurde die „Gemeinwohl-Ökonomie“ als mögliches alternatives Wirtschaftsmodell ausgewählt, da dieses als einziges von den in dieser Arbeit vorgestellten Modellen bereits teilweise in der Realität umgesetzt wurde.

Die Schüler/innen sollen sich intensiv und kritisch mit den Voraussetzungen für eine mögliche Umsetzung sowie die möglichen Folgen eines neuen alternativen Wirtschaftsmodells auseinandersetzen.

3.1 Basiskonzepte und Vermittlungsinteressen – Leitlinien der fachdidaktischen Umsetzung

Basiskonzepte als Instrumente der Vermittlung von globalen Zusammenhängen gelten laut RADL (vgl. 2016: 32) als „fachliche Brillen mit denen sich geographische und

ökonomische Phänomene analysieren und erschließen lassen.“ Im folgenden Absatz soll umrissen werden, warum Basiskonzepte definieren, „was das Fach Geographie und Wirtschaftskunde ausmacht“ (vgl. ebd.).

Basiskonzepte

Die aktuelle Fassung des österreichischen Lehrplans für das Fach Geographie und Wirtschaftskunde für die Sekundarstufe II löste die Fassung von 2004 ab und weist einige Neuheiten auf. So ist die neue Fassung zum einen semestriert und zum anderen – zentral für die vorliegende Arbeit – wurden Basiskonzepte eingeführt. Diese zielen ab auf eine „stärkere Fach- und Wissenschaftsorientierung des Schulunterrichts, eine Erhöhung der Freiheit der Lehrenden, einem stärkere Alltagsbezug des Unterrichts sowie einer stärkeren Professionalisierung der Aus- und Fortbildung“ (JEKEL und PICHLER 2017: 5). Basiskonzepte sind aktuell nur im Lehrplan der Sekundarstufe II verankert, allerdings fordert FRIDRICH (2016: 25) eine Einführung ebenso für die Sekundarstufe I, was im Lehrplanentwurf 2019 auch geschehen ist.

Wie JEKEL und PICHLER oder auch RADL (JEKEL und PICHLER 2017: 5f; RADL 2016: 32ff.) schreiben, sollte der Lehrplan zunächst geringfügig mit Hinblick auf Kompetenzorientierung adaptiert und ein Raster zur standardisierten Leistungsfeststellung eingeführt werden. Aufgrund der Befürchtungen einer daraus folgenden Entwicklung zu einer Kultur des „Teaching to the test“ und der Entmündigung von Lehrpersonen orientierten sich die Verantwortlichen an zwei internationalen Entwicklungen in der Didaktik. Zum einen bezog man sich auf ein im englischsprachigen Raum populäres Paradigma, das auf Amarya Sens‘ Konzept der „Capabilities“ (vgl. KLEIN 2017: 11ff.) beruht. Dieser Ansatz wurde dem Fach entsprechend als „Geo-Capabilities“ adaptiert und hat als primäres Ziel Schüler/innen erfolgreich und vielfältig zu einer Teilnahme an der Gesellschaft zu befähigen (vgl. JEKEL und PICHLER 2017: 6).

Dabei wird davon ausgegangen, dass in sämtlichen wissenschaftlichen Disziplinen wirkmächtige fachliche Zugänge existieren – sogenannte „powerful disciplinary knowledges“, welche die Schüler/innen zur Strukturierung ihrer Alltagssituationen ermächtigen sollen. Der Alltag und die Lebenswelt von Schüler/innen stehen somit im Mittelpunkt des Unterrichts, wobei fachliche Konzepte und Methoden lediglich zu dessen Bewältigung und Gestaltung dienen. Den Lehrenden wird durch den „Geo-

Capabilities-Ansatz“ – nicht wie bei einer möglichen Einführung eines Rasters – die Verantwortung zugesprochen, welche „spezifischen fachliche Zugänge den Kanon der mächtigen fachlichen Zugriffe darstellen sollen“ (vgl. JEKEL und PICHLER 2017: 6).
Die Lehrer/innen sollen dabei in Eigenverantwortung ihr Augenmerk darauf richten, „professionell pädagogisch [zu] handeln, [so] dass sie auf Basis ihrer […] professionellen Kompetenzen dabei von der konkreten Unterrichtssituation ausgehen und auf die Interessen der Schüler/innen Rücksicht nehmen“ (ebd.).

Die zweite Entwicklung, welche aktuell international breit diskutiert wird und ebenfalls in den aktuellen Lehrplan miteinfloss, bezieht sich auf zahlreiche „citizenships“ sowie „literacies“ und fordert diese von Schüler/innen ein. Für den Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht sind dabei jene Beteiligungen und Lesefähigkeiten relevant, welche den zentralen Merkmalen der beiden akademischen Disziplinen zuzuschreiben sind, auf welchen das Unterrichtsfach basiert. Dies sind namentlich die „economic literacy/citizenship“ und die „spatial literacy/citizenship“ (vgl. JEKEL und PICHLER 2017: 6.). Sie streben vor allem kritische, multiperspektivische sowie reflexive Zugänge im Unterricht an und forcieren ebenfalls eine Vorbereitung auf die Partizipation an sozialen Prozessen vgl. (FRIDRICH 2016: 26; JEKEL und PICHLER 2017: 6).
Im Rahmen des Geographie- und Wirtschaftskundeunterrichts zeigt sich dies an ökonomischen und räumlichen Perspektiven, welche in ihrer Form die Neuerung des Lehrplans darstellen (vgl. BMBWF 2016: 1ff; JEKEL und PICHLER 2017: 6). Dieser nimmt in seiner aktuellen Form Distanz zu einem Unterricht, welcher Geographie und Wirtschaft als Disziplinen vermitteln soll. Stattdessen wird versucht „dass Alltagssituationen und -probleme durch die Anwendung fachlicher Konzepte und Methoden der Disziplinen Geographie und Ökonomie erschließbar, analysierbar, reflektiert und somit bewältigbar werden“ (JEKEL und PICHLER 2017: 6.). Daraus ergibt sich ein weiterentwickelter Begriff der Kompetenzorientierung, welcher mithilfe der Basiskonzepte manifestiert wurde.

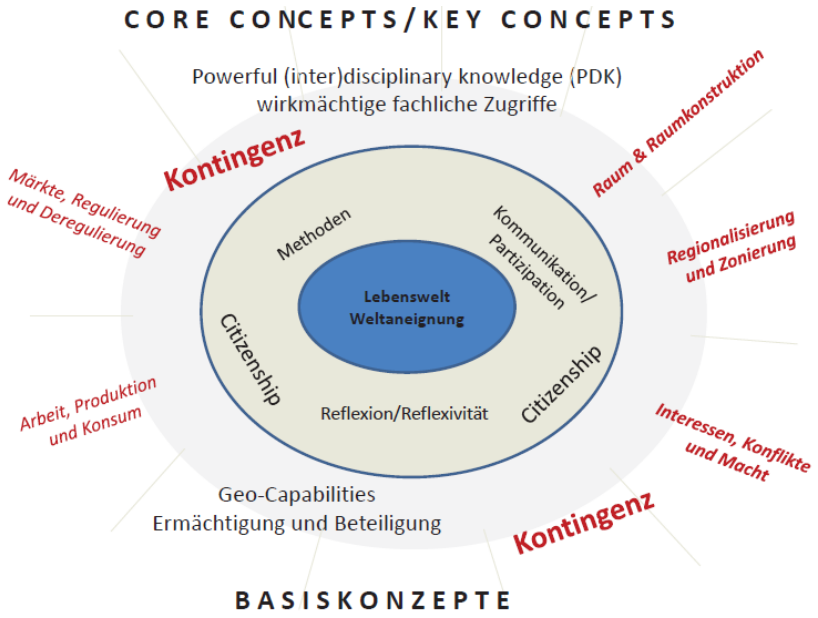


Abbildung 10: Beispiele der Weltaneignung mithilfe der Basiskonzepte (Quelle: JEKEL und PICHLER 2017: 6)

Die Basiskonzepte wurden, wie bereits erwähnt, stark von internationaler Literatur beeinflusst und weisen Ähnlichkeiten mit den „key concepts" anderer Länder auf (vgl. RADL 2016: 34f.; FRIDRICH 2016: 26). Dies betrifft vor allem den Fachbereich Geographie. Aufgrund der internationalen Besonderheit des Faches Geographie und Wirtschaftskunde, welches in dieser Form nur in Österreich existiert, wurden diese um ökonomische Basiskonzepte erweitert, was zu insgesamt 13 Basiskonzepten führte, die aufgrund der hohen Anzahl vielfach kritisiert wurden (vgl. JEKEL und PICHLER 2017: 7) . Diese drücken sowohl das fachdidaktische sowie fachliche Kernanliegen aus, welches bereits zu Beginn des aktuellen Lehrplans zu finden ist: „Im Zentrum des Geographie- und Wirtschaftskundeunterrichts steht der Mensch" (BMBWF 2000: 1). Des Weiteren enthalten sie drei strukturelle Eckpunkte:

Der erste Eckpunkt handelt vom Bezug zu den fachwissenschaftlichen und paradigmatischen Grundlagen der beiden Fächer Geographie und Ökonomie. Der zweite Eckpunkt umfasst die angestrebte Mehrperspektivität. Das bedeutet, dass innerhalb eines jeden Basiskonzeptes verschiedene fachliche Zugänge angeboten werden. Der dritte Eckpunkt ist ein Bezug zur Lebenswelt der Schüler/innen und enthält Anwendungen und Anregungen (vgl. JEKEL und PICHLER 2017: 7).

Zusammengefasst verkörpern Basiskonzepte

„ausgewählte, fundamentale und wirkmächtige fachliche Ideen und Konzepte [und] verbinden diese mit methodischen Zugängen, sodass diese Konzepte im Unterricht erarbeitet und erschlossen werden können. Wenn GW-Unterricht verstärkt an Basiskonzepten ausgerichtet wird, unterstützt dies den gewollten Abschied vom isolierten „Stofflernen“ und vom reinen Faktenwissen zu Gunsten von anwendungsbezogenem Wissen und verstärkter Methodenkompetenz. Schließlich zeigen die Basiskonzepte auf, dass es in einem thematischen Kontext immer mehrere geographische und ökonomische Perspektiven gibt.“ (JEKEL & PICHLER 2017: 7).

Dadurch soll nicht nur eine der zentralen Herausforderungen für den heutigen Geographie und Wirtschaftskunde - Unterricht, die komplexen Probleme des 21. Jahrhunderts differenziert und kritisch zu thematisieren, erleichtert werden (vgl. RADL 2016: 32). Die Basiskonzepte sollen zudem einen praktischen Mehrwert für die Lehrer/innen bieten, beispielsweise als Unterstützung bei der Unterrichtsgestaltung sowie -planung. Die Basiskonzepte können als Entscheidungskriterien für die Auswahl von Inhalten und deren Umsetzung herangezogen werden. Der verstärkte Fokus auf Basiskonzepte rührt auch daher, dass der aktuelle Lehrplan zwar kompetenzorientierte Lernziele formuliert, jedoch keine bestimmten Inhalte (vgl. JEKEL und PICHLER 2017: 8).
Doch nicht nur Lehrer/innen, sondern auch Schüler/innen können von Basiskonzepten profitieren. Sie können als Hilfe dienen, eine komplexe und unübersichtliche Welt verständlicher und gestaltbar zu machen. Oder aber auch als Instrumente fungieren, um neue fachliche Kontexte zu reflektieren und zu analysieren. Beide Möglichkeiten dienen in weiterer Folge als Basis für die (selbstständige) Aneignung neuer Wissensstände und Entwicklungen (vgl. ebd.: 8).

Ein an Basiskonzepten orientierter Unterricht geht davon aus, dass Erkenntnisse und Themen des Faches Geographie und Wirtschaftskunde nicht additiv, sondern vernetzt von den Schüler/innen erschlossen werden können. Denn das Wiederholen der Basiskonzepte ermöglicht über Jahre hinweg eine zunehmende Komplexität der Unterrichtsthemen (vgl. RADL 2016: 32; JEKEL und PICHLER 2017: 8).

Zusammenfassend sind die Basiskonzepte im Lehrplan der Sekundarstufe II für das Unterrichtsfach Geographie- und Wirtschaftskunde ein Versuch, die Kernkonzepte der Geographie sowie der Ökonomie mit Hinblick auf die Alltagsbewältigung

zusammenzuführen und dadurch in erster Linie Schüler/innen einen Mehrwert zu bieten (vgl. JEKEL & PICHLER 2017: 13). Unterricht, welcher sich an den Basiskonzepten orientiert, stützt nicht nur den Ansatz der Kompetenzorientierung, sondern fördert auch das vernetzte, globale und anwendungsbezogene Wissen (vgl. RADL 2016: 37) Infolgedessen werden die Basiskonzepte auch in dieser Arbeit dazu verwendet, um das Thema der Arbeit mit dem Lehrplan in Verbindung zu bringen und fachlich sowie didaktisch zu begründen.

Vermittlungsinteressen

Eine erfolgreiche didaktische Umsetzung bedarf stets einer fachdidaktischen Begründungskompetenz. Dies ist laut VIELHABER (vgl. 1999: 9) die Fähigkeit, den Unterricht nach bewusst ausgewählten theoretischen Grundlagen zu strukturieren und damit ein vereinbartes Unterrichtsergebnis zu erreichen. Er betrachtet dabei die Einsicht, dass die Vermittlung von Inhalten unabhängig davon, wie diese vermittelt werden, von subjektiven Interessen geleitet wird als Vorbedingung der Begründungskompetenz (ebd.). Die Interessen zielen auf eine gewünschte Erkenntnis der Lernenden ab. Diese Erkenntnis soll als Prozess im „Spannungsfeld zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit“ (ebd.: 10) gesehen werden aber ebenso als Resultat des Prozesses selbst. Der Interessensbereich wiederum bezieht sich sowohl auf den Erkenntnisweg im wissenschaftlichen, als auch im didaktischen schulpraktischen Bereich (ebd.: 11).

Um dies zu konkretisieren stellt VIELHABER (ebd.: 12ff.) folgende vier Vermittlungsinteressen vor:

- Kein reflektiertes Vermittlungsinteresse / deskriptives Vermittlungsinteresse
- Technisches Vermittlungsinteresse
- Praktisches Vermittlungsinteresse
- Emanzipatorisches Vermittlungsinteresse (ebd.: 13, Abb. 2.2)

Typ A (deskriptives Vermittlungsinteresse)

Dieser Unterrichtstyp wird dadurch charakterisiert, dass nahezu sämtliche Inhalte, „ohne jeden weiteren Begründungszusammenhang in Form [von] reinem Produktionswissen prüfend abgefragt werden“ (VIELHABER 1999: 13). Zudem werden keine Verwendungszusammenhänge erklärt. Die Vermittlung von reflektiertem Erkenntnisinteresse wird nicht angestrebt.

Typ B (technisches Vermittlungsinteresse)

Hier bestimmt die Lehrperson was richtig und rational ist. Es werden einfache kausale Zusammenhänge (Wenn-Dann) erklärt, welche den Lernenden auf eine Weise vermittelt werden, die keinen Raum für Fragestellungen von Schüler/innen lässt. Die Problematik liegt hier vor allem an einer „allwissenden“ Lehrperson, deren Ansichten sich die Schüler/innen fügen müssen. Des Weiteren wird hier davon ausgegangen, dass es „im Rahmen jeglicher Problemerschließung eine Anfangsursache und eine(n) Schuldige(n) geben muß, wenn etwas nicht funktioniert (ebd.: 14).“

Typ C (praktisches Vermittlungsinteresse)

Dieser Unterrichtstyp steht für kommunikatives Handeln, dem das Prinzip der Handlungsorientierung zugrunde liegt. Dabei stehen problematisierte Fragestellungen im Zentrum, welche (innerhalb der von außen vorgegeben Wertezuweisungen) gemeinsam diskutiert und reflektiert werden, was zu einer „Expansion des Subjektiven“ (ebd.: 14) führt. Dabei sollen Schüler/innen auch dazu ermächtigt und ermutigt werden, herausfordernde Lebenssituationen zu bewältigen. Ein Unterricht, welcher auf das praktische Vermittlungsinteresse aufbaut, soll Schüler/innen zur Reflexion der eigenen Lebenswelt anregen und darauf aufbauend dabei unterstützen, ihren Horizont zu erweitern und zu neuen Erkenntnissen zu gelangen (vgl. ebd.: 16).

Typ D (emanzipatorisches Vermittlungsinteresse)

Das kritisch-emanzipatorische Vermittlungsinteresse stellt die praktische Selbstreflexion in den Vordergrund. Dabei werden im Unterricht alltagsrelevante Beispiele auf Widersprüche, Gegensätze oder auch Alternativen untersucht. Auch die Frage nach etwaigen Gewinner/innen und Verlierer/innen wird thematisiert. Der Zugang zur kritischen Reflexion soll durch grundsätzliche Fragen künftiger Lebenssituationen

geöffnet werden. Dieser Zugang soll Schüler/innen „die Einsicht in die wechselseitige Bedingtheit individueller Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten auf der einen Seite und der umgebenden Gesellschaft auf der anderen Seite […] ermöglichen“ (VIELHABER 1999: 17).

3.2 Begründung der Relevanz des Themas für die Sekundarstufe II anhand des semestrierten Lehrplans und der Basiskonzepte

Die Begründung der Relevanz des Themas für die Sekundarstufe II erfolgt primär mit dem semestrierten Lehrplan für die Oberstufe und in weiterer Folge mit den Basiskonzepten. Der folgende Unterrichtsvorschlag wird für das 7. Semester der Sekundarstufe II (8. Klasse AHS) geplant, da sich hier zahlreiche Anknüpfungspunkte finden. Das Jahresthema der 8. Klasse lautet: *„Lokal – regional – global: Vernetzungen – Wahrnehmungen – Konflikte“,* dessen Unterkategorien vor allem auf eine kritische Betrachtung der Globalisierung ausgerichtet sind. In Anbetracht des Themas der Arbeit ist anzumerken, dass die Globalisierung zwar nur indirekt für den anthropogenen Klimawandel verantwortlich ist, dieser dadurch allerdings vorangetrieben wurde (HUWART und VERDIER 2014: 120ff).

Vor allem die kompetenzorientierten Lernziele bieten einige Begründungsmöglichkeiten für den Unterrichtsentwurf. Im Anschluss soll eine Auswahl an möglichen kompetenzorientierten Lernzielen angeführt werden, welche als Begründung für den Unterrichtsentwurf in Frage kommen.

Unter dem Unterkapitel: „Chancen und Gefahren der Globalisierung erörtern“ werden folgende Lernziele angeführt:

- „Globalen Wandel und seine ökonomischen, sozialen und ökologischen Ursachen und Wirkungen erörtern“
- „Strategien individuell, betrieblich und gesellschaftlich nachhaltigen Handelns entwickeln“ (BMWBF 2016: 7)

Unter dem Unterkapitel: *„Politische und ökonomische Systeme vergleichen“* werden folgende Lernziele angeführt:

- Ursachen und Auswirkungen sozialer und ökonomischer Disparitäten auf globaler Ebene beurteilen
- Unterschiedliche Wirtschafts- und Regulierungsmodelle vergleichen
- Machtverhältnisse in politischen und ökonomischen Systemen analysieren (BMWBF 2016: 7)

Eine Auswahl der Basiskonzepte zu treffen, ist in diesem Kontext keine einfache Aufgabe, da diese komplexe Thematik des Klimawandels aktuell und medial sehr präsent ist, sondern bereits in Form von direkten Auswirkungen für Mensch und Tier spürbar wurden. Das Spannungsfeld zwischen dem Willen vieler engagierter Menschen auf der einen und über Jahrhunderte festgewachsene Strukturen auf der anderen Seite bieten unzählige Anknüpfungspunkte für den Geographe- und Wirtschaftskundeunterricht. Diese Arbeit möchte versuchen, neben einer Analyse des Status quo, mögliche Alternativen für den Unterricht aufzubereiten.
Die Legitimierung erfolgt, wie bereits ausgeführt, durch die Basiskonzepte. Im Folgenden werden drei Basiskonzepte aus dem aktuellen semestrierten Lehrplan der Sekundarstufe II vorgestellt und die Relevanz des Themas damit begründet.

Nachhaltigkeit und Lebensqualität

Das Basiskonzept Nachhaltigkeit ist als sehr eng mit dem der Lebensqualität verknüpft zu begreifen. Der im Sprachgebrauch zum Gummiwort mutierte Begriff der Nachhaltigkeit bedeutet im Sinne unseres Fachverständnisses weitaus mehr als nur „andauernd“ oder „langanhaltend wirksam“. Er sollte als eine Art Leitmotiv ökologischer Modernisierung gesehen werden: Für die Anforderungen modernen GW-Unterrichts bedeutet dies, Überlegungen anzustellen, wie das fragile Mensch-Umwelt-System in eine gewünschte Balance gebracht sowie die Aushandlung eines Ausgleichs hinsichtlich der tragenden Säulen der Nachhaltigkeit (Gesellschaft, Wirtschaft, Natur) unterstützt werden kann. Als „Lebensqualität“ wird in Studien zur Lebensqualitätsforschung die Entfaltungsmöglichkeit jedes Menschen und dessen Nachkommen gesehen, wobei die gleichwertige Sicherung der ökologischen, materiellen und sozialen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt gestellt wird. Die Leitgedanken der

> *Nachhaltigkeit und der Solidarität erweisen sich als notwendige Voraussetzung für eine möglichst hohe Lebensqualität einzelner Menschen und der Gesellschaft. Das Ziel der UNESCO, über Bildung für Nachhaltige Entwicklung allen Menschen Bildungschancen zu eröffnen, die es ihnen ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive Veränderung der Gesellschaft(en) erforderlich sind, sollte für gelingenden GW-Unterricht vorrangig* sein (BMBWF 2018:2f) .

Nachhaltigkeit und Lebensqualität sind die zentralen Themen dieser Arbeit, wodurch dieses Basiskonzept als wichtigste Lehrplan-Grundlage für die Unterrichtsentwürfe gilt. Dabei soll das Bewusstsein der Schüler/innen für eine der größten Herausforderungen im 21. Jahrhundert gefördert werden. Zudem soll der Begriff der Lebensqualität hinterfragt werden. Die Schüler/innen sollen sich dadurch über das Leben in einer Welt mit begrenzten Ressourcen bewusst werden. Neben der kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen liegt der Fokus hier auf den in der Arbeit präsentierten Wirtschaftsmodellen. Den Lernenden sollen dadurch auch mögliche Alternativen aufgezeigt werden, welche abseits des medialen Interesses alternative Lösungsansätze bieten. Im Zentrum der Unterrichtseinheiten steht demnach die Frage, wie oder wodurch die Problematik des Klimawandels langfristig gelöst werden könnte und welchen Beitrag jede/r Einzelne dazu beitragen kann.

Mensch- Umwelt Beziehungen

> *Eine der großen Herausforderung des Anthropozäns bzw. der Zukunft liegt darin, dass die Geschwindigkeit der Abläufe im Mensch-Umwelt-System ansteigt und die Ausmaße der Folgewirkungen mittlerweile globale Dimension erreicht haben. Mensch-Umwelt-Beziehungen sind dabei als jene Beziehungen und Effekte zu verstehen, die bei Menschen in ihrem alltäglichen Handeln eine zentrale Rolle spielen. Dies inkludiert sowohl Beziehungen zur physischen Umwelt wie auch zur sozialen und ökonomischen Umwelt. Im Unterricht ist die Entwicklung eines eigenen Handlungsrepertoires zu ermöglichen, wobei die vorhersehbaren Folgen dieser Handlungen unter Bezugnahme auf Konzepte der Nachhaltigkeit zu reflektieren sind (*BMBWF 2018:3f*).*

Das Basiskonzept „Mensch-Umwelt-Beziehungen“ weist zahlreiche Überschneidungspunkte mit „Nachhaltigkeit und Lebensqualität“ auf. Jedoch stehen hier nicht die globalen Prozesse der Umwelt im Zentrum, sondern das Handeln der/s Einzelnen. Die eigene Lebensweise soll von den Lernenden kritisch beleuchtet und

grundlegend hinterfragt werden. Als Beispiel werden auch hier Alternativen wie beispielsweise Niko Paechs „Postwachstumsgesellschaft“ präsentiert, welche die grundlegende Entmaterialisierung und eine radikale Änderung des Lebensstils fordern. Die Schüler/innen sollen argumentieren, inwiefern dies eine Alternative für die Zukunft darstellen kann bzw. inwiefern nicht.

> *Kontingenz*
>
> *Individuelle und gesellschaftliche Probleme sind räumlich, (sozio-)ökonomisch und historisch eingebettet. Mögliche Strategien und Lösungsansätze verändern sich mit einer menschlichen Gesellschaft, in der der stetige Wandel die einzige Konstante ist. Verbunden mit der Unmöglichkeit kontrollierter Experimente lassen sich daher keine allgemein und zeitlos gültigen Gesetze aufstellen – absolute Wahrheitsansprüche bei der (Er)Klärung von Sachverhalten und Prozessen sind nicht haltbar. Durch die Berücksichtigung des Basiskonzepts der Kontingenz sollen Schülerinnen und Schüler lernen, monokausalen Erklärungsansätzen – in welchen Zusammenhängen sie auch immer auftreten mögen – zu misstrauen. Dies erfordert die Thematisierung der Mehrdeutigkeiten unterrichtsrelevanter Phänomene aus den Bereichen Gesellschaft, Politik, Ökonomie und Ökologie, aber auch den Blick auf vielfältige Lösungsansätze. Mehrperspektivität als Grundprinzip der Betrachtung im GW-Unterricht kann ein tauglicher Einstieg sein, um das Kontingenzprinzip wirksam werden zu lassen (*BMBWF 2018:4*).*

Den Schüler/innen soll vermittelt werden, dass sich soziale, ökonomische und ökologische Probleme in einem ständigen Veränderungsprozess befinden, wodurch auch mögliche Lösungsstrategien einem Wandel unterliegen bzw. sich weiterentwickeln müssen, um Bestand zu haben. Im Zusammenhang mit alternativen Wirtschaftssystemen ist es wichtig, dass die Schüler/innen erkennen, dass es für diverse wirtschaftliche und soziale Problemstellungen innerhalb einer Gesellschaft keine perfekte Alternative zur aktuellen Marktwirtschaft geben kann, sondern dass mittels demokratischen Prozessen, an welchen sich jede/r Schüler/in beteiligen kann und soll, nach einem gemeinsamen Konsens gesucht werden muss. So steht in den Unterrichtseinheiten beispielsweise die „Gemeinwohl-Ökonomie“ im Fokus, welche es sich zur Agenda macht, durch demokratische Legitimation das bestehende System zu unterwandern, um es durch ein nachhaltigeres und gemeinwohl-orientierteres System zu ersetzen. Die Vorschläge, welche innerhalb dieser erbracht werden, sollen von den Schüler/innen mittels verschiedener methodischer Zugänge untersucht, analysiert, bewertet und interpretiert werden. Dies ermöglicht es, den Schüler/innen Themen aus sozialen, politischen und

ökonomischen Bereichen aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten, aber auch selbst vielfältige Lösungsansätze zu entwickeln.

4. Unterrichtsentwurf: Alternative Wirtschaftsmodelle als möglicher Ausweg für den Klimawandel?

Die folgende Unterrichtsplanung bezieht sich auf insgesamt vier Unterrichtsstunden und wurde für eine 8. Klasse AHS entworfen. Sie stellen das Resultat eines in sich zusammenhängenden Unterrichtsentwurfes dar. Die einzelnen Unterrichtsstunden bauen aufeinander auf.

4.1 Einheit 1: „Meine Sicht auf den Klimawandel“

4.1.1 Fachdidaktische Kurzanalyse

Thema und Lehrplanbezug

Da die Geo-Ökosysteme der Erde bereits in der 5.Klasse als Bildungs- und Lehraufgabe definiert sind, wird bereits erworbenes Wissen aufgebaut. Dennoch ist der Klimawandel ein zentrales Thema in der ersten Unterrichtsstunde. Dabei soll ein Aktualitäts- sowie ein Lebensweltbezug durch die Reflexion der eigenen Lebensweise hergestellt werden. Dieses Thema eignet sich vor allem für den Themenbereich „Chancen und Gefahren der Globalisierung“ und dessen kompetenzorientiertes Lernziel „Globalen Wandel und seine ökonomischen, sozialen und ökologischen Ursachen und Wirkungen erörtern“, wobei vor allem die ökologischen Ursachen im Zentrum der Unterrichtseinheit stehen.

8. Klasse – Kompetenzmodul 7

7. Semester

„Lokal – regional – global: Vernetzungen – Wahrnehmungen – Konflikte“

- Chancen und Gefahren der Globalisierung erörtern
    - Globalen Wandel und seine ökonomischen, sozialen und ökologischen Ursachen und Wirkungen erörtern
    - Auswirkungen ökonomischer Globalisierung diskutieren

Lernziele:

Anforderungsbereich I:

- Ich kann den Zusammenhang zwischen meinem Verhalten als Konsument/in und den daraus resultierenden Folgen auf die Umwelt erklären.

Anforderungsbereich II:

- Ich kann mein Verhalten in Bezug auf meinen ökologischen Fußabdruck einordnen.
- Ich kann mein Konsumverhalten begründen.

Anforderungsbereich III:

- Ich kann über die ökologischen Folgen meines Handelns reflektieren und dazu Stellung beziehen.

Vermittlungsinteressen:

In dieser Stunde steht das „kritisch-emanzipatorische Vermittlungsinteresse“ im Vordergrund, da die Schüler/innen über ihre eigenen Erwartungen und ihr Handeln mehrmals reflektieren. Es wird die Diskrepanz zwischen den eigenen Erwartungen und Fakten aufgezeigt, welche die Schüler/innen dazu führen soll, eigene Verhaltensweisen kritisch zu hinterfragen.

Doch auch das „technische Vermittlungsinteresse“ wird in dieser Einheit angesprochen, da kausale Zusammenhänge des Handelns der Schüler/innen und dessen Auswirkungen auf eine Welt mit begrenzten Ressourcen thematisiert werden.

4.1.2 Planungsmatrix

Zeit	Lehrer* innenaktivität	Schüler* innenaktivität	Medien	Sozial-form	methodische Erläuterungen
ca. 5 min	Begrüßung und Erklärung des Ablaufs	Aufnahme der Informationen	Tafel	**L-S-Gespräch**	Den SuS[5] soll ein Überblick gegeben werden, was sie erwartet.
ca. 15 min	Moderation der Methode „Positionslinie“	Eine Position wird eingenommen und begründet.	Evtl. Schnur und zwei Schilder	**Positionslinie**	Einzelne Begriffe von den Wortmeldungen der SuS können bei Bedarf ebenfalls schriftlich auf der Tafel festgehalten

[5] SuS = Schüler/innen

					werden, um eine gemeinsame Diskussion anzuregen.
max. 15min	Erklärung und Anweisung, wie der Online-Rechner auszufüllen ist Zusätzlich gibt die Lehrperson Hilfestellungen bei etwaigen Fragen.	Aufnahme der Informationen SuS reflektieren ihren eigenen Alltag	Smartphone, Tablet oder Laptop	Einzelarbeit: **Online-Recherche**	Bei diesem Online-Rechner sollen die SuS möglichst viele Daten aus ihrem Alltageingeben. Im Zentrum steht die Reflexion der eigenen Lebensweise.
ca. 10-15min	Zusammenfassung der Ergebnisse auf der Tafel und im Plenum	Vergleich der Ergebnisse Die SuS reflektieren die Folgen des eigenen Handelns	Tafel	L-S-Gespräch Einzelarbeit	Die SuS analysieren die Auswirkungen einzelner Tätigkeiten. Hier soll ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, welche alltäglichen Tätigkeiten besonders umweltschädigend sind.
ca. 5 min	Lehrperson stellt Fragen, welche einen Reflexionsprozess anregen sollen	Reflexion über etwaige Unterschiede zwischen den eigenen Erwartungen und den Ergebnissen	/	Plenum	Hier soll gezeigt werden, dass die eigene Einschätzung mit der Realität oft nicht übereinstimmt.

Tabelle 1: Planungsmatrix 1. Einheit (eigene Darstellung)

4.1.3 Ablauf der Stunde

Einstieg

Der Einstieg erfolgt über die Methode „Positionslinie“. Dabei ist die eigene Einschätzung der Schüler/innen bezüglich ihres ökologischen Fußabdrucks gefragt. Dazu werden die Tische zur Seite gestellt, damit von der hinteren bis zur vorderen Wand eine Linie geklebt oder gespannt werden kann. Die Wand an der die Tafel bedeutet „trifft sehr zu“, die Wand gegenüber „trifft wenig bis gar nicht zu“. Der Raum dazwischen stellt eine Skala dar, die

stufenlos von den Lernenden gewählt werden kann. Nun sollen sich die Schüler/innen zu Aussagen der Lehrperson auf der Linie positionieren. Insgesamt werden vier Aussagen zum Thema geäußert, anhand derer die Schüler/innen ihr Verhalten kurz reflektieren und sich entsprechend im Raum aufstellen.

Diese lauten:

- Ich achte darauf, das Fahrrad zu benützen oder zu Fuß zu gehen, anstatt meine Eltern zu bitten, mich mit dem Auto zu fahren.
- Ich versuche, Strom durch den Energiesparmodus (z.B. beim Fernsehen) zu sparen.
- Ich versuche, mit meinen Eltern vorwiegend biologische Lebensmittel zu kaufen.
- Ich achte darauf, nicht mehr Kleidung zu kaufen, als ich benötige.

Nach der Positionierung der Lernenden befragt die Lehrperson einzelne Schüler/innen, die ihren Standpunkt vertreten und begründen sollen. Nach der Methode folgt eine Gegenüberstellung der gesammelten Argumente im Plenum.

Eigene Lebensweise erörtern

Im Anschluss sollen die Schüler/innen ihre Smartphones zur Hand nehmen und die Seite www.eingutertag.org in ihrem Internetbrowser öffnen. Auf dieser Internetseite können die Schüler/innen die Tätigkeiten des Alltags sowie konsumierte Produkte eingeben. Dafür erhalten sie im Anschluss eine Punktebewertung. Der Wert 100 entspricht dabei 6,8 kg CO_2, was jenen Wert darstellt, welchen jeder Mensch verbrauchen darf, um klimaneutral zu leben. Während der Eingabe der Daten liefert die Homepage zahlreiche detaillierte Informationen zum Ressourcenverbrauch der einzelnen Tätigkeiten und Produkten. Die Kategorien sind zum Großteil selbsterklärend, weshalb die Lernenden diese Aufgabe selbstständig lösen sollen. Wichtig zu erwähnen ist, dass noch bei der Bearbeitung der Tätigkeit angezeigt wird, um wie viel sich die Punktzahl bei entsprechender Häufigkeit oder Menge erhöht.

Am Ende ergibt sich ein errechneter Wert, welcher den Schüler/innen zeigen soll, ob bzw. wie sehr ihr Lebensstil die natürlich Ressourcen des Planeten strapaziert.

Nachdem die Berechnungen abgeschlossen sind, sollen die Hintergrundinformationen des Konzepts unter dem Reiter „Die Idee“ gelesen werden. Zum Abschluss werden die unterschiedlichen Punktergebnisse der Schüler/innen im Plenum verglichen.

Abschluss

Danach folgt eine Reflexion im Plenum, in der die Erwartungen mit den Ergebnissen gegenübergestellt werden.

Mögliche Fragen wären:

- Stimmte eure Einschätzung über euren Ressourcenverbrauch mit den Punkteergebnissen überein?
- Gab es Produkte oder Tätigkeiten, die für euch besonders ins Gewicht gefallen sind?
- In welchen Tätigkeiten oder Produkten seht ihr Potential, den eigenen Ressourcenverbrauch zu senken?

Sollte noch Zeit zur Verfügung stehen, kann auch noch ein Ausblick auf die folgende Stunde gegeben werden, um das Interesse der Schüler/innen zu wecken.

4.2 Einheit 2: „Green Growth und klimapolitische Instrumente“

4.2.1 Fachdidaktische Kurzanalyse

Thema und Lehrplanbezug

Die zweite Stunde dieses Unterrichtsentwurfes schließt thematisch direkt an die erste Stunde an und handelt von dem Thema „Green-Growth“ und aktuellen politischen Maßnahmen, welche eine Eindämmung des Klimawandels herbeiführen sollen. Nach einer Inputphase zum Thema „Green Growth“ und zu Instrumenten, welche dazu beitragen sollen, den Klimawandel zu stoppen, wird in einem Simulationsspiel von den Schüler/innen verlangt, Positionen von Unternehmer/innen und ganzen Staaten als Entscheidungsträger im Spannungsfeld zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen zu übernehmen, um dadurch einen mehrperspektivischen Blick auf die komplexen Zusammenhänge zu bekommen. Dazu lernen die Schüler/innen in den Simulationen, wie die aktuell vorhandenen klima- bzw. wirtschaftspolitischen Instrumente im Rahmen der „Green-Growth-Ziele“

eingesetzt werden können. Es kommt auch zu einer Wiederholung und Sicherung des Wissens, da Schüler/innen im Hinblick auf die erste Stunde erörtern sollen, welche Folgen eine CO_2-Steuer auf ihre Lebensweise hätte. Dieses Thema eignet sich erneut für den Themenbereich „Chancen und Gefahren der Globalisierung". Ein kompetenzorientiertes Lernziel aus dem Lehrplan wäre: „Strategien individuell, betrieblich und gesellschaftlich nachhaltigen Handelns entwickeln".

8. Klasse – Kompetenzmodul 7

7. Semester

„Lokal – regional – global: Vernetzungen – Wahrnehmungen – Konflikte"

- Chancen und Gefahren der Globalisierung erörtern
    - Strategien individuell, betrieblich und gesellschaftlich nachhaltigen Handelns entwickeln

Lernziele:

Anforderungsbereich I:

- Ich kann wesentliche Merkmale des „Green Growth" erklären.
- Ich kann wesentliche klimapolitische Maßnahmen erklären.

Anforderungsbereich II:

- Ich kann anhand des Simulationsspiels die Auswirkungen der Co_2-Steuer auf Unternehmer/innen und mich selbst analysieren.
- Ich kann anhand des Simulationsspiels die Auswirkungen des Emissionshandels auf Unternehmer/innen analysieren.

Anforderungsbereich III:

- Ich kann über die Auswirkungen der Co_2-Steuer und des Emissionshandel aus Sicht eines/r Unternehmer/in Stellung beziehen und über die Ambivalenz dieser Thematik reflektieren und diskutieren.
- Ich kann eine eigene Meinung über die Co_2-Steuer und den Emissionshandel formulieren und begründen.

Vermittlungsinteressen:

In dieser Stunde steht das „praktische Vermittlungsinteresse“ im Vordergrund, da die Schüler/innen in einem Simulationsspiel als aktive Akteure der Wirtschaft agieren müssen. Aber auch das „kritisch-emanzipatorische Vermittlungsinteresse“ wird in dieser Einheit angesprochen, da zwischen den Simulationen und am Ende der Einheit eine reflexive Aufarbeitung des Geschehenen stattfindet und die Schüler/innen ihr eigenes Handeln hinterfragen müssen.

4.2.2 Planungsmatrix

Zeit	Lehrer* innenaktivität	Schüler* innenaktivität	Medien	Sozial-form	methodische Erläuterungen
ca. 10 min	Inputphase: Stellt das Modell „Green Growth“ vor und aktiviert Vorwissen der SuS zu klimapolitischen Instrumenten	aktive Wortmeldungen	Tafel Beamer	L-S-Gespräch	Einzelne Begriffe der Wortmeldungen können schriftlich auf der Tafel festgehalten werden, um einer gemeinsamen Definition näherzukommen.
max. 10-12 min	Lehrperson teilt die Unterlagen aus und teilt Gruppen ein Danach moderiert sie die Simulation.	Gruppen werden gebildet Die Rollen von Akteur/innen der Industrie sollen eingenommen werden .	Materialien zur Simulation	**Gruppenarbeit**: Simulation: Emissionshandel	SuS sollen lernen, welche Auswirkungen der Emissionshandel auf Unternehmen hat. Sie können den Verlauf aktiv durch ihre Handlungen (Investitionen) beeinflussen.
ca. 5-7 min	Die Lehrperson beendet die erste Simulation und moderiert eine kurze Reflexionsphase. Im Anschluss erklärt sie den Ablauf der zweiten Simulation.	Der Simulationsprozess wird anhand der Fragestellungen reflektiert. Die zweite Simulation wird vorbereitet.	Materialien zur Simulation Tafel	L-S-Gespräch	Das eigene Handeln soll reflektiert werden. Die SuS sollen möglichst genau auf die Simulation vorbereitet werden, um Unterbrechungen während dem Spiel vorzubeugen. Wichtige Aussagen

					zur Reflexion können auf der Tafel gesammelt werden.
ca. 10-12 min	Die Lehrperson gibt die Anweisungen und moderiert die zweite Simulation	Die SuS reagieren individuell auf die sich ändernden Anforderungen während der Simulation.	Materialien zur Simulation	**Gruppenarbeit**: Simulation: Co_2-Handel	In der Simulation ist es wichtig, vorausschauend zu agieren. Die SuS wissen nicht, wie sich die Steuer von Runde zu Runde entwickelt.
ca. 5 min	Die Lehrperson beendet die zweite Simulation, und moderiert mittels Fragen eine zweite Reflexionsphase	Die zweite Simulation wird reflektiert	Tafel	L-S-Gespräch	Wichtige Aussagen zur Reflexion können auf der Tafel gesammelt werden.
ca. 5-7min	Lehrperson moderiert die Abschlussreflexion und schreibt Pro- und Kontra-Argumente auf die Tafel Lehrperson versucht die SuS zu einer Endbewertung zu bewegen	SuS nehmen Stellung zum Arbeitsprozess und bewerten die Instrumente	Tafel	Plenum	Hier soll eine Bewertung der beiden Instrumente vorgenommen werden.

Tabelle 2: Planungsmatrix 2. Einheit (eigene Darstellung)

4.2.3 Ablauf der Stunde

Einstieg

Zum Einstieg stellt die Lehrperson zunächst wesentliche Merkmale des „Green Growth“ vor und geht auf die historischen Meilensteine ein. Hauptaugenmerk liegt auf der Umsetzung von Green Growth mittels unterschiedlicher Instrumente. Dazu erläutert der/die Lehrer/in wichtige klimapolitische Instrumente und wie diese funktionieren. Die Lehrperson erklärt daraufhin, dass im Rahmen des „Grünen Wachstums“ aktuell versucht wird, ohne das Wachstum der Wirtschaft zu beeinträchtigen, „Klimaneutralität“ anzustreben. Dafür sind der europäische Emissionshandel und die CO_2-Steuer wichtige Instrumente. Zur Unterstützung kann auch das Informationsvideo des deutschen Umweltbundesamtes über den

Emissionshandel gezeigt werden.[6] Im Anschluss werden mittels der Methode „Blitzlicht“ Wortmeldungen zu folgenden Fragen auf der Tafel festgehalten:

- Ist es überhaupt notwendig, dass die Politik eingreift?
- Wie schätzt ihr die Erfolgswahrscheinlichkeit von einer CO_2-Steuer oder dem Emissionshandel ein?
- Kann Klimaneutralität ohne Einbußen im Wirtschaftswachstum gelingen?

Nach einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse wird die Arbeitsphase erklärt. Schüler/innen sollen in Fünfer-Gruppen innerhalb von drei Runden in einem Spiel die Funktion der beiden Instrumente simulieren. Dabei sollen sie in die Rolle von Unternehmer/innen schlüpfen, die bestimmte Güter produzieren, welche in der Produktion CO_2 ausstoßen. Mit Hilfe der Infokarten (welche ebenso wie die Zertifikate unter dem Punkt „Materialien“ zu finden sind) können die Lernenden alle relevanten Daten, wie beispielsweise den Wert der CO_2-Emissionen, die Kosten, sowie den Gewinn des Produkts in Erfahrung bringen. Auch die Kosten für eine mögliche CO_2-Reduktion sind angegeben. Die Simulation soll zeigen, wie die Instrumente externe zu internen Klimakosten der CO_2-Emissionen umwandeln. Dazu müssen die Lernenden analysieren, ob sie die Kosten einer Versteuerung der CO_2-Emissionen in Kauf nehmen oder in nötige Maßnahmen der Reduktion Geld investieren wollen.

Das Simulationsspiel (Quelle: BMU 2019)

Das folgende Simulationsspiel wurde zu großen Teilen dem Vorschlag des deutschen BMU (vgl. BMU 2019) entnommen. Insbesondere die Materialien wurden für diese Arbeit nicht verändert. Etwaige Änderungen des Spielablaufes sind im Text vermerkt.

Station I: Emissionshandel

Zunächst simulieren die Gruppen den Emissionshandel (Materialien s. Anhang), indem sie in jeder Runde die Aufgabe erhalten, für den eigenen CO_2-Ausstoß die entsprechende Zahl an Zertifikaten herzuzeigen. Wenn dies nicht gelingt, muss eine Strafe entrichtet werden.

[6] Video abrufbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/themen/wie-funktioniert-der-emissionshandel. (30.01.2020)

Mögliche Strafen sind dabei Geldstrafen, oder von der Lehrperson ausgesprochene Handelsverbote (vgl. BMU 2019).

Die Zertifikate werden am Beginn jeder Runde an die Gruppen ausgehändigt, welche je nach Bedarf zunächst gehandelt werden. Dabei soll jede Gruppe am Ende jeder Runde genügend Zertifikate übrig haben. Sollte kein Handel zustande kommen, besteht die Möglichkeit einmalig in eine Modernisierung zu investieren. Dadurch werden die Emissionen sofort reduziert, was den Bedarf an Zertifikaten verringert (vgl. BMU 2019).

Die Simulation kann laut BMU um den Faktor Geld erweitert werden. Da es sich hier um eine 8. Klasse handelt, kann auch der erste Versuch (im Gegensatz zu den Empfehlungen des BMU) durch eine Begrenzung des Budgets absolviert werden.

Sollte sich die Lehrperson dazu entscheiden das Geld zu vernachlässigen, wird den Gruppen ein unendliches Budget zur Verfügung gestellt.

Entscheidet sich die Lehrperson allerdings dafür das Geld miteinzubeziehen, wird das Ausgangsbudget als Resultat der auf den Infokarten ersichtlichen Faktoren mit der Formel „Gewinn minus Kosten“ errechnet (vgl. BMU 2019).

Die Simulation dauert drei Runden, in welchen zu Beginn unterschiedlich viele Zertifikate ausgehändigt werden:

Runde	Zertifikate	Bemerkung
1	15 insgesamt 3 pro Gruppe	• Anzahl = Menge der CO_2-Emissionen • Handel ist erforderlich • Modernisierung möglich aber nicht notwendig
2	20 insgesamt 4 pro Gruppe	• Zu viele Zertifikate sind im Umlauf • Weder Modernisierung noch Handel ist notwendig
3	10 insgesamt 2 pro Gruppe	• Zu wenig Zertifikate sind im Umlauf • Alle Gruppen müssen handeln und überlegen, ob in eine Modernisierung investiert werden soll

Tabelle 3: Ablauf der Simulation 1 (eigene Darstellung (vgl. BMU 2019))

Nach der dritten Runde sollen die Schüler/innen die Simulation des Emissionshandels reflektieren sowie die Beobachtungen und die Ergebnisse zu folgenden Fragen erörtern:

- Wie wirkt sich der Emissionshandel in den unterschiedlichen Runden aus?
- Was sind die Folgen, wenn zu viele oder zu wenige Zertifikate im Umlauf sind?
- Wie wirken sich Sanktionen (wenn es zu welchen kam) aus (vgl. BMU)?

Die Wortmeldungen werden auf der Tafel gesammelt.

Station II: CO_2-Steuer

Nun beginnt die zweite Simulation zur CO_2-Steuer. Die Gruppen bleiben (wie in der Angabe des BMU) in der aktuellen Konstellation bestehen. Für diese Simulation, welche ebenfalls drei Runden dauert, erhöht die Lehrperson die Abgabe, welche von den Unternehmen entrichtet werden müssen (vgl. BMU 2019).

Runde	Bemerkung
1	Für jedes CO_2-Symbol muss das jeweilige Unternehmen 0,25 Einheiten des fiktiven Geldes bezahlen.
2	Für jedes CO_2-Symbol muss das jeweilige Unternehmen 0,5 Einheiten des fiktiven Geldes bezahlen.
3	Für jedes CO_2-Symbol muss das jeweilige Unternehmen 1 Einheit des fiktiven Geldes bezahlen.

Tabelle 4: Ablauf der Simulation 1 (eigene Darstellung (vgl. BMU 2019))

Das verfügbare Geld vor der ersten Runde wird anhand der zuvor genannten Berechnungsmethode aufgeschrieben. Die Lernenden haben die Möglichkeit, vor jeder Runde zu überlegen, ob sie einmalig in eine Modernisierung investieren wollen, oder lieber die Abgabe zahlen. Bei einer Nichterbringung der Steuern drohen Geldstrafen. Die Entscheidungen werden auf der Tafel von der Lehrperson festgehalten. Nach der letzten Runde haben die Schüler/innen wieder die Möglichkeit, anhand folgender Fragestellungen die Simulation zu reflektieren:

- Wie wirkte sich die CO_2-Steuer in Runde 1,2 und 3 aus?
- Was waren die Folgen von zu niedrigen und zu hohen Steuern?
- Was waren die Folgen von Sanktionen?

Die relevantesten Aussagen werden wieder auf der Tafel gesammelt (vgl. BMU 2019).

Abschluss

Danach folgen eine Besprechung, eine Bewertung und ein Vergleich der beiden Instrumente im Plenum. Dabei soll vor allem auf die drei wesentlichen Aspekte des Nachhaltigkeitsdreiecks (sozial, ökologisch, ökonomisch) eingegangen werden (vgl. BMU). Am Ende stellt die Lehrperson die Frage an die Schüler/innen, was sie davon halten würden, wenn beispielsweise eine CO_2-Steuer auf Basis der Punktebewertung aus der ersten Stunde für jede/n Einzelne/n eingeführt werden würde. Wenn noch Zeit vorhanden ist, können die Pro- und Kontra-Argumente auf der Tafel festgehalten werden.

4.3 Einheit 3: „Die Gemeinwohl-Ökonomie als Alternative?“

4.3.1 Fachdidaktische Kurzanalyse

Thema und Lehrplanbezug

Diese Einheit hat zum Ziel, die „Gemeinwohl-Ökonomie“ als Gegenvorschlag zur Marktwirtschaft zu denken. Dazu wird mittels eines Video-Inputs über die „Gemeinwohl-Ökonomie“ die Aufgabe gegeben, eine umfassende Analyse dieses Konzepts in Gruppenarbeit durchzuführen. Die Analyse stellt mittels der Methode „Gruppen-Puzzle“ die Anforderungen an die Schüler/innen, die Texte genau zu lesen, um die wesentlichen Aussagen in Bezug auf die geforderten Erkenntnisse erörtern zu können. Ziel ist, dass die Schüler/innen im Anschluss eine konkrete Vorstellung vom Aufbau, von der Idee und der (künftigen) Umsetzung der „Gemeinwohl-Ökonomie“ haben und die Vor- und Nachteile dieser nennen und begründen können.

Dieses Thema eignet sich besonders für den Themenbereich ,,Politische und ökonomische Systeme vergleichen“. Ein kompetenzorientiertes Lernziel aus diesem Themenfeld wäre: „Unterschiedliche Wirtschafts- und Regulierungsmodelle vergleichen“.

8. Klasse – Kompetenzmodul 7

7. Semester

„Lokal – regional – global: Vernetzungen – Wahrnehmungen – Konflikte“

- Politische und ökonomische Systeme vergleichen
    - Unterschiedliche Wirtschafts- und Regulierungsmodelle vergleichen

Lernziele:

Anforderungsbereich I:

- Ich kann wesentliche Merkmale der „Gemeinwohl-Ökonomie“ erklären.

Anforderungsbereich II:

- Ich kann die Vor- und Nachteile der „Gemeinwohl-Ökonomie“ anhand mehrerer Zeitungsartikel analysieren.
- Ich kann meine Meinung zu alternativen Wirtschaftsmodellen wie der „Gemeinwohl-Ökonomie“ begründen.

Anforderungsbereich III:

- Ich kann über mögliche Auswirkungen der „Gemeinwohl-Ökonomie“ auf Arbeitgeber/in oder Arbeitnehmer/in reflektieren und diskutieren.
- Ich kann zu kritischen Aussagen zur „Gemeinwohl-Ökonomie“ Stellung beziehen.

Vermittlungsinteressen:

Auch in dieser Einheit stehen das „praktische Vermittlungsinteresse“ sowie das „kritisch-emanzipatorische Vermittlungsinteresse“ im Vordergrund.

Das praktische Vermittlungsinteresse wird vor allem während der Methode „Gruppen-Puzzle“ gefördert, da Schüler/innen hier in der Gruppe durch die Analyse der Artikel selbst zu Erkenntnissen über die wesentlichen Merkmale der „Gemeinwohl-Ökonomie“ gelangen und in einer Diskussion Kompromisse eingehen müssen.

Auch das „kritisch-emanzipatorische Vermittlungsinteresse“ wird in dieser Einheit thematisiert. Die Erkenntnisse aus dem Arbeitsprozess sollen auf einem Arbeitsblatt, welches zur Diskussion anregende Fragestellungen enthält, zunächst festgehalten werden und im Anschluss diskutiert werden. Dabei steht die Reflexion über das neue Wirtschaftsmodell im Zentrum.

4.3.2 Planungsmatrix

Zeit	Lehrer*innenaktivität	Schüler*innenaktivität	Medien	Sozialform	methodische Erläuterungen
ca.10min	Die Lehrperson erklärt den Ablauf und zeigt das Video „GWÖ kurz erklärt“. + Beantwortung von Fragen bei Unklarheiten	Aufnahme der Informationen zum Thema „Gemeinwohl-Ökonomie)	Beamer		Die SuS erhalten erste Einblicke in das Modell der GWÖ.
max.13m	Erklärung des Ablaufs, Einteilung in	Gruppenbildung und Aufnahme der Informationen	Zeitungsartikel	**Gruppenpuzzle** „Stammgruppe“	Die SuS lesen in ihrer Stammgruppe den

in	Gruppen	durch die Zeitungsartikel	Arbeitsblatt		zugeteilten Zeitungsartikel und arbeiten Fragestellungen anhand ihres Arbeitsblattes aus.
ca. 13 min	Die Lehrperson moderiert die neue Gruppenbildung	Die Schüler/innen formen eine neue Gruppe und präsentieren nun die Ergebnisse aus ihrer Stammgruppe.	Arbeitsblatt	**Gruppenpuzzle** „Expert/innengruppe“	Da die Fragestellungen ident sind, können sich die SuS in den Expert/innengruppen gegenseitig ergänzen, falls Fragen in bestimmten Artikeln nicht oder nur unzureichend beantwortet wurden.
ca.15min	Die Lehrperson geht auf Fragen ein und moderiert die Analyse der Gruppenarbeit. Die Lehrperson hält die wichtigsten Ergebnisse mittels Clustering an der Tafel fest.	Die SuS finden sich wieder in ihren Stammgruppen zusammen und vergleichen und analysieren die Ergebnisse, welche sie aus den unterschiedlichen Expert/innengruppen in Erfahrung gebracht haben.	Tafel	**L-S-Gespräch** **Clustering** an der Tafel	Hier steht die Reflexion der einzelnen Arbeitsergebnisse im Fokus. Da jede/r SuS als Expert/in fungierte, sollte sich jede/r beteiligen können.

Tabelle 5: Planungsmatrix 3. Einheit (eigene Darstellung)

4.3.3 Ablauf der Stunde

Einstieg

Der Einstieg erfolgt über ein kurzes Youtube-Video (zu finden unter dem Suchbegriff „GWÖ kurz erklärt“). Nach der Sichtung sollen die Inhalte des Videos im Plenum thematisiert werden.

Gruppen-Puzzle

Für die Methode „Gruppen-Puzzle“ werden die Schüler/innen zunächst in vier Gruppen eingeteilt. Pro Gruppe wird einer von vier Zeitungsartikeln ausgeteilt, welcher zunächst in Einzelarbeit gelesen und in weiterer Folge zusammen anhand des Arbeitsblattes analysiert werden soll. Anschließend werden die Ergebnisse innerhalb der Gruppe diskutiert und die entsprechenden Resultate auf dem Arbeitsblatt vermerkt. Ziel ist es, dass sämtliche Schüler/innen an der Ausarbeitung der Fragen beteiligt sind und ihre Standpunkte in den Arbeitsprozess einbringen.

Im Anschluss werden die Gruppen (bestehend aus je einem bis zwei Mitgliedern der bestehenden Gruppen) neu gebildet, wodurch jedes Gruppenmitglied zu einem/r „Experten/in“ wird, welche/r die Resultate nun präsentieren muss. Um diese Gruppen zu bilden verteilt die Lehrperson innerhalb der Stammgruppen Buchstaben oder Farbsticker. In den Expert/innengruppen werden nun die jeweiligen Resultate untereinander präsentiert und verglichen. Die Lehrperson gibt bei etwaigen Fragen Hilfestellungen.

Anschließend finden sich die Stammgruppen wieder zusammen und die zusätzlichen Informationen und Ergebnisse werden ausgetauscht und auf dem Arbeitsblatt niedergeschrieben.

Ergebnissicherung

Zum Abschluss werden die Ergebnisse im Plenum analysiert, indem die Ergebnisse des Arbeitsblattes gemeinsam analysiert werden.

4.4 Einheit 4: „Und was sagen andere Wissenschaftler/innen? (Synthesestunde)“

4.4.1 Fachdidaktische Kurzanalyse

Thema und Lehrplanbezug

Die vierte Unterrichtsstunde schließt direkt an die dritte Einheit an und soll als abschließende Synthesestunde fungieren. Nach einer kurzen Wiederholung der ersten drei Einheiten steht neben einer Vertiefung der „Gemeinwohl-Ökonomie“, eine Auseinandersetzung mit weiteren alternativen Wirtschaftsmodellen im Vordergrund. Ziel ist es, dass die Schüler/innen am Ende der Stunde auch die weiteren im theoretischen Teil

dieser Arbeit thematisierten Wirtschaftsmodelle benennen – die Ansätze der jeweiligen Vertreter/innen erklären – und der „Gemeinwohl-Ökonomie“ bzw. der Marktwirtschaft gegenüberstellen können.

Dieses Thema eignet sich wie die dritte Einheit besonders für den Themenbereich ,,Politische und ökonomische Systeme vergleichen“. Ein kompetenzorientiertes Lernziel aus diesem Themenfeld wäre: „Unterschiedliche Wirtschafts- und Regulierungsmodelle vergleichen“.

8. Klasse – Kompetenzmodul 7

7. Semester

„Lokal – regional – global: Vernetzungen – Wahrnehmungen – Konflikte“

- Politische und ökonomische Systeme vergleichen
    - Unterschiedliche Wirtschafts- und Regulierungsmodelle vergleichen

Lernziele:

Anforderungsbereich I:

- Ich kann die Grundbegriffe der letzten drei Stunden erklären.
- Ich kann die Ansätze von Niko Paech, Paul Mason und Christian Felber erklären.

Anforderungsbereich II:

- Ich kann anhand eines Clusterings die wesentlichen Unterschiede zwischen den Wirtschaftsmodellen „Marktwirtschaft“, „Gemeinwohl-Ökonomie“, „Postwachstumsökonomie“ und „Postkapitalismus“ erläutern.

Anforderungsbereich III:

- Ich kann mit anderen Personen fachlich fundiert über relevante Inhalte der „Gemeinwohl-Ökonomie“, der „Postwachstumsökonomie“, des „Postkapitalismus“ sowie der Marktwirtschaft und unterschiedlichen dort vorherrschenden Ansichten diskutieren.

Vermittlungsinteressen:

In dieser Stunde steht das „praktische Vermittlungsinteresse“ durch die Partner/innen-Arbeit und deren handlungsorientierte Aufgabenstellung im Zentrum. Dabei sollen die Schüler/innen mittels ihrer erworbenen Kompetenzen sowie ihres Wissens, welches sie in letzten Stunden erworben haben, die Fragestellungen beantworten und präsentieren.

Erneut wird auch das „kritisch-emanzipatorische Vermittlungsinteresse“ in dieser Einheit thematisiert. Die kritische Betrachtung der Wirtschaftsmodelle steht ebenfalls in der Partner/innen Arbeit im Vordergrund.

4.4.2 Planungsmatrix

Zeit	Lehrer*innenaktivität	Schüler*innenaktivität	Medien	Sozial-form	didaktische Erläuterungen
ca. 5 min	Wiederholung der letzte Einheiten	aktive Wortmeldungen SuS versuchen aus ihrem in den letzten Stunden erworbenen Wissen Antworten auf die Fragen des/der Lehrers/Lehrerin zu geben.	**Tafel**: Zentrale Grundbegriffe, welche von den SuS erwähnt werden, sind schriftlich festzuhalten.	**Clustering I**	Die SuS sollen ihr erworbenes Wissen der vergangenen Stunden durch gezielte Fragen des/der Lehrers/Lehrerin reaktivieren.
max. 5 min	Vorbereitung + Ergänzung für die Synthese	SuS bekommen einen weiteren Input zum Thema „Gemeinwohl-Ökonomie“. Anschließend wird die Aufgabenstellung präsentiert.	Tafel, Arbeitsblatt	**L-S Gespräch**	SuS erhalten Informationen zum Thema und werden anschließend auf die Partner/innen vorbereitet.
ca. 10 min	Die Lehrperson steht für Fragen zur Verfügung, greift in den Prozess allerdings nicht ein.	Die SuS sichten den Artikel und untersuchen ihn auf Punkte, welche für die Rettung der Umwelt relevant sein könnten.	Arbeitsblatt	**Partner/innen-Arbeit**	Die SuS sollen die Eckpunkte explizit auf Punkte analysieren, welche Relevanz für die Umwelt haben könnten.
ca. 12 min	Die Lehrperson teilt das zweite Arbeitsblatt „Was sagen andere Wissenschaftler/innen“ aus und	Die SuS erhalten das zweite Arbeitsblatt und untersuchen die Gegenüberstellung der Ansätze auf	Arbeitsblatt	**Partner/innen-Arbeit**	Die SuS bekommen einen Überblick über weitere alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell

	thematisiert alternative Ansätze im Plenum Ergänzend erklärt sie Einzelheiten zu den Modellen.	Unterschiede in Bezug auf den Klimawandel.			e.
ca.5 -10 min	Die Lehrperson schreibt die Wortmeldungen der SuS an die Tafel und antwortet auf Fragen.	Die SuS bringen ihre Erkenntnisse ein.	**Tafel:** Ansätze und Überlegungen zur Eindämmung des Klimawandels werden an der Tafel festgehalten.	**Clustering II**	Die SuS sollen ihre erworbenen Kompetenzen und ihr Wissen über unterschiedliche Ansätze einbringen.
ca. 10 min	Die Lehrperson moderiert eine Abschlussreflexion.	Aktive Wortmeldungen		**L-S Gespräch**	Die SuS reflektieren abschließend die letzten vier Einheiten.

Tabelle 6: Planungsmatrix 4. Einheit (eigene Darstellung)

4.4.3 Ablauf der Stunde

Einstieg / Clustering I

Zum Einstieg werden zunächst die Inhalte und Resultate der letzten drei Stunden in einem Lehrer/innen-Schüler/innen-Gespräch wiederholt. Durch die Methode „Clustering“ werden die Inhalte gemeinsam mit den Schüler/innen an der Tafel geordnet und gegenübergestellt. Dabei soll ein möglichst dicht beschriebenes Tafelbild auf einer Seite der Tafel entstehen, welches der Wissenssicherung dient. Die andere Hälfte der Tafel bleibt vorerst frei.

Fragen, welche während des Prozesses auftauchen, werden möglichst gemeinsam beantwortet und die Antworten, wenn passend, graphisch in den Cluster integriert.

Input-Phase 1

Den Schüler/innen werden nun insgesamt vier Arbeitsblätter jeweils zu zweit ausgeteilt, welche Arbeitsanweisungen enthalten und die 20 Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie ausführlich erklären. Die Aufgabe für die Schüler/innen besteht nicht darin, die inhaltlichen Eckpunkte genau zu analysieren, sondern diese zunächst im Überblick zu sichten und all jene

Punkte zu markieren, welche langfristig Auswirkungen auf ein nachhaltigeres Leben und somit auf den Klimawandel haben könnten.

Input-Phase 2

Die Schüler/innen erhalten nun ein weiteres Arbeitsblatt, welches eine kurze Gegenüberstellung der Modelle „Gemeinwohl-Ökonomie“, „Postkapitalismus“ und „Postwachstumsökonomie“ enthält. Ziel ist hier, weitere Alternativen zur Marktwirtschaft aufzuzeigen und deren Ansätze in Bezug auf die Eindämmung des Klimawandels zu veranschaulichen.

Clustering II

Nun soll das Clustering an der Tafel vervollständigt werden. Erneut sollen mittels dieser Methode die Ansätze und Überlegungen zur Eindämmung des Klimawandels an der Tafel gesammelt werden.

Wissenssicherung / Abschlussreflexion

Die Schüler/innen nehmen nun die Unterlagen der vier Einheiten zur Hand. Es folgt eine Abschlussreflexion im Plenum, in der die Erkenntnisse in Bezug auf (alternative) Wirtschaftsmodelle, deren mögliche Auswirkungen auf den Klimawandel, aber auch auf die Gesellschaft wiederholt und diskutiert werden. Wichtig ist hier, dass die Lehrperson darauf besteht, dass die Schüler/innen ihre Positionen begründen. Das Tafelbild kann am Ende der Stunde von den Schüler/innen fotografiert werden.

4.5 Zusammenfassung und Fazit

Die abschließende Zusammenfassung soll als Antwort auf die zweite Forschungsfrage dienen:

Wie können diese Erkenntnisse mittels eines kompetenzorientierten Unterrichts unter Berücksichtigung der Basiskonzepte „Mensch-Umwelt-Beziehungen", „Wachstum und Krise", sowie „Nachhaltigkeit und Lebensqualität" in der 8. Klasse der AHS im Fach Geographie und Wirtschaftskunde vermittelt werden?

Zunächst wurden die Basiskonzepte sowie die Vermittlungsinteressen als Leitlinien der fachdidaktischen Umsetzung identifiziert. Vor allem die Basiskonzepte des neuen semestrierten Lehrplans ermöglichen eine erhöhte Freiheit der Lehrenden, einen stärkeren Alltags- und Lebensweltbezug des Unterrichts für Schüler/innen sowie eine stärkere Fach- und Wissenschaftsorientierung des Schulunterrichts. Die Vermittlungsinteressen wiederum unterstützen die Lehrenden vor allem bei der Strukturierung des Unterrichts und der Steuerung der Lehr- und Lernprozesse.

Die Gestaltung des Unterrichtsentwurfes wurde auf den Lehrplan, die Basiskonzepte und die Vermittlungsinteressen angepasst. Zudem wurden kompetenzorientierte Lernziele entsprechend ihrer Anforderungsbereiche formuliert. Daraus entstanden vier Unterrichtsstunden, welche mit einer kritischen Betrachtung der eigenen Lebensweise in Bezug auf den Klimawandel und einer Auseinandersetzung mit aktuellen klimapolitischen Entwicklungen beginnen. Darauf folgen die Instrumente der politischen Institutionen und deren Anwendung in der Praxis. Weiters wurde spezielles Augenmerk auf die „Gemeinwohl-Ökonomie" gelegt, welche aufgrund ihrer Umsetzung und der im theoretischen Teil beschriebenen vergleichsweise vielversprechenden Aussichten für eine Verwirklichung in größeren Dimensionen, für eine Schwerpunktsetzung innerhalb des Entwurfes ausgewählt wurde. Dieses Modell steht vor allem in den letzten beiden Unterrichtseinheiten im Fokus und soll auf seine Möglichkeiten, Chancen, Risiken und auch Folgen in politischer, gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Hinsicht analysiert werden. Neben der detaillierten Betrachtung der „Gemeinwohl-Ökonomie" wurde in der letzten Einheit zudem auch ein Einblick in die „Postwachstumsökonomie" sowie den „Postkapitalismus" gegeben.

Insgesamt sollen die Schüler/innen durch die Auseinandersetzung mit diesen alternativen Wirtschaftsformen dazu angeregt werden, die Werte der Marktwirtschaft und die Verschärfung des Klimawandels nicht als unveränderbar zu begreifen.

In diesem Unterrichtsentwurf bekommen die Schüler/innen die Möglichkeit, sich vielfältig in den Unterricht einzubringen, sei es durch kreative Aufgaben wie die künstlerische Gestaltung eines Plakates, durch Diskussionsbeiträge innerhalb einer Gruppe oder die Präsentation von Ergebnissen im Plenum.
Auch die Mehrperspektivität ist ein besonderes Merkmal dieses Unterrichtsentwurfes. Die Schüler/innen müssen mehrmals Stellung beziehen und unterschiedliche Sichtweisen betrachten. Hierbei ist nicht nur die Argumentation anhand eigener Interessen gefordert. Es wird darüber hinaus von ihnen verlangt, die Position anderer Akteure einzunehmen, deren Interessen möglicherweise nicht mit den eigenen übereinstimmen.
Insgesamt wurde versucht den kritischen Blick von jungen Menschen weiter zu schärfen und anstatt einer rein kritischen Betrachtung des Status quo, auch eine Alternative anzubieten, welche im öffentlichen Diskurs aktuell wenig Beachtung findet, jedoch aufgrund ihrer Aktualität zukunftsweisendes Potential aufweist.
Im Lehrplan für Geographie- und Wirtschaftskunde der AHS-Unterstufe wird festgehalten, dass der Mensch im Mittelpunkt steht – und dieser hat es in der Hand die Zukunft zu verändern.

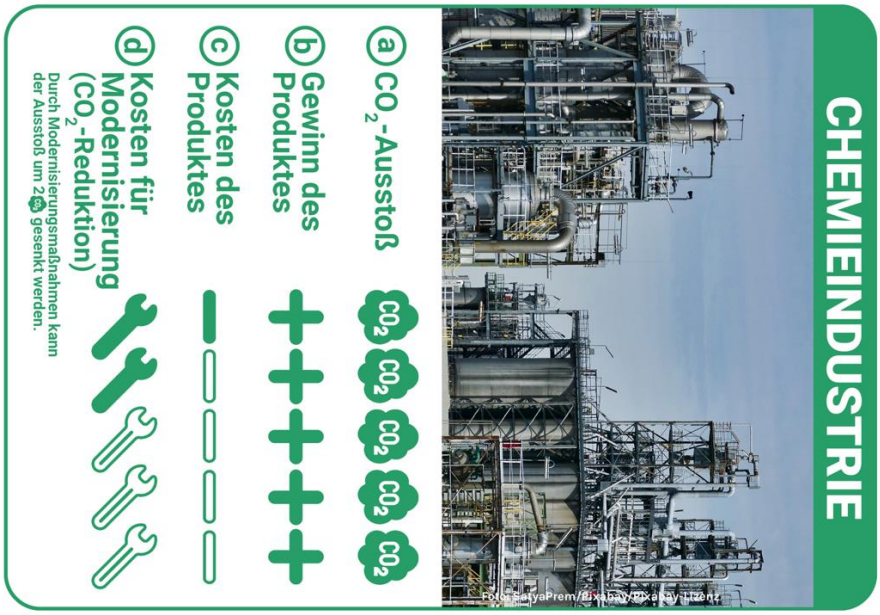
I Materialien

Einheit 1

– Keine Materialien

Einheit 2

Infokarten Industrieunternehmen[7]



[7] Erschienen bei Umwelt im Unterricht (www.umwelt-im-unterricht.de), Stand: 11/2019

Herausgeber: BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

METALLINDUSTRIE

Foto: Ibotkel/Pixabay/Pixabay-Lizenz

(a) CO_2-Ausstoß	CO_2 CO_2 CO_2 CO_2 CO_2
(b) Gewinn des Produktes	+ + + + +
(c) Kosten des Produktes	− − − − −
(d) Kosten für Modernisierung (CO_2-Reduktion)	

Durch Modernisierungsmaßnahmen kann der Ausstoß um 2 CO_2 gesenkt werden.

LEBENSMITTELINDUSTRIE

Foto: 27707/Pixabay/Pixabay-Lizenz

(a) CO_2-Ausstoß	CO_2 CO_2 CO_2 CO_2 CO_2
(b) Gewinn des Produktes	+ + + + +
(c) Kosten des Produktes	− − − − −
(d) Kosten für Modernisierung (CO_2-Reduktion)	

Durch Modernisierungsmaßnahmen kann der Ausstoß um 2 CO_2 gesenkt werden.

HOLZINDUSTRIE

ⓐ CO_2-Ausstoß — CO_2 CO_2 CO_2 CO_2 CO_2

ⓑ Gewinn des Produktes — + + + + +

ⓒ Kosten des Produktes — − − − − −

ⓓ Kosten für Modernisierung (CO_2-Reduktion)

Durch Modernisierungsmaßnahmen kann der Ausstoß um 2 CO_2 gesenkt werden.

BEKLEIDUNGSINDUSTRIE

ⓐ CO_2-Ausstoß — CO_2 CO_2 CO_2 CO_2 CO_2

ⓑ Gewinn des Produktes — + + + + +

ⓒ Kosten des Produktes — − − − − −

ⓓ Kosten für Modernisierung (CO_2-Reduktion)

Durch Modernisierungsmaßnahmen kann der Ausstoß um 1 CO_2 gesenkt werden.

Emissionszertifikate:[8]

[8] Erschienen bei Umwelt im Unterricht (www.umwelt-im-unterricht.de), Stand: 11/2019
Herausgeber: BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

Einheit 3

Abkehr vom bloßen Gewinndenken

(Artikel 1)

Gemeinwohl-Ökonomie setzt auf alternative Geschäftsberichte

Von Robert D. Meyer

(25. 04. 2013, Wirtschaft und Umwelt)

Geschäftsberichte analysieren bisher vor allem Umsatz- und Gewinnzahlen. Beim Modell der Gemeinwohlbilanz stehen dagegen ökologische und soziale Kriterien im Mittelpunkt des Unternehmertums.

Joachim Sroka ist auf den ersten Blick ein ganz normaler Kleinunternehmer. Der Geschäftsführer leitet eine Firma im beschaulichen Brandenburger Ort Kloster Lehnin, die sich auf Kleinwindenergieanlagen spezialisiert hat. Zum Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 370 000 Euro gehören fünf Mitarbeiter und eine 1400 Quadratmeter große Produktionshalle. Nach wirtschaftlichen Maßstäben gerechnet ist Sroka kein Schwergewicht der Branche.

Dafür ist er ein Vordenker. Anstatt seinen Blick in die Bilanz nur auf Umsatzzahlen und Gewinn zu fixieren, sind ihm die Auswirkungen seiner unternehmerischen Tätigkeit auf Kunden, Mitarbeiter, Zulieferer und die gesamte Umwelt wichtig. Sroka glänzt nicht durch Zahlenkolonnen in seiner Jahresbilanz, sondern legt großen Wert auf die Gemeinwohlbilanz.

»Bei all dem Profitstreben, das auch seine Berechtigung hat, gibt es andere Kriterien, die eine Rolle spielen müssen«, erklärt er. Wie diese aussehen könnten, beantwortet die Idee der Gemeinwohlökonomie des österreichischen Attac[1]-Mitbegründers und Wirtschaftsdozenten Christian Felber.

Gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern und unter Beteiligung von Unternehmen definierte Felber 20 Kriterien, die den Gemeinwohlbeitrag eines Unternehmens hinsichtlich sozialer und ökologischer Gesichtspunkte erfassen sollen.

Innerhalb dieser Kategorien werden wiederum einzelne Aspekte definiert, durch welche die Unternehmen Punkte sammeln. Die Gesamtpunktzahl ergibt schließlich die Gemeinwohlbilanz. Die abgefragten Kriterien sind sehr unterschiedlich.

Bei der Gemeinwohlbilanz interessiert nicht nur, wie umweltfreundlich ein Produkt entsteht, sondern auch wie groß der Lohnunterschied zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung ausfällt oder ob Mitarbeiter im eigenen ökologischen Verhalten gefördert werden, indem sie beispielsweise auf dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Arbeitsplatz kommen.

»Es handelt sich um eine Methode um Greenwashing[2] zu verhindern«, erklärt Johanna Paul vom Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie. Während Unter-nehmen in ihren eigenen Nachhaltigkeitsberichten oft nur auf einzelne positive Aspekte verweisen und sich damit mehr um ihr Marketing als um die Allgemeinheit sorgen, sind die Bewertungsmaßstäbe bei der Gemeinwohlbilanz umfassender.

Dadurch ließen sich Defizite innerhalb eines Unter-nehmens aufzeigen und Firmen branchenübergreifend miteinander vergleichen. Die Geschäftsführung eines Betriebs kann durch solch eine Bilanz nur lernen, findet Jochim Sroka, der zudem Mitglied im linken Wirtschaftsverband OWUS ist. Oft genügten bereits kleine Maßnahmen. So will Sroka die Geschäfte seiner Firma künftig über eine Ethikbank abwickeln und stärker mit regionalen Unternehmen zusammenarbeiten.

1) Attac ist eine globalisierungskritische Nichtregierungs-organisation, die sich für die Besteuerung von Finanz-transaktionen einsetzt.

2) Ist eine kritische Bezeichnung für Marketing- und PR-Maßnahmen, die darauf zielen, einem Unternehmen in der Öffentlichkeit ein umweltfreundliches und verantwortungsbewusstes Image zu verleihen, ohne dass es dafür eine hinreichende Grundlage gibt.

Quelle: **MEYER**, R.D. (2013): Abkehr vom bloßen Gewinndenken. In: Wirtschaft & Umwelt (25.04.2013). Online: https://www.neues-deutschland.de/artikel/819750.abkehr-vom-blossen-gewinndenken.html?sstr=gemeinwohl (30.12.2019)

Wenn Profit nicht alles ist

(Artikel 2)

Verfechter der Gemeinwohl-Ökonomie setzen auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie wollen die Schere zwischen Arm und Reich schließen. In der Praxis ist das nicht so einfach.

Von Anna Dreher

(4. Oktober 2017, Süddeutsche Zeitung: Wirtschaft)

Sepp Braun passt eigentlich nicht so wirklich dazu. Zumindest würden die meisten wohl nicht auf jemanden wie ihn kommen, wenn man sie in diesem speziellen Zusammenhang fragt. Braun besitzt 22 Milchkühe, Dutzende Hühner und eine Hofkäserei. Seit 29 Jahren führt der 58-Jährige in Freising einen Biolandhof.
Der Grundgedanke dieser Art der Landwirtschaft ist der einer regionalen Vernetzung, alles eng auf die Natur abgestimmt. Was soll er da noch groß besser machen? "Man könnte meinen, wir sind sowieso nachhaltig und müssen nichts verändern", sagt Braun. "Aber genau deshalb haben wir eine GWÖ-Bilanzierung durchgeführt und es ist interessant zu sehen, was noch alles möglich ist." Mit der Abkürzung GWÖ ist die Gemeinwohl-Ökonomie gemeint. Schon lange beschäftigen sich Ökonomen mit verschiedenen Wirtschaftsmodellen - die GWÖ ist eines davon. Nicht ein möglichst großer Finanzgewinn ist das Ziel, sondern die Steigerung des Gemeinwohls durch ökonomische, politische und gesellschaftliche Veränderungen. Wichtige Aspekte sind dabei Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Solidarität und demokratische Mitbestimmung.

Braun hat für diese Bilanz vor zwei Jahren alles hinterfragt, jeden noch so kleinen Bestandteil seiner landwirtschaftlichen Denkweise und Arbeit. "Unser Finanz- und Wirtschaftssystem ist nicht zukunftsfähig, wir leben über unsere Verhältnisse", sagt Braun. "Wir müssen alle gezielter an Nachhaltigkeit denken." Durch die GWÖ könne sich ein alternatives Netzwerk aufbauen. Das sei dann wie eine Lawine, die langfristig das bestehende System überrollt. Zumindest ist das die Hoffnung, die Braun in die Gemeinwohl-Ökonomie setzt. "Das gesellschaftliche Umdenken hat zum Glück schon angefangen", sagt Braun. "Sonst müsste man ja auch verzweifeln, wenn man sieht, was auf der ganzen Welt alles schief läuft."

Nicht nur das Ergebnis ist wichtig, sondern der Prozess

Ein Unternehmen hat auch eine Verantwortung für sein Umfeld, das ist der Grundgedanke. Ob es diese nach den Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie erfüllt, wird anhand einer Bilanzierung festgestellt. Dabei muss der Fragenkatalog der GWÖ detailliert beantwortet werden, mit Belegen und Begründungen.
Nach der Selbsteinschätzung folgt die Überprüfung und Zertifizierung durch externe Berater oder Auditoren aus regionalen Gruppen und Vereinen mit Punktevergabe. Finanzielle Aspekte spielen dabei weniger eine Rolle als sozial-ökologische. Dass dadurch das eigene Handeln stärker hinterfragt wird, zeigt: Nicht nur das Ergebnis ist wichtig, sondern der Prozess auf dem Weg dorthin.

Mit am bekanntesten hat diese Theorie der österreichische Attac-Gründer Christian Felber gemacht. Er war 2010 Mitgründer des Vereins zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie in Wien, mit dem Ansatz eine Alternative zum bestehenden System zu bilden. Inzwischen haben sich laut eigenen Angaben mehr als 2200 Unternehmen und mehr als 160 Organisationen der GWÖ angeschlossen, darunter das Outdoor-Unternehmen Vaude und die Tageszeitung *taz*.
In Bayern gibt es seit 2011 eine Gruppe, die sich dem gemeinwohlorientierten Wirtschaften widmet.

46 Unternehmen aus dem Freistaat Bayern sind der Initiative beigetreten, etwa genauso viele befinden sich noch im Prozess einer Bilanzierung. In Deutschland macht Bayern damit einen beachtlichen Anteil aus: Bundesweit haben etwa 100 Teilnehmer bilanziert und mehr als 100 tun es noch. Das Spektrum reicht von therapeutischen Praxen, Baufirmen, Dienstleistern und Unternehmensberatungen bis hin zu Gärtnereien und sozialen Einrichtungen wie der Herzogsägmühle der Diakonie im oberbayerischen Peiting. Hier entschloss man sich 2015 dazu, eine GWÖ-Bilanz zu erstellen. "Sogar der Papst hat gesagt: Diese Wirtschaft tötet.

"Man braucht schon auch Mut zur Verletzlichkeit"

Die GWÖ ist ein Modell, das uns als Diakonie eine glaubwürdige sozialpolitische Positionierung ermöglicht", sagt Wilfried Knorr, Vorstand der offenen Dorfgemeinschaft. Für ihn sei es politisch richtig, die Finanzbilanz als einzigen Zugang zum Kapitalmarkt zu ergänzen und abzulösen: "Auch stark wettbewerbsorientierte Unternehmen können so beispielsweise Menschen mit Minderleistung beschäftigen - weil ihnen dadurch kein Nachteil entsteht. So werden neue Anreize geschaffen, Kapital stärker in soziale Bereiche einzubringen."

Neben Unternehmen interessieren sich auch bayerische Gemeinden für die Gemeinwohl-

Ökonomie. Helmut Dinter, Bürgermeister von Wessobrunn im Landkreis Weilheim-Schongau, sieht dabei schlichtweg die gesetzlichen Vorgaben erfüllt. Denn der rechtliche Überbau, sagt er, sei durch den Schwur jedes Bürgermeisters und Gemeinderat-Mitglieds zum Verhalten getreu der Verfassung des Freistaats bereits gegeben: "Laut Paragraf 151 gilt alles Wirtschaften dem Gemeinwohl.

Von meinem Selbstverständnis her sind wir dem Wohl des Bürgers verpflichtet und nicht allein dem Konto der Gemeinde." Seit er vor fünf Jahren das passende Modell dafür fand, wird bei Ausschreibungen verstärkt darauf geachtet, regionale Firmen zu beauftragen und Bürger möglichst früh in Entscheidungen einzubeziehen. "Wir orientieren uns inzwischen sehr an den GWÖ-Kriterien und merken, dass das positiv ankommt", sagt Dinter. Die erste Bilanz wolle Wessobrunn in zwei Jahren erstellen und sich bis dahin darauf vorbereiten.

Im Gegensatz dazu war die Sparda-Bank München 2011 eines der ersten Unternehmen, das eine Bilanz nach GWÖ-Kriterien erstellt hat. Christian Felber selbst hatte gefragt, ob die Bank nicht mitmachen wolle. Seitdem wurde bereits drei Mal bilanziert, die vierte Analyse soll im Frühjahr 2018 abgeschlossen sein. "Es wäre fatal, nach einem Mal aufzuhören und sich nicht weiterzuentwickeln", sagt Christine Miedl, Sprecherin der Genossenschaftsbank.

"Jedes Mal verändert sich der Fokus, woran man arbeiten muss, ein bisschen und es gibt immer noch etwas, das verbessert werden kann." Sie würde sich wünschen, dass mehr Unternehmen eine GWÖ-Bilanz erstellen - nur würden viele den Aufwand scheuen: "Man braucht schon auch Mut zur Verletzlichkeit, man zeigt ja bei diesem Prozess offen seine Schwachstellen. Aber die Kunden honorieren die Veränderungen."

Für die Gemeinschaft denken und arbeiten

Der Wunsch der GWÖ-Anhänger, dass aus ihnen sehr viele werden, wird in naher Zukunft wohl kaum realisierbar sein. "Auf eine gesamte Volkswirtschaft übertragen, ist das schwer. Es gibt ja einen Grund, warum das Wirtschaftssystem ist, wie es ist: Weil es sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte dazu entwickelt und durchgesetzt hat", sagt der Verhaltensökonom Martin Kocher von der Ludwig-Maximilians Universität München.

"Märkte sind immer politisch getrieben und Politik wird von Menschen gemacht." So lange es weniger am Gemeinwohl und mehr am eigenen Profit orientierte Menschen mit eigenen Interessen gebe, sei das Konzept der GWÖ kaum global umsetzbar: "Man kann immer dazu anregen, für die Gemeinschaft zu denken und zu arbeiten, aber es wird oft Egoisten geben, die das ausnutzen."
Politische Ansätze existieren jedoch bereits. Seit 2017 sind börsennotierte Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern durch eine EU-Richtlinie verpflichtet, einen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen. Um die Bereitschaft zu vergrößern, könnten Anreize im bestehenden System eine mögliche Lösung sein - steuerliche Vorteile beispielsweise. Bislang aber basiert die GWÖ allein auf dem Umdenken einzelner. Kritiker und Gegner werfen dem Konzept vor, zu bürokratisch, ineffektiv sowie einschränkend zu sein und deswegen nicht weltweit durchsetzbar.
Ein nächster möglicher Schritt aber ist das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie schon. "Es sind natürlich vor allem die Verfechter einer freien Marktwirtschaft kritisch", sagt Wilfried Knorr von der Herzogsägmühle. "Aber wenn die so gut funktionieren würde, ginge die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter auseinander, oder?"

Quelle: **Dreher**, A. (2017) Wenn Profit nicht alles ist In: Die Süddeutsche Zeitung. (04.10.2012). online: https://www.sueddeutsche.de/bayern/wirtschaft-wenn-profit-nicht-alles-ist-1.3692429 (20.12.2019)

Weg in die Zukunft: Die auf Gemeinwohl umgepolte Wirtschaft

(Artikel 3)

Von Christian Felber

(26. Jänner 2011, die Presse)

Es gibt eine Alternative zu kapitalistischer Markt- und zu zentralisierter Planwirtschaft: die Gemeinwohl-Ökonomie.

Gleich 88 Prozent der Deutschen und 90 Prozent der Österreicher wünschen sich eine neue Wirtschaftsordnung. Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet dabei eine Alternative zu kapitalistischer Markt- und zentraler Planwirtschaft. Sie baut auf humanen Werten auf und misst ihre Umsetzung in einer neuen unternehmerischen Hauptbilanz.
Drei frappierende Widersprüche kennzeichnen die gegenwärtige Wirtschaftsordnung.

• *Erstens*: Die Grundkoordinaten des Wirtschaftens – Gewinnstreben und Konkurrenz – fördern nicht vorrangig Beziehungswerte, sondern Eigennutz.

• *Zweitens*: Wir messen nicht das, was uns eigentlich wichtig ist – Vertrauen, Sicherheit, Wertschätzung, Bedürfnisbefriedigung –, sondern Geldaggregate.

• *Drittens*: Obwohl sich Hinweise aus Neurobiologie, Spieltheorie, Sozialpsychologie und Glücksforschung verdichten, dass Geld, Egoismus und Konkurrenz nicht die stärksten Motivatoren für Menschen sind, bauen wir die Anreiz- und Entlohnungssysteme sowie die gesamte Wirtschaftsordnung nach wie vor auf diesen (obsoleten) Koordinaten auf.

Umstellung der Systemweichen

Das von einem Kreis von Unternehmern gemeinsam mit mir ausgearbeitete Modell der Gemeinwohl-Ökonomie versucht diese Widersprüche aufzulösen, indem sie zentrale Systemweichen umstellt und das Streben der individuellen ökonomischen Akteure vom vorrangigen Eigennutz auf den Vorrang des Gemeinwohls „umpolt".
Das Gemeinwohl soll nicht länger der erhoffte Nebeneffekt des individuellen Vorteilsstrebens sein, sondern zum Zweck der wirtschaftlichen Privatinitiative werden, die das Wohl des Einzelnen einschließt. Adam Smiths historischer Ausspruch „Nicht vom Wohlwollen des Bäckers, Brauers, Metzgers erwarten wir unsere tägliche Mahlzeit, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen verfolgen" wird geglättet auf „Vom Wohlwollen aller Wirtschaftsakteure erwarten wir das Wohl aller".

Ein neues Verständnis von Erfolg

Die erste Systemweiche, die dabei umgestellt wird, ist das Verständnis von unternehmerischem „Erfolg": Dieser sollte nicht länger mit Finanzgewinn gleichgesetzt werden. Finanzgewinn sagt genauso wenig über den eigentlichen Sinn des Wirtschaftens aus wie ein höheres BIP über gesamtgesellschaftlichen Wohlstand: Ein höheres BIP kann mit höherer Arbeitslosigkeit, ungerechterer Verteilung, Umweltzerstörung und sogar aktiver Kriegsführung einhergehen; ein höherer betrieblicher Finanzgewinn mit weniger sozialer Sicherheit, geringeren Einkommen, Verlust an Lebensqualität, Gesundheitsgefährdung und der Verletzung der Menschenwürde.
Neue Bedeutung von unternehmerischem Erfolg sollte deshalb sein: ein größtmöglicher Beitrag zum allgemeinen Wohl. Operativ ginge das in drei Schritten: Gemeinwohlverhalten muss erstens in wesentlichen Punkten definiert, zweitens gemessen, drittens belohnt werden.
Für den ersten Schritt gibt es erfreulich übereinstimmende Vorarbeiten: „Berührungsgruppen" (Stakeholder) wünschen sich weltweit von Unternehmen umfassende Transparenz, soziale Verantwortung, ökologisch nachhaltiges Wirtschaften, innerbetriebliche Demokratie sowie gesamtgesellschaftliche Solidarität.
Diese Grundwerte könnten in der „Gemeinwohlbilanz", dem Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie, gemessen werden. Mehr als zwei Dutzend Unternehmer haben in den letzten zwei Jahren eine solche Bilanz entworfen.

Als dritter Schritt könnten die „Erfolgreichen" in der neuen Bedeutung systematisch belohnt werden: Wer zum Beispiel die Beschäftigten mitbestimmen lässt, wer gleich viele Frauen in den Führungsgremien hat wie Männer, wer für gleichen Arbeitseinsatz gleichen Lohn bezahlt, wer einen hohen Anteil an Vorprodukten aus der Region bezieht, wer Know-how an Mit-Unternehmen weitergibt, erhält „Gemeinwohlpunkte".
Je höher die Zahl der Gemeinwohlpunkte, desto besser ist die Gemeinwohlbilanz des Unternehmens und desto größer sind die rechtlichen Vorteile: günstigerer Mehrwertsteuersatz, niedrigerer Zolltarif, günstigerer Kredit bei der „Gemeinwohlbank" oder Vorrang im öffentlichen Einkauf.
Da die erreichte Gemeinwohlfarbe auf allen Produkten aufscheint, haben auch die Konsumenten eine klare Orientierung für die Kaufentscheidung. Drittens erhalten Unternehmen umso mehr Gemeinwohlpunkte, je besser ihre Zulieferer und Geldgeber „performen": Eine mächtige

Aufschaukelungsspirale in Richtung Gemeinwohl kommt in Gang.

Eingeschränktes Gewinnstreben

Die Finanzbilanz bliebe erhalten, aber das Gewinnstreben würde eingeschränkt: Nach wie vor verwendet werden dürfen Gewinne für soziale und ökologisch wertvolle Investitionen, Kreditrückzahlungen, begrenzte Ausschüttungen an die Mitarbeitenden oder Rückstellungen. Nicht mehr erlaubt sind hingegen: feindliche Übernahmen, Investitionen auf den Finanzmärkten und die Ausschüttung an Personen, die das Unternehmen nur besitzen, aber nicht darin mitarbeiten.
Dahinter steht: Wirtschaftliche Freiheit ist zwar ein hoher Wert, aber kein Selbstzweck. Die gleiche Freiheit aller muss Vorrang haben vor der unbeschränkten Freiheit weniger.
In der Gemeinwohl-Ökonomie gäbe es deshalb zwar noch überwiegend private Unternehmen, diese werden jedoch aus der gegenwärtigen Motiv- und Anreizstruktur „Gewinnstreben und Konkurrenz" herausgelöst und in den neuen Rahmen „Gemeinwohlstreben und Kooperation" eingefügt.
Die Folgen wären nachhaltig: Wenn der Profit nicht mehr maximiert werden darf und Konkurrenzunternehmen nicht mehr feindlich übernommen werden dürfen, macht Wachstum als Hauptstrategie keinen Sinn: Alle Unternehmen wären vom allgemeinen Wachstumszwang erlöst.
Kooperation würde hingegen systemisch belohnt. Dadurch würden wir uns auch dem annähern, was „Konkurrenz" im Lateinischen bedeutet: nicht gegeneinander agieren, sondern „miteinander laufen" („con-currere").

Kooperation nützt allen

In der Gemeinwohl-Ökonomie müssten wir davor keine Angst haben, weil Kartelle nur in einer Perspektive der Profitmaximierung Sinn ergeben; beim Streben nach mehr Gemeinwohl nützt die Kooperation hingegen allen.
Schließlich würden mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr Menschen und Menschengruppen private Unternehmen gründen, weil sie sich in diesem neuen Ordnungs- und Anreizrahmen menschlich wohler fühlten als im gegenwärtigen System.

Zur Person

Christian Felber (*9.12.1972 in Salzburg) unterrichtet Globalisierungskritik an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er ist Gründungsmitglied der globalisierungskritischen Bewegung „attac" in Österreich und Autor mehrerer Bücher. Zuletzt erschien im Deuticke-Verlag „Die Gemeinwohl-Ökonomie". [Clemens Fabry]

Quelle: **Felber**, C. (2011): Weg in die Zukunft: Die auf Ge meinwohl umgepolte Wirtschaft. In: Die Presse. (26.01.2011). online: https://www.diepresse.com/628637/weg-in-die-zukunft-die-auf-gemeinwohl-umgepolte-wirtschaft (20.12.2019)

Gemeinwohl: Sittenwächter für die Wirtschaft

(Artikel 4)

10.08.2013
Von Eva Seindorfer
(10. August 2013, die Presse)

Wirtschaft ohne das Recht des Stärkeren, ohne Konkurrenz, ohne Hierarchien. Geht das? Die Unternehmen, die eine Gemeinwohlbilanz erstellen, lassen sich ein Stück weit auf diese Gedanken ein.

Wirtschaft ohne das Recht des Stärkeren, ohne Konkurrenz, ohne Hierarchien. Geht das? Die Unternehmen, die eine Gemeinwohlbilanz erstellen, lassen sich ein Stück weit auf diese Gedanken ein.

Eine Bank, die überlegt, die Zinsen abzuschaffen. Ein Wursthersteller, der seine CO_2-Bilanz verbessert. Ein IT-Unternehmen, in dem niemand Überstunden macht. Ein großer Outdoor-Ausrüster, dem ein Bankkredit nicht ethisch genug ist. Gibt es das?

Es gibt sie, die Unternehmen, die glauben, dass es in der Wirtschaft noch andere Ziele geben sollte als ein möglichst fettes Plus in der Bilanz. Sie erstellen eine alternative Bilanz, die messen soll, wie viel Gutes ein Unternehmen eigentlich tut bzw. ob sich der Schaden, den es anrichtet, in vertretbaren Grenzen hält. Die Ideen, die dieser Art von Bilanz zugrunde liegen, sind, gelinde gesagt, ungewöhnlich.

Verfechter der Gemeinwohlökonomie träumen von einer Welt, in der Unternehmen nicht miteinander konkurrieren, sondern einander unterstützen. Von Betrieben, in denen es keine Hierarchien mehr gibt, sondern alle Mitarbeiter gleichberechtigt sind und Gehälter nicht zu weit auseinanderliegen. Von einem Wirtschaftssystem, in dem kein Wachstumszwang herrscht, sondern jedes Unternehmen seine ideale Größe erreichen kann, ohne Angst, von Stärkeren geschluckt zu werden.

Kommunismus-Revival? Alles schon da gewesen und gescheitert, sagen Kritiker, die die Bewegung in gefährlicher Nähe zum Kommunismus sehen. Außerdem sei das Wesen des Menschen nun einmal nicht auf Friede, Freude, Eierkuchen ausgerichtet. Jeder sei sich selbst der Nächste. Und diese Form von Egoismus würde schlussendlich auch das Wohl aller vorantreiben.

Stimmt nicht, widerspricht Christian Felber, Buchautor, Attac-Aktivist und Gründer der Gemeinwohlökonomie-Bewegung. Der Mensch sei ein soziales Wesen, er kooperiere lieber, als dass er konkurriere. Nur sei dem Menschen dieser Hang zum Altruismus durch den Siegeszug des kapitalistischen Wirtschaftssystems in den letzten 200 Jahren systematisch ausgetrieben worden. Deshalb müsse den Menschen der Gemeinsinn jetzt in mühsamer Kleinarbeit wieder anerzogen werden. Über Sinn und Unsinn von Felbers Theorien wurde schon viel debattiert und noch mehr polemisiert. Doch wie sieht es in der Praxis aus?

Die Gemeinwohlökonomie-Bewegung steht mittlerweile auf einer recht breiten Basis. Etwa 4000 Leute engagieren sich dafür. Rund 1300 Firmen unterstützen die GWÖ, ein Drittel davon hat eine Gemeinwohlbilanz erstellt.

Der deutsche Outdoor-Ausrüster Vaude zum Beispiel: „Wir wollten unsere Nachhaltigkeitsbemühungen messbar machen“, sagt Firmenchef Jan Lorch. Er sei auf der Suche nach einem nachhaltigen Managementsystem, das „lebbar und wirtschaftlich verträglich“ ist. Die Gemeinwohlökonomie sieht er als einen Baustein auf dem Weg dorthin. Konkret ins Rollen gebracht habe der Prozess der Bilanzerstellung bei Vaude eine Diskussion über faire Gehälter: „Wir sind gerade dabei, mit einem Berater gemeinsam ein neues Gehaltsschema auszuarbeiten.“ Ein zweites großes Thema sei Barrierefreiheit für Behinderte. Darüber hinaus seien weitere Dinge angedacht: „Vorstellen können wir uns ziemlich viel, die Frage ist der Zeithorizont.“ Die finanzielle Unabhängigkeit von Banken sei ein längerfristiges Ziel. „Jetzt müssen wir noch nach den aktuellen Regeln der Finanzwirtschaft spielen. In zehn bis 15 Jahren sieht das vielleicht anders aus.“

Den Spieß umdrehen. Das ultimative Ziel der Gemeinwohlökonomie ist rechtliche Verbindlichkeit, und zwar auf Basis eines Anreizmodells: Unternehmen, die das Gemeinwohl fördern, sollen belohnt werden. Mit Steuererleichterungen etwa. Oder leichterem Zugang zu Förderungen. Während die „natürliche Auslese“ im Wettbewerb jetzt gegen die „Guten“ arbeite und die Gemeinwohlsünder (zum Beispiel die, die in Billiglohnländern produzieren lassen) belohne, will die GWÖ den Spieß umdrehen. Aber wie wird beurteilt, was gut ist und was nicht?

Geprüft werden in der Gemeinwohlbilanz die Leistungen der Unternehmen in vier Bereichen: Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit sowie demokratische Mitbestimmung und Transparenz. Alle Berührungsgruppen des Unternehmens (Stakeholders) werden unter die Lupe genommen: Geldgeber, Lieferanten, Mitarbeiter, Kunden, das gesellschaftliche Umfeld. Wer Dinge – laut den

Regeln der GWÖ – richtig macht, bekommt Pluspunkte. Wer gegen fundamentale Regeln verstößt, Minuspunkte.

Einen großen Fleisch- und Wursthersteller wie das steirische Unternehmen Schirnhofer würde man erst einmal eher zu den „Bösen" zählen. „Mit Fleisch als Produkt hat man ja nicht die besten Voraussetzungen", sagt Eigentümer Karl-Heinz Schirnhofer. „Fleisch ist ein sehr ressourcenintensives Produkt. Es hat eine gewisse CO_2-Bilanz. Und Fleischkonsum ist mit einer Ethikdebatte verbunden", so der Unternehmen weiter. Dennoch: Schirnhofer gehörte zu den Ersten, die eine auditierte Gemeinwohlbilanz erstellt haben. Mit 442 von 1000 Punkten.

In einigen Bereichen habe man sehr gut abgeschnitten: Beim ethischen Beschaffungswesen zum Beispiel sei die Zusammenarbeit mit regionalen Produzenten ein großes Plus. Damit halte man, jedenfalls was den Transport betreffe, den CO_2-Ausstoß in Schach. Einige Forderungen der GWÖ liegen dem Wursthersteller aber schwer im Magen. Die Frage der ethischen Finanzierung zum Beispiel. „Es ist schwer, von Banken Ethikberichte zu bekommen. In Deutschland gibt es reine Genossenschaftsbanken. In Österreich nicht", sagt Schirnhofer.

Eine Bank ohne Zinsen? Eine dieser deutschen Genossenschaftsbanken, die sich der GWÖ-Bewegung angeschlossen hat, ist die Sparda-Bank. Die größte Hemmschwelle, die die Gemeinwohlökonomie für Banken bereithält, ist die Forderung, jede Form von Kapitaleinkommen, also auch Zinsen, abzuschaffen. „Eine Abschaffung der Zinsen ist für uns in den nächsten zwölf Monaten kein Thema", sagt Christine Miedl, Sprecherin der Sparda-Bank. Jedoch: „Das ist eine Frage, der man sich sicherlich stellen muss. Denn das wird bei den Kunden zum Thema." Vorstellbar sei, dass es statt einer Dividende auf einen Geschäftsanteil eine Tauschbörse auf Dienstleistungen geben könne – „eine Art Netzwerk von Talenten mit Community-Charakter".

An der Gemeinwohlbilanz schätze man bei der Sparda-Bank ihren verbindlichen Charakter. „An vielen Nachhaltigkeitsinstrumenten stört uns, dass da jeder in seinen Bericht hineinschreiben kann, was er will", sagt Miedl. „Wenn man dann hinter die Fassaden schaut, sieht die Realität oft ganz anders aus." 386 von 1000 Punkten habe man bei der letzten Bilanz erreicht. Das sei ausbaufähig. Aber für eine Bank nicht schlecht.

„Wer bei der Gemeinwohlbilanz 1000 Punkte erreicht, ist ein Kommunist", findet Sonnentor-Chef Johannes Gutmann, dessen Tee- und Gewürzunternehmen sich mit 595 Punkten begnügen musste: „Dabei habe ich gedacht, nachhaltiger als wir, das geht gar nicht." Einer der Schwachpunkte in seinem Unternehmen sei die Mitbestimmung: „Wir sind gerade dabei, die Mitarbeiter ins Boot zu holen. Und ich bin überrascht, wie viel Input wir bekommen." Derzeit werde gemeinsam an einem internen Krisenmanagement gearbeitet. So ganz vom Chef-Sein verabschieden will sich Gutmann aber nicht, eine Genossenschaft komme für ihn nicht infrage: „Irgendwo hört sich der Spaß auf. Es muss glasklare Verantwortlichkeiten und Zielorientierung geben. Sonst funktioniert das nicht."

Keine Überstunden mehr. Das Salzburger IT-Unternehmen B.it Services gehört mit 25 Mitarbeitern zu den Kleinunternehmen, die die Gemeinwohlökonomie unterstützen. „Es hat mich erstaunt, wie viele Dinge man in Bewegung setzt, wenn man an einem Rädchen zu drehen beginnt", sagt Geschäftsführer Bernhard Winter. Völlig umgewälzt habe man zum Beispiel die Gehaltsspreizung: „Wir haben die kleinen Gehälter kräftig angeschoben. Die Spreizung liegt jetzt nur mehr bei 1:2."

Und: „Wir arbeiten jetzt weniger als früher. Die Mitarbeiter machen keine Überstunden mehr." Dafür habe man auch Abstriche gemacht. „Wir haben uns von einer Abteilung getrennt. Wir machen jetzt keine Softwareentwicklung mehr. „Das waren immer Risikoprojekte. Und in der Gruppe werden Entscheidungen eher risikoarm."

Aus mit dem Wachstumszwang? Dafür mehr Lebensqualität? Für viele Ökonomen eine Horrorvision, die zu enormen Produktivitätsverlust führen würde. Doch die Praxis zeigt: Manche Unternehmen sind bereit, der Bewegung ein Stück weit zu folgen, definieren aber für sich selbst, welche Ratschläge sie für praktikabel halten und welche nicht. Und solange sie diese Freiheit haben, ist der Nutzen der GWÖ wohl auch größer als der Schaden.

Quelle: **STEINDORFER**, E. (2013): Gemeinwohl: Sittenwächter für die Wirtschaft. In: Die Presse (10.08.2013); online: https://www.diepresse.com/1440407/gemeinwohl-sittenwachter-fur-die-wirtschaft (31.12.2019)

Arbeitsauftrag für das Lesen der Zeitungsartikel

Lesen sie den beiliegenden Artikel zur Gemeinwohl-Ökonomie sorgfältig durch. Versuchen sie im Anschluss die folgenden Aufgabenstellungen in der Gruppe zu beantworten.
Viel Spaß beim Bearbeiten ☺

- Fassen sie wichtigsten Kernaussagen des Artikels in Stichworten zusammen.
  ……
  ……
  ……
  ……

- Markieren sie jene Aussagen, welche einer Diskussion bedürfen.
  ……
  ……
  ……
  ……
  ……
  ……
  ……
  ……

- Vergleichen und begründen sie, welche „neuen“ Anreize „Gemeinwohl-Ökonomie“ im Vergleich zur Markwirtschaft setzt.
  ……

……

……

……

……

……

……

……

- Analysieren sie, welche Konsequenzen die „Gemeinwohl-Ökonomie“ für den Klimawandel haben könnte.

……

……

……

……

……

……

……

……

……

- Nehmen sie Stellung zu der Aussage: „Die Gemeinwohl-Ökonomie wird sich niemals durchsetzen, da der Mensch lediglich in einer Gemeinschaft sozial handelt, allerdings nicht in einer Gesellschaft“.

……

……

……

……

……

……

……

……

.....

.....

.....

Einheit 4

Arbeitsblatt 1:

- Lesen sie die inhaltlichen Eckpunkte der „Gemeinwohl-Ökonomie“ überblicksmäßig durch.
- Dazu können sie sich die einzelnen Punkte aufteilen
- Markieren sie jene Passagen, welche für die Bekämpfung des Klimawandels relevant sein könnten.
- Analysieren sie diese Passagen und bewerten sie deren (positiven/negativen) Einfluss auf die Umwelt.

Die Gemeinwohl-Ökonomie

Vision und Praxis einer nachhaltigen Zukunft - Von Christian Felber

Foto: Rita Newman

Christian Felber

„Nutzen- statt Gewinnmaximierung" fordert die Engpass-Konzentrierte Strategie nach Prof. Wolfgang Mewes. Wie sich seine gelebte Management- und Strategielehre gesellschaftspolitisch auswirken würde, hat Mewes immer wieder ausgeführt. Auch, dass diese Denkweise einen Weg aus den kommunistischen und kapitalistischen Ideologien sein könnte... Vor einigen Jahren gründete sich eine Bewegung, die auf den österreichischen Autoren, Referenten und Aktivisten Christian Felber zurückgeht. Sein Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) wird inzwischen von rund 1.700 Unternehmen und einigen Tausend Einzelpersonen unterstützt. Sie sieht u.a. vor, dass jedes Unternehmen eine „Gemeinwohlbilanz" erstellt, um den unternehmerischen Erfolg zu messen. Das gesamte Projekt ist ergebnisoffen. Im Folgenden seien einige grundlegende Denkansätze der GWÖ dargestellt. Man muss nicht mit jedem Punkt übereinstimmen, aber in großen Teilen ergänzt sie sich recht gut mit den Grundsätzen der EKS.

Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung vom Juli 2010 wünschen 88 Prozent der Deutschen und 90 Prozent der ÖsterreicherInnen eine „neue Wirtschaftsordnung". Die in der wachsenden Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung aktiven UnternehmerInnen, Selbständigen, Privatpersonen, WissenschaftlerInnen und Organisationen haben zusammen eine vollständige alternative Wirtschaftsordnung entwickelt, die sich aus 20 Schlüsselelementen zusammensetzt.

> Laut Bertelsmannstiftung wünschen rund 90 Prozent der Bevölkerung eine „neue Wirtschaftsordnung".

Dabei handelt es sich jedoch nicht um „Positionen" oder inhaltliche „Forderungen", sondern im Inspirationen und Diskussionsanstöße, die sich mit anderen Ideen und Alternativen befruchten und in demokratischen Prozessen von unten diskutiert und entschieden werden sollen. Das könnten zunächst kommunale, später nationale oder EU-weite Wirtschaftskonvente sein, in denen alle Vorschläge und Positionen gehört und zu Gesetzesentwürfen verdichtet werden. Die Entscheidung über alle Vorschläge obliegt dem demokratischen Souverän. So könnte die erste demokratische Wirtschaftsordnung entstehen.

Hier sind die – ständiger Diskussion und Weiterentwicklung unterworfenen – Eckpunkte:

1. Die Gemeinwohl-Ökonomie beruht auf denselben **Grundwerten**, die unsere Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation, Solidarität und Teilen. Nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen sind gelingende Beziehungen das, was Menschen am glücklichsten macht und am stärksten motiviert.

2. Der rechtliche Anreizrahmen für die Wirtschaft wird umgepolt von **Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation.** Unternehmen werden für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit belohnt. Kon(tra)kurrenz ist möglich, bringt aber Nachteile.

3. Wirtschaftlicher Erfolg wird nicht länger mit an den Mitteln des Wirtschaftens gemessen (Geld, Kapital, Finanzgewinn), sondern an den Zielen (Bedürfnisbefriedigung, Lebensqualität, Gemeinwohl). Auf der Makroebene (Volkswirtschaft) wird das **BIP als Erfolgsindikator vom Gemeinwohl-Produkt abgelöst**, auf der Mikroebene (Unternehmen) die Finanzbilanz von der Gemeinwohl-Bilanz. Je sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer Unternehmen agieren und sich organisieren, desto bessere Bilanzergebnisse erreichen sie. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnisse der Unternehmen in einer Volkswirtschaft sind, desto größer ist das Gemeinwohl-Produkt.

4. Die Unternehmen mit guten Gemeinwohl-Bilanzen erhalten **rechtliche Vorteile**: niedrigere Steuern, geringere Zölle, günstigere Kredite, Vorrang beim öffentlichen Einkauf und bei Forschungsprogrammen et cetera. Der Markteintritt wird dadurch für verantwortungsvolle AkteurInnen erleichtert; und ethische, ökologische und regionale Produkte und Dienstleistungen werden billiger als unethische, unökologische und globale.

5. Die **Finanzbilanz wird zur Mittelsbilanz.** Finanzgewinn wird vom Zweck ▶

zum Mittel und dient dazu, den neuen Unternehmenszweck (Beitrag zum allgemeinen Wohl) zu erreichen. Bilanzielle Überschüsse dürfen verwendet werden für: Investitionen (mit sozialem und ökologischem Mehrwert), Rückzahlung von Krediten, Rücklagen in einem begrenzten Ausmaß; begrenzte Ausschüttungen an die MitarbeiterInnen sowie für zinsfreie Kredite an Mitunternehmen.

Nicht verwendet werden dürfen Überschüsse für: Investitionen auf den Finanzmärkten (diese soll es gar nicht mehr geben), feindliche Aufkäufe anderer Unternehmen, Ausschüttung an Personen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten, sowie Parteispenden. Im Gegenzug entfällt die Steuer auf Unternehmensgewinne.

6. Da Gewinn nur noch Mittel aber kein Ziel mehr ist, können Unternehmen die – aus ihrer Sicht – optimale Größe anstreben. Sie müssen keine Angst mehr haben, gefressen zu werden und brauchen nicht mehr wachsen, um größer, stärker oder profitabler zu sein als andere. Alle Unternehmen sind vom allgemeinen Wachstums- und wechselseitigen Fresszwang erlöst.

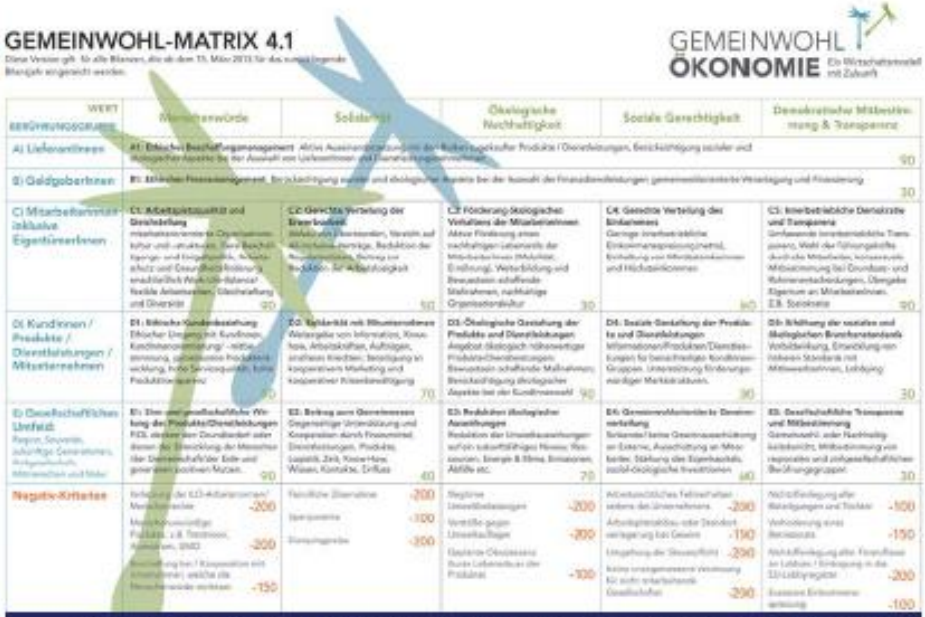
7. Durch die Möglichkeit, entspannt und angstfrei die optimale Größe einzunehmen, wird es viele kleine Unternehmen in allen Branchen geben. Da sie nicht mehr wachsen wollen, fällt ihnen die Kooperation und Solidarität mit anderen Unternehmen leichter. Sie können ihnen mit Wissen, Know-how, Aufträgen, Arbeitskräften oder zinsfreien Krediten helfen.

Die Bewegung versteht sich als ergebnisoffener, partizipativer, lokal wachsender Prozess.

Dafür werden sie mit einem guten Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis belohnt – nicht auf Kosten anderer Unternehmen, sondern zu deren Nutzen. Die Unternehmen bilden zunehmend eine solidarische Lerngemeinschaft, die Wirtschaft wird zu einer Win/Win-Anordnung.

8. Die Einkommens- und Vermögensungleichheiten werden in demokratischer Diskussion und Entscheidung begrenzt: die Maximal-Einkommen auf zum Beispiel das Zehnfache des gesetzlichen Mindestlohns; Privatvermögen beispielsweise auf zehn Millionen Euro; das Schenkungs- und Erbrecht auf zum Beispiel 500.000 Euro pro Person; bei Familienunternehmen auf zum Beispiel zehn Millionen Euro pro Kind.

Das darüber hinaus gehende Erbvermögen wird über einen Generationen-



Gemeinwohlbilanz: Derzeit erfolgt die methodische Erfassung mittels „Gemeinwohlpunkten", die für proaktives Verhalten bei den 17 Indikatoren vergeben werden. Zielsetzung ist eine nachvollziehbare, plausible und konsistente Einschätzung, wo sich ein Unternehmen auf dem Weg zum Gemeinwohl befindet. Dieses Instrument steht am Anfang seiner Entwicklung und wird ständig verbessert, evaluiert und präzisiert. Eine detaillierte Beschreibung der Indikatoren und Anwendung findet sich im Handbuch zur Gemeinwohlbilanz unter: gemeinwohl-oekonomie.org

fonds als „Demokratische Mitgift" an alle Nachkommen der Folgegeneration verteilt: gleiches „Startkapital" bedeutet höhere Chancengleichheit. Die genauen Grenzen sollen von einem Wirtschaftskonvent demokratisch ermittelt werden.

9. Bei **Großunternehmen** gehen ab einer bestimmten Größe (zum Beispiel 250 Beschäftigte) **Stimmrechte und Eigentum** teil- und schrittweise an die Beschäftigten und die Allgemeinheit über. Die Öffentlichkeit könnte durch direkt gewählte „regionale Wirtschaftsparlamente" vertreten werden. Die Regierung soll keinen Zugriff/kein Stimmrecht in öffentlichen Unternehmen haben.

10. Das gilt auch für die Demokratischen Allmenden, die dritte Eigentumskategorie neben einer Mehrheit (kleiner) Privatunternehmen und Großunternehmen mit gemischter Besitzerstruktur. **Demokratische Allmenden** (auch „Commons") sind Gemeinwirtschaftsbetriebe im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Mobilitäts-, Energie- und Kommunikationsbereich: die „Daseinsvorsorge".

11. Eine wichtige Demokratische Allmende ist die **Demokratische Bank**. Sie dient wie alle Unternehmen dem Gemeinwohl und wird wie alle Demokratischen Allmenden vom demokratischen Souverän kontrolliert und nicht von der Regierung. Ihre Kernleistungen sind garantierte Sparvermögen, kostenlose Girokonten, kostengünstige Kredite und ökosoziale Risikokredite. Der Staat finanziert sich primär über zinsfreie Zentralbankkredite. Die Zentralbank erhält das Geldschöpfungsmonopol und wickelt den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr ab, um Steuerflucht zu unterbinden. Die Finanzmärkte in der heutigen Form wird es nicht mehr geben.

12. Nach dem Vorschlag von John Maynard Keynes wird eine globale **Währungskooperation** errichtet mit einer globalen Verrechnungseinheit („Globo", „Terra") für den internationalen Wirtschaftsaustausch. **Auf lokaler Ebene können Regiogelder die Nationalwährung ergänzen.** Um sich vor unfairem Handel zu schützen, initiiert die EU eine Fair-Handelszone („Gemeinwohl-Zone"), in der gleiche Standards gelten oder die Zollhöhe sich an der Gemeinwohl-Bilanz des Hersteller-Unternehmens orientiert. Langfristziel ist eine globale Gemeinwohl-Zone als UN-Abkommen.

13. Der **Natur wird ein Eigenwert zuerkannt**, weshalb sie nicht zu Privateigentum werden kann. Wer ein Stück Land für den Zweck des Wohnens, der Produktion oder der Land- und Forstwirtschaft benötigt, kann eine begrenzte Fläche kostenlos oder gegen eine Nutzungsgebühr nutzen. Die Überlassung ist an ökologische Auflagen und an die konkrete Nutzung geknüpft. Damit sind Landgrabbing, Großgrundbesitz und Immobilienspekulation zu Ende. Im Gegenzug entfällt die Grundvermögenssteuer.

Die Bewertung von Unternehmenserfolg erfolgt aufgrund gemeinwohlorientierter Werte.

14. **Wirtschaftswachstum ist kein Ziel mehr**, hingegen die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten auf ein global nachhaltiges Niveau. Der Kategorische Imperativ wird um die ökologische Dimension erweitert. Unsere Freiheit, einen beliebigen Lebensstil zu wählen, endet dort, wo sie die

Foto: Sage Ross/Wiki Media - Townhall Meeting in West Hartford, CT

Die Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie könnten breit und intensiv diskutiert, in einem gewählten Konvent in Gesetze gegossen und dann direktdemokratisch verabschiedet werden.

Freiheit anderer Menschen beschneidet, denselben Lebensstil zu wählen oder auch nur ein menschenwürdiges Leben zu führen. Privatpersonen und Unternehmen werden angereizt, ihren **ökologischen Fußabdruck** zu messen und auf ein global gerechtes und nachhaltiges Niveau zu reduzieren.

15. Die **Erwerbsarbeitszeit** wird schrittweise auf das mehrheitlich gewünschte Maß von 30 bis 33 Wochenstunden reduziert. Dadurch wird **Zeit frei für drei andere zentrale Arbeitsbereiche**: Beziehungs- und Betreuungsarbeit (Kinder, Kranke, SeniorInnen), Eigenarbeit (Persönlichkeitsentwicklung, Kunst, Garten, Muße) sowie politische und Gemeinwesenarbeit. Infolge dieser ausgewogeneren Zeiteinteilung würde der Lebensstil konsumärmer, suffizienter und ökologisch nachhaltiger.

16. Jedes **zehnte Berufsjahr ist ein Freijahr** und wird durch ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert. Menschen können im Freijahr tun, was sie wollen. Diese Maßnahme entlastet den Arbeitsmarkt um zehn Prozent – die aktuelle Arbeitslosigkeit in der EU.

17. Die **repräsentative Demokratie wird ergänzt durch direkte und partizipative Demokratie.** Der Souverän soll seine Vertretung korrigieren, selbst Gesetze beschließen, die Verfassung ändern und Grundversorgungsbereiche – Bahn, Post, Banken – kontrollieren können. In einer echten Demokratie sind die Interessen des Souveräns und seiner Vertretung identisch – Voraussetzung dafür sind umfassende Mitgestaltungs- und Kontrollrechte des Souveräns.

18. Alle zwanzig Eckpunkte der Gemeinwohl-Ökonomie sollen in einem **breiten Basisprozess durch intensive Diskussion ausreifen**, bevor sie von einem direkt gewählten Wirtschaftskonvent in Gesetze gegossen werden. Über das Ergebnis stimmt der demokratische Souverän ab. Was angenommen wird, geht in die Verfassung ein und kann – jederzeit – nur wieder vom Souverän selbst geändert werden. Zur Vertiefung der Demokratie können weitere Konvente einberufen werden: Bildungs-, Medien-, Daseinsvorsorge-, Demokratiekonvent etc.

Die GWÖ ist nicht das Ende der Geschichte, aber ein nächster möglicher Schritt.

19. Um die Werte der Gemeinwohl-Ökonomie von Kind an vertraut zu machen und zu praktizieren, muss auch das **Bildungswesen** gemeinwohlorientiert aufgebaut werden. Das verlangt eine andere Form von Schule sowie andere Inhalte, z. B. Gefühlskunde, Wertekunde, Kommunikationskunde, Demokratiekunde, Naturerfahrenskunde und Körpersensibilisierung.

20. Da in der Gemeinwohl-Ökonomie unternehmerischer Erfolg eine ganz andere Bedeutung haben wird als heute, werden auch **andere Führungsqualitäten** gefragt sein: Nicht mehr die rücksichtslosesten, egoistischsten und „zahlenrationalsten" Manager werden gesucht, sondern Menschen, die sozial verantwortlich und -kompetent handeln, mitfühlend und empathisch sind, Mitbestimmung als Chance und Gewinn sehen und nachhaltig langfristig denken. Sie werden die neuen Vorbilder sein.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist weder das beste aller Wirtschaftsmodelle noch das Ende der Geschichte, nur ein nächster möglicher Schritt in die Zukunft. Sie ist ein partizipativer und entwicklungsoffener Prozess und sucht Synergien mit ähnlichen Ansätzen. Durch das gemeinsame Engagement zahlreicher mutiger und entschlossener Menschen kann etwas grundlegend Neues geschaffen werden. Die Umsetzung erfordert intrinsische Motivation und Eigenverantwortung, rechtliche Anreize, einen ordnungspolitischen Rahmen sowie Bewusstseinsbildung. Alle Menschen, Unternehmen, Organisationen und Gemeinden können sich am Umbau der Wirtschaftsordnung in Richtung Gemeinwohl-Ökonomie beteiligen. ■

Weitere Infos:
www.gemeinwohl-oekonomie.org
www.christian-felber.at

Zur Vertiefung des Themas:

Christian Felber
Die Gemeinwohl-Ökonomie
Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe
Deuticke 2012, 208 Seiten,
€ 17,90 / (D) 18,40 € (A)
ISBN 978-3-552-06188-0

Quelle: **FELBER**, C. (2014): Die Gemeinwohl-Ökonomie. In: Strategie Journal [3] 2014.

Arbeitsblatt 2:

Übersicht zu verschiedenen Ansätzen alternativer Wirtschaftsmodelle

Niko Paech

- Professor an der Universität Oldenburg
- Vertritt die „**Postwachstumsökonomie**“
- Fordert „Befreiung vom Überfluss“

Paul Mason

- Britischer Journalist und Autor
- Vertritt den „**Postkapitalismus**“
- Fordert „Vertrauen in die Informationstechnologie“

Christian Felber

- ehem. Hochschullehrer und Autor
- Vertritt die „**Gemeinwohl**-**Ökonomie**“
- Fordert werteorientiertes Handeln und Anreize für Unternehmen, nachhaltiger zu wirtschaften.

	Postwachstumsökonomie	Gemeinwohlökonomie	Postkapitalismus
Ansatz	Wachstum muss gestoppt werden. Wirtschaften wie bisher ist in Zukunft nicht mehr möglich. Die Rettung der Natur ist lediglich durch eine radikale „Entmaterialisierung“ möglich.	Das Wohl der Allgemeinheit wird in den Vordergrund gestellt. Dabei wird die Wirtschaft nach den Werten Verantwortung, Vertrauen, Mitgefühl und Solidarität ausgerichtet.	Die „Ebbe“ des Kapitalismus ist eingetreten. Wachstumsraten wie in der Nachkriegszeit sind nicht mehr zu erwarten. Grund dafür sind unter anderem die neuen Technologien, welche uns ermöglichen, Wissen kostenlos zu beziehen.
Umsetzung	Rückbau der Industrie Regionales Wirtschaften Regionale Währungen reparieren statt Entsorgen Entledigung von „unnötigem“ materiellen Ballast	Private Unternehmen sollen mittels „Gemeinwohl-Bilanz“ ihr Wirtschaften nachhaltiger – und auf das Allgemeinwohl bedacht, gestalten.	Die Rolle des Staates soll langfristig gestärkt werden, da nur so negativen Entwicklungen wie der Ungleichverteilung von Vermögen oder dem Klimawandel entgegengewirkt werden kann. Durch die Nutzung neuer Technologien und Arbeitsweisen (common goods, peer-groups) wird der Kapitalismus langfristig von einem „Postkapitalismus“ abgelöst.
Ansätze zum Klimawandel	Durch den Rückbau der Industrie, den Bezug von Waren aus der direkten Umgebung und der Instandhaltung dieser werden Emissionen eingespart und der Klimawandel gestoppt.	In der Gemeinwohl-Ökonomie ist vorgegeben, wofür Unternehmergewinne verwendet werden. Unter anderem wird ein beträchtlicher Teil für die Bekämpfung des Klimawandels aufgewendet.	Der Klimawandel kann laut Paul Mason nur durch eine zentrale Planungsstelle abseits des Marktes (z.B.: durch den Staat) gestoppt werden.
Kritik	Kritiker/innen bemängeln, dass dies nur auf kommunaler Ebene möglich ist. Auch liefert Paech keine (finanziellen) Anreize, um sich für sein Modell zu entscheiden.	Kritiker/innen bemängeln, dass das Verhalten von Kleingruppen nicht dem von Großgruppen entspricht. Solidarität wird vor allem bekannten Personen entgegengebracht. Auch wird Felber eine zu geringe wissenschaftliche Fundierung vorgeworfen.	Kritiker/innen bemängeln, dass Mason den neuen Technologien zu positiv gegenübersteht und mögliche Nachteile (z.B.: Big Data) in seinen Überlegungen ignoriert.

Tabelle 7: Gegenüberstellung alternativer Wirtschaftsmodelle

5. Literaturverzeichnis

ALSDORF, N., ENGELBACH, U., FLICK, S., HAUBL, R. und VOSWINKEL, S. (2017): Psychiatrische Erkrankungen in der Arbeitswelt. Analysen und Ansätze zur therapeutischen und betrieblichen Bewältigung. – Bielefeld.

ALTVATER, E. (2011): Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma? – In: Wiederspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 31 (60). – Zürich, 119-132.

BUHOFER, S. (2017): Klimwandel und die internationale Klimapolitik in Zahlen. Eine Übersicht. —München.

BRAND, U. (2013): Schöne grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy. – In: Luxemburg Argumente 3 (3) – Berlin. 1-50.

BRANDER, M. (2012): Greenhouse Gases, CO2, CO2e, and Carbon. What Do All These Terms Mean? – In: Ecometrica: 1-3.

BRASSEUR,G.P., JACOB, D. und SCHUCK-ZÖLLER, S. (Hrsg.) (2017): Klimawandel in Deutschland. – Hamburg.

Climate Change Expert Group (CCEG) (Hrsg.) (2008): The 2° Target. Background on Impacts, Emission Pathways, Mitigation Options and Costs.

CUBASCH, U. und KASANG, D. (2000): Anthropogener Klimawandel. Klett-Perthes — Stuttgart.

DRUCKER, P. (1993): Die postkapitalistische Gesellschaft.– New York.

DUDEN (2009): Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. (4) — Mannheim

FELBER, C. (2006): Wege zu globaler Steuergerechtigkeit. — In: Rote Revue: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. 84 (3), 32.

FELBER, C. (2014): Zukunftsfähig bleiben Die Gemeinwohl-Ökonomie. Strategie Jounal (3) 2014 16–19.

FELBER, C. (2018): Die Gemeinwohl-Ökonomie.—München.

FELBER, C. (2019): This is not Economy. Aufruf zur Revolution der Wirtschaftswissenschaften. — Wien.

FEWSMITH, J. (2001): China Since Tiananmen. Cambridge University Press.

FRIDRICH, C. (2016): Basiskonzepte in Geographie – ein Vorschlag für die Sekundarstufe I. – In: GeoGraz. 59. 24-31.

HEINRICHS, H. und GRUNENBERG H. (2009): Klimawandel und Gesellschaft. – Wiesbaden.

HEINS, B. (1998): Soziale Nachhaltigkeit – Berlin.

HORN, K. I. (2010): Die soziale Marktwirtschaft. Alles, was sie über den Neoliberalismus wissen sollten. – Frankfurt.

HUWART, J.Y. und VERDIER, L. (2014): Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Umwelt?" – In: OECD (Hrsg.): Economic Globalisation. Origins and consequences, OECD Publishing, Paris. 120-135.

INTERGOVERNMENTAL PANEL ON CLIMATE CHANGE (IPCC) (Hrsg.) (2013): Summary for Policymakers. Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovermental Panel on Climate Change.

INTERGOVERNMENTAL PANEL ON CLIMATE CHANGE (IPCC) (Hrsg.) (2014): Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III. to the Fifth Assessment. Report of the Intergovermental Panel on Climate Change.

INTERGOVERNMENTAL PANEL ON CLIMATE CHANGE (IPCC) (Hrsg.) (2018): Summary for Policymakers. In: Global Warming of 1.5 °C. An IPCC Special Report on Fthe impacts of

global warming of 1.5 °C above preindustrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty– Zürich

JACOBEIT, J.(2007): Zusammenhänge und Wechselwirkungen im Klimasystem. – In: GERSTENGARBE, F.W.(Hrsg.) (2007):Der Klimawandel. Einblicke, Rückblicke und Ausblicke. 1-16.

JACKSON, T. (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. – München.

JAEGER, C. C. und JAEGER J. (2010): Three views of two degrees. – In: Reg Environ Change 11 (1). 15–26.

JEKEL, T., und PICHLER, H. (2017): Vom GW-Unterrichten zum Unterrichten mit geographischen und ökonomischen Konzepten. In: GW-Unterricht 147. 5–15.

KANDER, A (2015): National greenhouse-gas accounting for effecitve climate policy on international trade. In: National Climate Change (5) 5. 431-435.

NACHTWEY, O. (2016): Post-Kapitalismus als neues Ordnungsmodell? – In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 29(3). 259–261.

KISHTAINY, N., ABBOT, G., FARNDON, J. und KENNEDY, F. (Hrsg.) (2012): Das Wirtschaftsbuch.—München.

KRÜGER, S. (2016): Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus. — Hamburg.

LEITNER, A. und LITTIG, B.(2012): Green Jobs – Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale. – In: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg.) – Wien.

LEPENIES, P. (2013): Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts. – Berlin.

LESCHKE, M. (2015) : Alternativen zur Marktwirtschaft: Ein kritischer Blick auf die Ansätze von Niko Paech und Christian Felber aus Sicht der konstitutionellen Ökonomik, Beiträge zur Jahrestagung des Ausschusses für Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik im Verein für Socialpolitik: "Marktwirtschaft im Lichte möglicher Alternativen", 27.-29. September 2015, Bayreuth, Verein für Socialpolitik, Ausschuss für Wirtschaftssysteme und Institutionenökonomik – Münster.

MARX, K. (1858): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. – Berlin.

MASON, P. (2016): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie. – Berlin.

MEYNHARDT, T. und FRÖHLICH, A. (2017): Die Gemeinwohl-Bilanz – Wichtige Anstöße , aber im Legitimationsdefizit. – In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen , 2, 152–176.

NORDHAUS, W. (1977): Strategies for the control of Carbon Dioxide. Cowels Foundation Discussions Paper 443. Yale University.

ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD) (Hrsg.) (2014a): OECD Factbook 2014 Economic, Environmental and Social Statistics. 174–176.

ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD) (Hrsg.) (2014b): Focus on Top Incomes and Taxation in OECD Countries: Was the crisis a game changer?

PAECH, N. (2018): Die Befreiung vom Überfluss. auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. — München.

PAECH, N., LINDENBERGER, D.und KÜMMEL, R (2018): Energie, Entropie, Kreativität. Was das Wirtschaftswachstum treibt und bremst.– Berlin.

PRAKASH, V. (2005): Strategic Management.— Neu Delhi.

PIKETTY, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. – Paris.

PIRGMAIER, E. (2012): Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. – In: BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (BMLRT) (Hrsg.) (2012): Zukunftsdossier. Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte — Wien.

PRISCHING, M. (2009): Fetisch Wachstum. Die politische Ausweglosigkeit der Regierungsprogrammatik. In: Wissenschaft & Umwelt interdisziplinär 13. 136-149.

RADL, A. (2016): Basiskonzepte im GW-Unterricht — Ein Instrument zur Vermittlung globaler Zusammenhänge. – In: GeoGraz 59. 32-37.

RALFS, U. (2013): „Ich möchte die Menschen im Gespräch erreichen , nicht überzeugen .“ – In: Sozialwissenschaften Und Berufspraxis (SuB) ·36 (1). 87-100.

RICKELS, W., MERK, C., Honneth, J., Schwinger, J. Quaas, M. und Oschlies, A. (2019): Welche Rolle spielen negative Emissionen für die zukünftige Klimapolitik? Eine ökonomische Einschätzung zum 1,5 °C-Sonderbericht des Weltklimarats. – In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 20 (2). 145-158.

RIFKIN, J. (2014): Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus. — New York.

RIFKIN, J. (2019): Der globale Green New Deal. Warum die fossil befeuerte Zivilisation um 2028 kollabiert und ein kühner ökonomischer Plan das Leben auf der Erde retten kann – New York.

RIVERA, M., SAALBACH, C., ZUCHER, F. und MUES M.C. (2016): Das Wachstumsparadigma im Deutschen Bundestag: Ergebnisse und Fragen aus dem Projekt „Growth in Politics“. - IASS Study – Podsdam.

RÖCKSTRÖM, J. (2009): A safe operating space for humanity. — In: Nature 461. 472-475.

ROEDEL, W. und WAGNER, T. (2011): Physik unserer Umwelt. Die Atmosphäre – Berlin.

SALVADORI, N: (2012): Adam Smith on Monopoly Theory. Making good a lacuna—Universität München.

SCHMELZER, M. (2015): The growth paradigm: History, hegemony, and the contested making of economic growthmanship. – In: Ecological Economics 118. 262–271.

SCHMELZER, M. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. — In: Peripherie – Politik Ökonomie Kultur 38 (2), 336-339.

SCHMIEDE, R. (2016): Paul Masons kommunitarisch-staatlicher Holzweg zum Postkapitalismus. – In: Ethik und Gesellschaft. Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik, 2. 1-9.

SCHNEIDEWIND, U. (2017): Utopische Wissenschaft. Oder: Warum gerade Wirtschaftswissenschaft als Möglichkeitswissenschaft konzipiert sein sollten. – In: Unternehmen der Gesellschaft. Interdisziplinäre Beiträge zur einer kritischen Theorie des Unternehmens

STARK, K., NIEDRIG, M., BIEDERBICK, W., MERKERT, H. und HACKER, J: (2009): Die Auswirkungen des Klimawandels. Welche neuen Infektionskrankheiten und gesundheitlichen Probleme sind zu erwarten? In: Bundesgesundheitsblatt (2009). 699-714.

STEFFEN, W., RÖCKSTRÖM, J., RICHARDSON, K. und LENTON, T. (2018): Trajectories of the Earth System in the Anthropocene. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America. – In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America. 115 (33). 8252-8259.

STEIGENBERGER, K. (2013): Gemeinwohlökonomie am Prüfstand - Eine umfassende und kritische Analyse. Dossier Wirtschaftspolitik, 4. 1–42.

TANNER, J. (2016): Das Kapital nach Marx. Piketty blickt ins 21. Jahrhundert.– In: Historische Anthropologie, 24(2), 253–264.

UNITED NATION ENVIROMENT PROGRAMME (UNEP) (2011): Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis for Policy Makers. – St-Martin-Bellevue.

UNITED NATION ENVIROMENT PROGRAMME (UNEP) (2018): Emissions Gap Report. –Nairobi.

VIELHABER, C. (1999): Vermittlung und Interesse – Zwei Schlüsselkategorien fachdidaktischer Grundlegungen im „Geographie und Wirtschaftskunde“ –Unterricht. In C. Vielhaber (Hrsg.). Geographiedidaktik kreuz und quer. 9-25. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung

VOGLER J. (2014): Environmental Issues.– In: BAYLIS A., SMITH, S., OWENS, P. (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An introduction to international relations. New York. 341–356.

WALLICH, H.C. (1972): The Modern Corporation and Social Responsibility.London.Analyse. Dossier Wirtschaftspolitik, 43. 1–42.

WICHTERICH, C. (2011): Kapitalismus mit Wärmedämmung. Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy. – In: Informationen für die Frau 5. 5–7;

WILDMANN, L. (2007): Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Mikroökonomie und Wettbewerbspolitik. – München.

WORLD HEALTH ORGANIZATION (WHO) (Hrsg.) (2013): Investing in mental Health. Evidence for Action.

WÜNSCHE, M (2009): Marktwirtschaft. – In: BWL für IT-Berufe. Wiesbaden.37-98.

5.1 Internetquellen

KNÜSEL J. (2016): .): Arbeiten bis zum Selbstmord. – In: Asienspiegel (Hrsg): online: https://asienspiegel.ch/2016/10/arbeiten-bis-zum-selbstmord (18.12.2019)

AUS DEM MOORE, N. und HOFMANN, D. (2019): Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition. – In: Economists for Future; online: https://makronom.de/green-growth-beyond-die-vorsorgeorientierte-postwachstumsposition-34398

BETTSCHART, R. und KOFLER, B. (2013): Pressetext zum Welt-Psychiatriekongress: Häufigkeit psychischer Erkrankungen unterschätzt; online: https://www.bkkommunikation.com/de/presse-service/pressetexte/detail/welt-psychiatriekongress-haeufigkeit-psychischer-erkrankungen-unterschaetzt/ (06.01.2020)

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG (BMBWF) (Hrsg.) (2016): Lehrplan Geographie und Wirtschaftskunde Sekundarstufe II (2016); online: https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/lp/lp_ahs.html (26.01.2020)

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG (BMBWF) (Hrsg.) (2000): LEHRPLAN DER SEKUNDARSTUFE I; online: https://www.schule.at/portale/geographie-und-wirtschaftskunde/fachdidaktik-lehrplan/lehrplan-oesterreich-hs-nms-ahs/detail/der-gwk-unterstufe-lp-2000.html (12.10.2019).

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT (Hrsg.) (2019): Emissionhandel – Eine Simulation; online: https://www.umwelt-im-unterricht.de/unterrichtsvorschlaege/moeglichkeiten-der-klimapolitik-eine-simulation/ (2.1.2020)

BRUNDTLAND, G.H. (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future; online: http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf. (13. 10.2019)

BRUNNER, K. und LIEBRICH, S. (2015): Den Kapitalismus weiterdenken. – In: Die Süddeutsche Zeitung; online: https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/alternativen-den-kapitalismus-weiterdenken-1.2544315-0#seite-6 (27.12.2019)

DEUTSCHES KOMITEE FÜR NACHHALTIGKEITSFORSCHUNG IN FUTURE EARTH (DKNFE) (Hrsg.) (2014): Globale Umweltprogramme; online: http://www.dkn-future-earth.org/community/futureearth/globale-umweltprogramme/ (21.09.2019).

DREHER, A. (2017): Wenn Profit nicht alles ist In: Die Süddeutsche Zeitung. (04.10.2012); online: https://www.sueddeutsche.de/bayern/wirtschaft-wenn-profit-nicht-alles-ist-1.3692429 (20.12.2019)

DUDEN (o.J.): Hochfinanz; online: https://archiv.duden.de/node/682188/revisions/883810/view (21.01.2020)

FELBER, C. (2011): Weg in die Zukunft: Die auf Gemeinwohl umgepolte Wirtschaft. In: Die Presse. (26.01.2011); online: https://www.diepresse.com/628637/weg-in-die-zukunft-die-auf-gemeinwohl-umgepolte-wirtschaft (20.12.2019)

GEMEINWOHL-ÖKONOMIE (Hrsg.)(2019a): Kritische Diskussion; online: https://www.ecogood.org/de/idee-vision/kritische-diskussion/(21.12.2019)

GEMEINWOHL-ÖKONOMIE (Hrsg.)(2019b): Gemeinwohl Bericht; online: https://www.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/unternehmen/gemeinwohl-bericht/(20.12.2019)

GEMEINWOHL-ÖKONOMIE (Hrsg.) (2019c): Gemeinwohl-Audit; online: https://www.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/unternehmen/4-gemeinwohl-bericht-audit/ (20.12.2019)

GEMEINWOHL-ÖKONOMIE(Hrsg.) (2019d): Gemeinwohl-Bilanz; online: https://www.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/unternehmen/gemeinwohl-bilanz/(20.12.2019)

EHLERDING, S (2019): Graswurzelbewegung für mehr Klimaschutz. online; https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/klimawandel-graswurzelbewegung-fuer-mehr-klimaschutz/23835062.html (11.10.2019)

GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON (Hrsg.): Marktwirtschaft; online:
https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/marktwirtschaft-38124/version-261550 (22.11.2019)

GLOBAL 2000 (Hrsg.): Die Folgen des Klimawandels; online:
https://www.global2000.at/folgen-des-klimawandels (12.10.2019)

HALLEGATTE, S., HEAL, G. M., FAY, M. und TREGUER, D. O. (2011): From Growth to Green Growth -- a Framework. In: World Bank Policy Research Working Paper 5872; online
https://ssrn.com/abstract=1955109 (28.12.2019)

HOFFERBERTH, H. (2019): Die Postwachstumsökonomik und die Klimakrise. In: Netzwerk Plurale Ökonomik; online:
https://makronom.de/die-postwachstumsoekonomik-und-die-klimakrise-34228 (11.01.2019)

LAWS, N. (2012): Graben nach dem grünen Gold. — In: Der Freitag; online:
www.freitag.de/autoren/geld-und-glueck/graben-nach-dem-gruenen-gold (17.12.2019)

MEYER, R.D. (2013): Abkehr vom bloßen Gewinndenken. In: Wirtschaft & Umwelt (25.04.2013); online:
https://www.neues-deutschland.de/artikel/819750.abkehr-vom-blossen-gewinndenken.html?sstr=gemeinwohl (30.12.2019)

MEYNHARDT, T (2017): Gemeinwohlökonomie ist Populismus. In: Die Presse; online:
https://www.diepresse.com/5198475/timo-meynhardt-gemeinwohlokonomie-ist-populismus (20.12.2019)

OECD (2011). Towards Green Growth – A summary for policymakers; online:
https://www.oecd.org › greengrowth (19.12.2019)

SCHMIDPETER, R. (2014): Viva la Gemeinwohl! Ein Wolf im Schafspelz; online:
https://themavorarlberg.at/gesellschaft/viva-la-gemeinwohl-ein-wolf-im-schafspelz (20.12.2019)

SHAH, A. (2019): Das Politische des Ökonomischen wiederentdecken. — In: Economists for

Future; online:
https://makronom.de/economists-for-future-das-politische-des-oekonomischen-wiederentdecken-34140 (13.12.2019)

STEFAN, L. (2019): Reiche Länder wachsen und belasten die Umwelt weniger – wo ist der Haken? – In: DerStandard; online:
https://www.derstandard.at/story/2000111555364/haben-laender-wachsen-und-belasten-die-umwelt-weniger-wo-ist (10.01.2020)

STEFFEN, W. (2015): Sustainability. Planetary boundaries: guiding human development on a changing planet. In: Science. 1126 (10); online
https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/25592418 (28.12.2019)

STEINDORFER, E. (2013): Gemeinwohl: Sittenwächter für die Wirtschaft. In: Die Presse (10.08.2013); online:
https://www.diepresse.com/1440407/gemeinwohl-sittenwachter-fur-die-wirtschaft (31.12.2019)

THE GUARDIAN (2019): We are in the middle of a climate breakdown, and all they can talk about is money and fairytales of eternal economic growth; online:
https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/sep/23/world-leaders-generation-climate-breakdown-greta-thunberg (10.10.2019)

UMWELTBUNDESAMT (2019a): Wirtschaft und Umwelt; online:
https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt. (18.12.2019)

UMWELTBUNDESAMT (2019b): Wirtschaft und Umwelt; online:
https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#gesamtwirtschaftliche-bedeutung-der-umweltkosten. (18.12.2019)

VAN SUNTUM, U. (2007): Warum macht die Wirtschaft die Umwelt kaputt? — In: Frankfurter Allgemeine Zeitung; online:
https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/erklaer-mir-die-welt-60-warum-macht-die-wirtschaft-die-umwelt-kaputt-1464648.html (16.12.2019)

WEART, S. (2019): The Discovery of Global Warming: Rapid Climate Change. Center of History am American Institute of Physics. online;
https://history.aip.org/history/climate/rapid.htm#S3H (11.10.2019)

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT DER BUNDESREGIERUNG GLOBALE UMWELTVERÄNDERUNGEN (WBGU) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin. 201; online:
www.wbgu.de/filead-
min/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf.
(20.12.2019)

WORLD HEALTH ORGANIZATION (WHO) (Hrsg.) (2016): WHO Mortality Database Online Tool; online:
http://apps.who.int/healthinfo/statistics/mortality/whodpms/ (29.12.2019)

WIRTSCHAFTSSCHULE.DE: Wirtschaftswachstum (online);
https://www.wirtschaftundschule.de/wirtschaftslexikon/w/wirtschaftswachstum/ (18.12.2019)

WOETZEL, J. R. (2008): Reassessing China's State-Owned Enterprise. In: Forbes Magazine; online:
https://www.forbes.com/2008/07/08/china-enterprises-state-lead-cx_jrw_0708mckinsey.html
(05.01.2020)

6. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:Jährliche Treibhausgasemissionen 10
Abbildung 2:Anstieg der globalen Treibhausgasemissionen in % 12
Abbildung 3:globales Wirtschaftswachstum in US Dollar pro Kopf von 1500 bis 1950 20
Abbildung 4:Selbstmordrate einiger Staaten 23
Abbildung 5:Nachhaltigkeitsdreieck nach HEINS 26
Abbildung 6: Gemeinwohl-Matrix.....39
Abbildung 7: Ablauf bis zur Gemeinwohl-Bilanz.....40
Abbildung 8: Überblick über die Gesamtökonomie.....47
Abbildung 9: Kondratiew'sche Zyklen 52
Abbildung 10: Beispiele der Weltaneignung mithilfe der Basiskonzepte).....70

7. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Planungsmatrix 1. Einheit (eigene Darstellung) 81
Tabelle 2: Planungsmatrix 2. Einheit (eigene Darstellung) 86
Tabelle 3: Ablauf der Simulation 1 (eigene Darstellung (vgl. BMU 2019)) 88
Tabelle 4: Ablauf der Simulation 1 (eigene Darstellung (vgl. BMU 2019)) 89
Tabelle 5: Planungsmatrix 3. Einheit (eigene Darstellung) 92
Tabelle 6: Planungsmatrix 4. Einheit (eigene Darstellung) 96
Tabelle 7: Gegenüberstellung alternativer Wirtschaftsmodelle.....119

8. Abkürzungsverzeichnis

CCEG	=	Climate Change Expert Group
BMLRT	=	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirts.
BMBWF	=	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
BMU	=	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
DKNFE	=	Deutsches Komitee für Nachhaltigkeitsforschung in Future Earth
DRM	=	Digital Rights Management
EFQM	=	European Foundation for Quality Management
IASS Studie	=	Institute for Advanced Sustainability Studies
IPCC	=	Intergovernmental Panel on Climate Change
IGBP	=	International Geosphere-Biosphere Programme
NEAA	=	Netherlands Enviromental Assessment Agency
WCRP	=	World Climate Research Programme
WBGU	=	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WHO	=	World Health Organisation

9. Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit ist in einen theoretischen sowie fachdidaktischen Teil gegliedert. Der theoretische Teil beschäftigt sich mit der Problematik des fortschreitenden Klimawandels und der scheinbaren Unvereinbarkeit der Erreichung von gesetzten Klimazielen mit der weiter bestehenden kapitalistischen Marktwirtschaft. Aufgrund dessen werden vier ausgewählte alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle vorgestellt, welche sich durch unterschiedliche Ansätze unter anderem dieser Problematik annehmen. Diese werden mit Blick auf ihre gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und ökologischen Auswirkungen analysiert.

Der fachdidaktische Teil bereitet die Erkenntnisse aus der Theorie für eine 8. Klasse AHS in Form eines vier Einheiten umfassenden Unterrichtsentwurfes auf. Der Aufbau entspricht dabei den Leitlinien eines kompetenzorientierten Unterrichts und fordert von den Schüler/innen eine kritische Auseinandersetzung mit den Themen „Klimawandel“, „Marktwirtschaft“ und „alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte“.